Die Wirtschaftspolitik Napoleons III.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Berlin

von

Jean Hartmann

aus Eich in Luxemburg

Tag der Promotion: 26. Oktober 1938

Tag der mündlichen Prüfung: 16. Juni 1938

Buch- und Kunstdruckerei Wilh. Postberg, Bottrop i.W.

1938

P 60

Berichterstatter: Professor Dr. C. von Dietze,
Professor Dr. F. Hartung.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Mary
zugeeignet

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543925_0120

Inhaltsverzeichnis.

Seite

1. Einleitung 7
2. Die Wirtschaftsideen Napoleons III. 9
3. Die Staatsidee Napoleons III. 19
4. Der Saint-Simonismus 25
5. Der Staatsstreich und die Verfassung von 1852 31
6. Die Wirtschaftspolitik Napoleons III. 41
   - I. Das Kaisertum und die Durchsetzung des „persönlichen Regiments“ in der Wirtschaft 41
   - II. Die Epoche der öffentlichen Arbeiten 53
   - III. Der Cobden-Vertrag und das Ende des „persönlichen Regiments“ in der Wirtschaft 62
   - IV. Der Übergang zum liberalen Kaiserreich und der Abbau der Reglementierung in der Wirtschaft 69
7. Die Politik als Schicksal der Wirtschaft 74
   - I. Wirtschaftspolitik als Funktion der Innenpolitik 81
   - II. Wirtschaftspolitik als Funktion der Außenpolitik 88
8. „Die Politik ist das Schicksal“ 93

Tabellen:

- I. Anleihen der Departements, der Städte und der Gemeinden während des Jahres 1856 95
- II. Kilometer Eisenbahnen im Betrieb 99
- III. Ausgaben für Eisenbahnen 99
- IV. Subventionen an Eisenbahngesellschaften 100
- V. Zinsgarantie 100

Schrifttum 101

Einleitung.

Das Zweite Kaiserreich hat, seit seinem Zusammenbruch bei Sedan im Jahre 1870, eine ganze Reihe von historischen Darstellungen gefunden. Freunde und Feinde haben die Taten und Unterlassungen Napoleons III. aus ihren Erinnerungen zu erläutern versucht. Schließlich wurden auch die Staatsarchive den Forschern zugänglich, und nach den großen Werken von Pierre de la Gorce und Seignobos, nach den viel zu wenig bekannten Berichten des Barons Beyens, der als belgischer Gesandter in Paris die Schicksale der napoleonischen Restauration aus der Nähe und von bevorzugter Stelle aus mit erlebte, nach all diesen Arbeiten kann man die diplomatische und politische Geschichte dieser Epoche als im großen und ganzen geklärt ansehen.

Auch die Wirtschaftsgeschichte dieser Jahre hat, wenn auch, der Natur der mit ihr verbundenen Interessen entsprechend mehr in Einzeldarstellungen, eine sehr verschiedenartige Beleuchtung erfahren. Einen gewissen Abschluß bildet die umfangreiche Chronik des französischen Wirtschaftslebens von Henri Sée.

Neue Tatsachen auf diesen beiden Gebieten wären also wohl nur noch aus den unveröffentlichten Dokumenten in den französischen Archiven zu holen. Aber neue Tatsachen waren nicht das Ziel des hier unternommenen Versuchs.

Uns lag daran, die Zusammenhänge zu untersuchen, die zwischen Politik und Wirtschaft bestehen. Wir waren also darauf angewiesen zu versuchen, ob sich diese Beziehungen an einem geschichtlichen Fall darstellen lassen. Oder noch besser, nach einer historischen Epoche zu suchen, in der die Politik offensichtlich stark auf die Wirtschaft eingewirkt hat, und die Bedingungen klarzulegen, die dabei mitgespielt haben. Eine bloße theoretische Untersuchung würde dazu nicht ausgereicht haben. Es gibt keine zwei geschichtlichen Epochen, die sich vollkommen ähnlich wären, keine Ereignisse, die sich in genau derselben Weise wiederholen. Das historische Bewußtsein erweitert und verändert sich dauernd, es bereichert sich aus der Entwicklung. Aus diesem Grunde kann ein solcher Versuch nur an einem begrenzten Zeitabschnitt vorgenommen werden, er muß konkret und individuell bleiben, um nicht im Abstrakten zu enden.

Daß wir gerade die Wirtschaftspolitik Napoleons III. zum Gegenstand dieser Untersuchung gemacht haben, bedarf einer kurzen Be-

gründung. Große Wirkungen kann man nur aus großen Ursachen erwarten. Es mußte sich daher um einen Zeitabschnitt handeln, in dem von einer Regierung, die mit der zu diesem Zwecke notwendigen Machtfülle ausgestattet war, der Versuch gemacht wurde, das Wirtschaftsleben umzubilden, es in eine neue Richtung zu bringen. Daher mußte dieses Land auch ein nennenswertes Wirtschaftsleben haben; es mußte ein großes Land sein, das mitten im Strom der europäischen Zivilisation stand. Auch durfte die Epoche nicht zu weit zurückliegen, damit der Mangel an zuverlässigem statistischem Material nicht allzu hinderlich wurde.

Es konnte kein besseres Beispiel, kein geeigneterer Gegenstand für einen solchen Versuch gefunden werden, als das Zweite Kaiserreich Napoleons III.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich auch ein natürlicher Weg für die Darstellung. Wir werden zuerst die wirtschaftlichen Gedankengänge Napoleons III. und auch seine politischen Ideen zu erläutern haben, so, wie sie sich in seinen Schriften finden. Daran wird sich eine kurze Darstellung der Gedanken anknüpfen, die in dem damaligen Frankreich das politische und wirtschaftliche Leben beherrschten. Eine Skizze der Verfassung von 1852 wird zeigen, daß Napoleon III. durchaus die notwendige Machtfülle zu Gebote stand, um seine Gedanken auch auszuführen. Der nächste Abschnitt wird seine Wirtschaftspolitik schildern, den Versuch, die Wirtschaftsentwicklung den Zwekken seiner Politik dienstbar zu machen und die Wirtschaft mit den Hilfsmitteln des Staates vorwärts zu treiben. Ein letzter Abschnitt ist dem Versuch vorbehalten, die Gründe dieses Unternehmens zu erläutern und den Abstand zwischen Theorie und Praxis, zwischen den Ideen und Plänen Napoleons und der Wirklichkeit zu erklären.

Die Wirtschaftsideen Napoleons III.

„In den Regalen unserer Bibliotheken sieht man eine Reihe von dicken Bänden stehen, in Leder gebunden, mit dem Kaiserlichen Adler auf dem Deckel. Niemand rührt sie je an ... Es sind die gesammelten Werke Napoleons III." So schreibt Pierre de la Gorce in einem Buch, das noch einmal auf das Thema zurückkommt, das er in den fünf Bänden seiner Geschichte des Zweiten Kaiserreichs behandelt hat: die auswärtige Politik Napoleons. Der unerbittliche Kritiker ist mit dem Alter milder geworden; nicht in der Bewertung der diplomatischen Unternehmungen, aber gegenüber der Person des Kaisers, dem er zugesteht, ein Mann mit den besten Absichten gewesen zu sein (le bien intentionné). Gerade im Hinblick auf die Absichten und Pläne Napoleons III. ist es durchaus zu bedauern, daß seine Schriften nicht mehr gelesen wurden. Denn da er sie noch vor seinem Regierungsantritt schrieb, haben sie den Vorzug, daß sie nicht zur Gruppe der apologetischen Denkwürdigkeiten gehören. Gedanken, Ansichten, Hoffnungen enthalten diese Schriften, nicht Rechtfertigungen von ihm selbst begangener Fehler, und da, wo sie doch zur Rechtfertigung werden, da rühmen sie ein politisches System, das der Vergangenheit angehörte, und werden so wieder aufschlußreich für die Gedanken ihres Verfassers. So gibt es auch für uns keine bessere Möglichkeit, ein Bild von den Gedanken des Mannes zu gewinnen, dem seine Zeit den Beinamen einer „europäischen Sphinx" gegeben hatte, als in seinen Werken nachzusehen, was er wollte.

Zwei Schriften hauptsächlich enthalten das, was man Napoleons wirtschaftliches Glaubensbekenntnis nennen könnte: „Die Zuckerfrage"[1]) und „Die Ausrottung der Armut"[2]). Beide verfaßte er, nebst einer Anzahl von Artikeln für französische Zeitungen, in seinem Gefängnis in Ham, wohin ihn der mißglückte Versuch eines bewaffneten Aufstandes gebracht hatte (Boulogne 1840).

Der Gegenstand der „Zuckerfrage" war eine Untersuchung der französischen Rübenzuckerindustrie. Napoleon I. hatte sie durch ein Dekret vom 25. 3. 1801 ins Leben gerufen und hatte ihr 32 000 ha als Anbaufläche für die Rüben und 1 Million Franken als Unterstützung für die Industriellen zur Verfügung gestellt. Der Grund dieses Unter-

[1]) L'Analyse de la question des sucres, 1842.
[2]) L'extinction du paupérisme, 1844.

nehmens lag in der Absperrung Frankreichs vom kolonialen Zuckerrohrmarkt infolge der englischen Blockade und der Kontinentalsperre. „Als man Frankreich vom Meer abgeschnitten hatte", schreibt der Neffe, „faßte der Kaiser einen dieser Entschlüsse, wie nur ein großer Mann sie fassen und ausführen kann; er wollte die Kolonien nach Europa bringen, indem er die Wissenschaft beauftragte, in unseren Breiten einen Ersatz für die Erzeugnisse des Äquators zu finden"[3]).

Mittlerweile hatte sich die einheimische Zuckerindustrie, auch unter der monarchischen Restauration, kräftig weiter entwickelt, durch Steuerbefreiung, hohe Zölle auf den französischen und Prohibitivzölle auf den ausländischen Kolonialzucker. Auf die Beschwerden der französischen Plantagenbesitzer hin war diese Zollfrage erneut angeschnitten worden, und man hatte sogar verlangt, der Staat sollte die Rübenzuckerfabriken aufkaufen und schließen und die weitere Herstellung auf französischem Boden verbieten. Napoleon trat nun in seiner Broschüre für einen entschiedenen Schutz der Rübenzuckerfabriken ein und für die Fernhaltung des ausländischen Zuckers durch einen Gleitzoll. Dabei äußert er sich über den Aufbau der französischen Volkswirtschaft: „Der Kaiser Napoleon", schreibt er, „hat folgende Einteilung vorgenommen, welche die Grundlagen bildet, auf denen sich die französische Volkswirtschaft aufbauen muß: die Landwirtschaft ist das Fundament und die Kraft des Wohlstandes in einem Land. Das Gewerbe (industrie) ist der Wohlstand, das Glück der Bevölkerung. Der Außenhandel der Überfluß, die gute Ausnutzung der beiden andern. Dieser ist für die beiden andern da, die beiden andern sind nicht für ihn da... Da Landwirtschaft und Gewerbe die beiden Ursachen (causes) der Lebenskraft sind, während der Außenhandel nur ihre Wirkung (effet) ist, so sollte eine weise Regierung niemals die überwiegenden Interessen der ersteren den nebensächlichen des letzteren opfern"[4]).

Aber eine gute Regierung hat noch für mehr zu sorgen. „Das Hauptinteresse eines Landes besteht nicht darin, daß die Fabrikwaren möglichst billig sind, sondern in der Versorgung mit Arbeit (l'alimentation du travail). Die Tätigkeit aufs höchstmögliche steigern, alle müßigen Arme beschäftigen, dies muß die Hauptsorge einer Regierung sein"[5]).

Dagegen „den Verbraucher schützen auf Kosten der Arbeit im Inland (travail intérieur), heißt im allgemeinen die wohlhabenden Schichten zum Schaden der notleidenden begünstigen; denn die Produk-

---

[3]) Napoléon III., Oeuvres II, S. 169.

[4]) L'Analyse de la question des sucres; Oeuvres II, S. 238.

[5]) Ebenda, S. 234.

tion ist das Leben des Armen, das Brot des Arbeiters, der Reichtum des Landes"[6]).

Die Anschauungen der Freihandelsanhänger nennt er „verderbliche Theorien"[7]). Zollermäßigungen sind zwar nicht unbedingt abzulehnen, aber erst dann kann man sich dazu verstehen, wenn es feststeht, daß die betreffende Industrie keinen Schutz mehr braucht.

Noch deutlicher setzt Napoleon seine Ansichten in der zwei Jahre später erschienenen Schrift über die „Ausrottung der Armut"[8]) auseinander, die er auf Verlangen seiner Freunde von der demokratischen Partei schrieb[9]), um seinen Plan zur Behebung der sozialen Nöte zu entwickeln, einen Plan, der, fast ohne Kosten im Vergleich zu seinen Ergebnissen, das Elend der Arbeiterklasse ein für allemal beseitigen sollte. Dieser Anspruch allein, auch abgesehen von unserem eigentlichen Zweck einer Darlegung von Gedanken, würde die Breite der folgenden Ausführungen rechtfertigen.

Der Verfasser beginnt mit einem Bild der französischen Wirtschaft, das in den dunkelsten Farben gehalten ist. Durch die Aufhebung des Majorats und die daraus sich ergebende Zerstückelung des Landbesitzes geht die Landwirtschaft dem Ruin entgegen. Die Industrie hat weder Organisation noch Ziel. „Sie ist eine Maschine, die ohne Regulator arbeitet"[10]). Aber soll man sie unter „ein eisernes Joch beugen, ihr diese Freiheit nehmen, die allein ihr Leben gibt?"[11]) Es genügt, die Wunden zu heilen, und im übrigen, vorzeubeugen. Ein Heilmittel ist dringend nötig. Welches? Der Verfasser sagt es nicht. Der Binnenhandel leidet darunter, daß die Industrie mehr produziert als die Arbeiter von ihrem geringen Lohn kaufen können, und daß die Landwirtschaft nicht genug erzeugt. „Wenn . . . die Millionen von Franzosen . . ., denen das Nötigste fehlt, genug kaufen könnten, um sich anständig zu kleiden und zu ernähren, so würden sie einen geschäftlichen Auftrieb veranlassen, der die vorteilhaftesten Verträge beträchtlich übertreffen würde"[12]). Für den Außenhandel genüge es uns zu sagen, daß die Warenmenge, die ein Land ausführt, „immer abhängt von der Zahl der Kanonenkugeln, die es seinen Feinden zuschicken kann, wenn seine Ehre und seine Würde es verlangen"[13]). Dies ist einer der wenigen „wirtschaftlichen" Gedanken, dessen Urheber-

---

[6]) L'Analyse de la question des sucres; Oeuvres II, S. 234.
[7]) Ebenda, S. 235.
[8]) L'extinction du paupérisme, 1844.
[9]) M.-G. de Molinari; Napoléon III publiciste; S. 121.
[10]) L'extinction du paupérisme, S. 6.
[11]) Ebenda, S. 7.
[12]) Ebenda, S. 8.
[13]) Ebenda, S. 9.

schaft allem Anschein nach Napoleon für sich allein beanspruchen kann. Die Steuer, so fährt er mit einem physikalischen Gleichnis fort, soll sein wie die von der Sonne aufgesaugte Feuchtigkeit, die als Regen befruchtend wieder auf die Erde zurückkehrt. Sie ist im wesentlichen eine Wiedererstattung. Dazu gehört eine gute Verwaltung. Wenn die Steuern zu „unproduktiven Zwecken verwendet werden, wie zur Schaffung von überflüssigen Posten, zur Errichtung von öden Denkmälern, zur Erhaltung einer Armee, mitten im tiefsten Frieden, die kostspieliger ist als jene, die bei Austerlitz siegte, so wird in diesem Falle die Steuer zu einer erdrückenden Last." Man sollte sie im Gegenteil dazu verwenden, „neue Herstellungszweige zu schaffen, das Gleichgewicht des Besitzes herzustellen, das Elend auszurotten, indem man die Arbeitsmöglichkeiten steigert und organisiert." Dann wird die Steuer „die beste aller Kapitalsanlagen"[14]).

Was ist zu tun? Man muß ein Mittel finden, den Großgrundbesitz und den landwirtschaftlichen Großbetrieb wiederherzustellen. Man muß die durch die Industrie in den Städten zusammengepferchte Bevölkerung zurück aufs Land bringen, „wo die Menschen im Freien Geist und Körper wieder stärken können"[15]). Man muß die besitzlosen Arbeiter zu Eigentümern machen, man muß die Arbeiterklasse wieder mit dem Boden verbinden, „man muß ihre Selbstachtung steigern durch Vereinigung, Erziehung und Disziplin"[16]).

Dazu sind drei Dinge nötig: ein Gesetz, ein Kostenvorschuß aus Haushaltsmitteln und eine Organisation.

Das Gesetz macht die Arbeitervereinigung zu Besitzern alles brachliegenden Landes, gleich, ob es sich in öffentlichem oder privatem Besitz befindet. Die Eigentümer werden durch Weiterzahlung der bisher erzielten Rente entschädigt.

Der Vorschuß würde 300 Millionen in vier Jahresraten betragen. Was hat das schon zu bedeuten, meint Napoleon, wo man jedes Jahr 300 Millionen ausgibt, um das Land zum Waffengebrauch zu erziehen?

Die Organisation würde darin bestehen, daß die Arbeiter jedes Jahr ihre Obmänner (prud'hommes) wählen, einen auf zehn Arbeiter. Jeder Unternehmer, Fabrikant oder Bauer wäre gehalten, sobald er mehr als 10 Arbeiter beschäftigt, einen Obmann mit ihrer Leitung zu betrauen und ihm den doppelten Lohn der einfachen Arbeiter zu bezahlen. „Diese Obmänner würden innerhalb der Arbeiterklasse dieselbe Rolle spielen, wie die Unteroffiziere in der Armee. Sie würden die erste Stufe der sozialen Hierarchie bilden und den Eifer aller an-

---

[14]) Ebenda, S. 10.
[15]) L'Extinction du paupérisme, S. 11.
[16]) Ebenda, S. 12.

stacheln, indem sie ihnen eine leicht zu erreichende Belohnung vor Augen führen. In ihrer Selbstachtung gehoben durch die Pflichten, die sie zu erfüllen haben, wären sie gezwungen, Vorbilder einer guten Führung zu sein. Auf diese Weise würden je 10 Arbeiter in ihrer Mitte einen Keim der Vervollkommnung umschließen"[17]). Diese Obmänner würden außerdem die Zwischenschicht bilden, durch die es möglich wird, die Masse einheitlich zu lenken. Sie würden volles Vertrauen verdienen, „da sie gleicherweise beteiligt sind an den Interessen der Gehorchenden und an den Ideen der Befehlenden"[18]). Die gute Führung wäre die einzige Vorbedingung, um zum Obmann wählbar zu sein.

Wenn diese drei Voraussetzungen erfüllt sind, wird die Einrichtung von landwirtschaftlichen Kolonien beginnen, die, im selben Verhältnis, von Obmännern geleitet werden. Dort werden alle brotlos gewordenen Arbeiter untergebracht — wenn sie verheiratet sind, mit ihren Familien — und nach militärischen Maßstäben ernährt, gekleidet und entlohnt. Von den Obmännern der Privatwirtschaft werden sie den Kolonien zugewiesen — die Freiwilligkeit schaltet vollkommen aus — und von den Obmännern in den Kolonien den Fabriken zugeteilt, sobald Arbeitermangel eintritt. In den Kolonien selbst werden die Arbeiter mit der Urbarmachung und der Bebauung der brachliegenden Ländereien und mit Viehhaltung beschäftigt. Handwerkliche Betriebe, Krankenhäuser, Schule und Kirche werden nach und nach aus den Erlösen des Betriebes errichtet. Neue Grundstücke werden zugekauft. „Wenn es in Frankreich nicht mehr genug billige Grundstücke gibt, dann wird die Vereinigung Niederlassungen in Algier, sogar in Amerika errichten; sie kann eines Tages die ganze Welt umfassen"[19]).

Arbeiter und Obmänner zusammen wählen den Direktor, der landwirtschaftlichen Unterricht zu erteilen hat. Obmänner und Direktoren wählen den Gouverneur, der die oberste Leitung der Kolonie repräsentiert. Jedes Jahr fahren diese Gouverneure nach Paris, wo sie unter Vorsitz des Innenministers beraten, wie die erzielten Gewinne am besten zu verwenden sind.

Und es werden gewaltige Gewinne erzielt werden. Nach 23 Jahren, so berechnet Napoleon, wird die Vereinigung, nur auf den bisher unausgenutzten Boden beschränkt, einen Jahresgewinn von 816 Millionen Fr. erzielen, nach Abzug von 378 Millionen Unkosten[20]).

Gegen die Berechnung läßt sich von vornherein geltend machen, daß der Ertrag der neu kultivierten Ländereien ohne weiteres mit dem

---

[17]) L'Extinction du paupérisme, S. 19.
[18]) Ebenda, S. 20.
[19]) L'Extinction du paupérisme, S. 34.
[20]) L'Extinction du paupérisme, S. 43.

Durchschnittsertrag der vorher bebauten Fläche gleichgesetzt wird. Da man wohl kaum annehmen kann, daß man die besten Böden unbestellt gelassen hat, ist dieser Durchschnittswert aber jedenfalls zu hoch gegriffen. Außerdem verhalten sich die Erträge wie Rechenaufgaben, die sich ihres Zweckes durchaus bewußt sind. Sie erreichen in drei Jahren den angenommenen Durchschnittswert und behalten ihn von da ab unentwegt bei. Es gibt keine Mißernten, keine Fehlschläge, keine Seuchen, keine Absatzschwierigkeiten. Bezeichnenderweise sind auch die Einnahmen nach den Preisen berechnet, zu denen ja bis dahin die Arbeiter im allgemeinen nicht genug kaufen konnten, da sie entweder zu hoch waren, oder die Arbeiter nicht genug verdienten. Diese Fragen werden überhaupt nicht angeschnitten. Es ist keine Rede davon, daß ja die unkultivierten Ländereien auch nicht zusammenhängende Flächen bilden, daß die Arbeitskräfte zum größten Teil von der Landwirtschaft nur wenig verstehen werden; die Schwierigkeiten des dauernden Arbeiterwechsels sind nicht einmal erwähnt.

Das Wichtigste an der eigenartigen Schrift ist jedenfalls die Organisation der Arbeiter, die sich ja doch auch politisch auswirkt, unter Beteiligung und Mitwirkung des Staates, und das vollständige Aufhören der Freizügigkeit. Der Plan hat große Ähnlichkeit mit der „Organisation du travail" von Louis Blanc, ohne allerdings in dessen gleichmacherische Tendenzen zu verfallen.

Nur einmal noch hat dieses Projekt einem Unternehmen seinen Namen gegeben. Ein Straßburger Schriftsteller, M. Beaux-Wascheul, machte 1852 den Versuch, eine „Colonie-Louis Napoléon" für die armen Kinder des Departement Bas-Rhin zu gründen. Die Kinder sollten vom 8. bis zum 20. Jahre erzogen werden, „indem der Erziehung des Herzens der Vorrang vor der des Geistes eingeräumt wird"; denn die guten Taten werden mit dem Herzen getan. Die Religion wird die Hauptgrundlage der Erziehung sein. Der Elementarunterricht sollte folgende Gebiete umfassen: Lesen, Schreiben, Rechnen, Geographie, Feldmessung, Turnen, Schwimmen, Handhabung der Feuerspritzen, Landwirtschaft und Gartenbau. Auch einheitliche Kleidung war vorgesehen. Es kam noch zur Herausgabe eines Lotterieprospektes, da es dem Gründer vollkommen an Mitteln fehlte, aber weitere Schritte scheinen unterblieben zu sein[21]).

Man könnte nun versuchen, die Herkunft der Wirtschaftsgedanken Napoleons III. zu verfolgen. Er hatte Rousseau gelesen[22]); daher stammte sicher ein Teil der Vorwürfe, die er den Städten macht, und

---

[21]) Colonie-Louis-Napoléon. Projet d'Etablissement d'une colonie agricole pour les jeunes enfants des familles pauvres du département du Bas-Rhin, Straßburg 1852.

[22]) M.-G. de Molinari: Napoléon III publiciste, S. 50.

die Lobpreisungen des Landlebens. Die Landwirtschaft ist die Grundlage des Gedeihens, „weil sie die gesunde, kräftige, sittenstrenge Landbevölkerung heranbildet. Die Industrie, . . . obgleich sie in mancher Beziehung die Intelligenz besser entwickelt, hat den Nachteil, eine schwächliche Bevölkerung heranzubilden, die alle körperlichen Fehler hat, die von ungesunder Arbeit in schlechter Luft herkommen, und alle sittlichen Gebrechen, die aus dem Elend und der Ansammlung vieler Menschen auf engem Raum herrühren“[23]). Man könnte darauf aufmerksam machen, daß der Ausdruck vom „gemeinsamen Glück“ (bonheur commun), als dem Zweck der Gesellschaft, den er schon in seiner ersten Schrift benutzt[24]), aus dem „manifeste des Egaux“ von Baboeuf stammt, der im Konvent den Antrag auf Aufhebung des Privateigentums stellte. Weiter ließe sich hervorheben, daß ein Ausdruck wie „classe productive“ und die Unterordnung der verschiedenen Wirtschaftsteile unter die Landwirtschaft ein physiokratisches Erbteil sind.

Aber man darf in solchen Dingen nicht zu weit gehen. Napoleon III. war kein Gelehrter, wenn er sich auch manchmal gerne den Anschein gegeben hätte. Er war ein Politiker, der nach politischer Betätigung strebte, und so suchte er den Punkt, von dem aus er das Bestehende angreifen konnte. Auf dem Gebiet der Wirtschaft war dies das soziale Elend, das ganz unbestreitbar vorhanden war. Es war nur natürlich, daß er sich die Argumente dazu aus den Werken der sozialistischen oder der anderen gesellschaftskritischen Schriftsteller seiner Epoche holte. Trotzdem wird die Bedeutung dieser Schriften für Napoleon III. nur gering zu veranschlagen sein. Denn er hatte ein lebendiges Vorbild, das ihm in dieser Beziehung mehr bot als alle theoretischen Untersuchungen: Napoleon I. Auf S. 10 haben wir schon eine Stelle angeführt, wo sich der Neffe auf den Onkel beruft. Wie vollständig er aber in dessen Banne steht, nicht n u r wirtschaftlich, sondern vor allem auch wirtschaftlich, ergibt sich aus einer anderen seiner Schriften.

Es sind die „Idées Napoléoniennes“ (1839), die hier Aufschluß geben. Dieses Werk ist eine einzige Apologie des ersten Kaiserreiches, gewiß aus propagandistischen Gründen geschrieben, aber doch auch ein Glaubensbekenntnis politischer Natur. Auf den eigentlich politischen Inhalt kommen wir im nächsten Kapitel zurück, hier handelt es sich vorläufig nur um den ökonomischen Teil.

---

[23]) Napoléon III., Oeuvres, S. 209, Analyse de la question des sucres.

[24]) Rêveries politiques, 1832. Angeführt bei Molinari. Der Text dieser Schrift ist in der späteren Gesamtausgabe der „Oeuvres“ in stark veränderter Gestalt wiedergegeben.

Darüber, wie das ökonomische System Napoleons I. zu beurteilen war, gab es zur Zeit des Dritten Napoleon bereits keinen Zweifel mehr. M.-G. de Molinari, Professor der Nationalökonomie und Direktor des „Economiste belge", eine der ersten Autoritäten seiner Zeit, schildert dieses System folgendermaßen: „(Napoleon I.) beschränkte sich darauf, in seinen Hauptzügen, um die Einheitlichkeit vermehrt, das Ancien Régime wiederherzustellen. So nahm er z. B. ganz einfach das Steuersystem der alten Monarchie wieder auf, indem er sich damit begnügte, die Bezeichnungen zu ändern"[25]).

„. . . Das Reglementierungssystem des Ancien Régime tauchte ebenfalls zum großen Teil wieder auf; eine große Anzahl Gewerbe und Berufe wurden ihm wieder unterworfen: Bäckereien, Schlächtereien, Druckereien, Theater, Banken, Rechtsanwälte, Geschäfts- und Börsenmakler, Notare, Ärzte usw. . . . Schließlich wurden gewerbliche und geschäftliche Gesellschaften reglementiert, die freie Verfügung über die Arbeitskraft wurde durch die Gesetze über das Arbeitsbuch und die Arbeiterverbände eingeschränkt. . . . Um dieses umfangreiche System der Einmischung und der Beaufsichtigung im Gange zu erhalten, war er gezwungen, die ausgedehnte Verwaltung wieder einzuführen, deren Grundstein das Ancien Régime gelegt, und die sich besonders unter Ludwig XIV. entwickelt hatte; er dehnte sie aus und stärkte sie; er vervollkommnete, wenn er sie auch nicht geschaffen hat, die Zentralisierung in Frankreich"[26]).

Da wir ja die Ansichten Napoleons III. über das Steuerwesen und die Wichtigkeit, die er ihm beimißt, schon angedeutet haben (S. 12), dürfen wir nicht unerwähnt lassen, daß er auch den napoleonischen Staatshaushalt rühmend hervorhebt, und zwar wegen seiner geringen Höhe: 600 Millionen Fr. für den Frieden und 800 Millionen für den

---

[25]) M.-G. de Molinari: Napoléon III publiciste, S. 58. Wir setzen den französischen Text hierher, da eine Übersetzung, wie leicht ersichtlich, nicht den gleichen Wert hätte: „Ainsi la taille et les vingtièmes prirent le nom de contribution foncière, la taxe des maîtrises et des jurandes et le droit de marc d'or que l'on payait pour être admis à faire le commerce ou à exercer une profession industrielle furent remplacés par les patentes, le droit de contrôle fut désormais connu sous le nom de droit de timbre, les aides se nommèrent contributions indirectes, droits réunis; la gabelle si odieuse reçut la dénomination anodine d'impôt du sel; les octrois, d'abord abolis comme la plupart des autres impôts par la révolution, furent rétablis ensuite sous la dénomination philantropique d'octrois de bienfaisance. Les corvées, ... requises pour la construction des routes, demeurèrent supprimées; mais les paysans furent assujettis aux prestations en nature, ce qui était exactement la même chose sous un autre nom."

[26]) M.-G. de Molinari: Napoléon III publiciste, S. 58 ff.

Kriegszustand wären die für Frankreich angemessenen Summen, und nur nach den Moskauer Rückschlägen wären diese Zahlen überschritten worden. Aber er übergeht dabei eine Einnahmequelle mit Stillschweigen, die unter seinem sieggewohnten Vorfahren eine große Rolle gespielt hat: die „äußeren Einnahmen", die sich zusammensetzen einmal aus der Verpflegung der Armeen auf Kosten der Länder, in denen sie gerade standen, so daß sie „nur den Sold kosten, den Frankreich ihnen überall zu zahlen verpflichtet wäre"[27]), zum anderen aus den Kriegskontributionen, die in bar oder durch Abtretung von Gütern erhoben wurden. Nach dem Sénatus-Consulte von 1810 bilden diese Güter die „außerordentliche Krondomäne" und unterstehen Napoleon I. zur alleinigen freien Verfügung. Nach den Schätzungen von F. d'Ivernois[28]), die sich auf Berichte des Finanzministers des Kaiserreichs stützen, haben die äußeren Einnahmen allein in den Jahren von 1806 bis 1810 die stattliche Summe von 1700 Millionen Franken erreicht. Trotzdem gingen noch 3—400 Millionen jährlich über den normalen Haushalt. Die „Rückschläge von Moskau", soweit sie sich im Haushalt bemerkbar machen, sind also auch durch die ausgebliebenen Kontributionen zu erklären und durch die Verpflegungskosten, die die kaiserliche Armee zum größten Teil selbst aufbringen mußte.

Wir konnten uns nicht versagen, diesen kleinen Rechenfehler Napoleons III. hervorzuheben, weil er sich auch nach dieser Seite hin als ein gelehriger Schüler erwiesen hat. Da er den Haushalt später nicht mit „billigen Kriegen" finanzieren konnte, ließ er das Zuviel an Ausgaben auf eine andere, ebenso einfache Weise verschwinden: nämlich im außerordentlichen Haushalt.

Das System Napoleons I. war also das System des reglementierenden Staates, der in der Wirtschaft erst die Aufsicht übernimmt, dann sich in die Wirtschaftsgebarung seiner Bürger direkt einmischt, um zuletzt die Lenkung der Wirtschaft ganz an sich zu reißen, indem die wirtschaftenden Individuen nur noch im Auftrag und im Interesse des Staates handeln. Das System Napoleons I. hätte sich, wäre sein Lenker nicht durch den Gang der Ereignisse daran gehindert worden, „zu einer vollständigen Ersetzung der freien Tätigkeit der Bürger durch die Tätigkeit des Staates entwickelt, mit anderen Worten, es hätte zum Sozialismus geführt"[29]).

Diese Äußerung ist auch insofern bezeichnend, als sie die Auffassung wiedergibt, die noch 1860 ein Anhänger des wirtschaftlichen Liberalismus von einem sozialistischen System hatte.

---

[27]) Moniteur, 26. Februar 1811.

[28]) F. d'Ivernois, Napoléon administrateur et financier, Kap. IV.

[29]) M.-G. de Molinari, S. 78.

Dies war also auch die Wirtschaftsidee Napoleons III.: der Staat als Lenker der Wirtschaft. Nur in der Motivierung machte sich eine Verschiebung bemerkbar. Während der Erste Napoleon sich mit Recht ausschließlich als der Vollstrecker des autokratischen Ideals der französischen Revolution fühlte, trat bei Napoleon III. ein neuer Gedanke stärker hervor: daß es Pflicht des Staates sei, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen, der Arbeiter und der Bauern, zum besonderen Gegenstand seiner Fürsorge zu machen. Das Mittel dazu war die Lenkung der Wirtschaft nach den oben beschriebenen Grundsätzen, deren Befolgung den Wohlstand der Massen begründen sollte. „Das wirtschaftliche Werk Napoleons I. ... war hauptsächlich ein Werk der Reglementierung und Überwachung, welches die während der Revolution eroberten Rechte des Bürgertums befestigt hat, das aber nicht das Ziel hatte, die Lage der Lohnempfänger zu bessern“[30]).

---

[30]) Levasseur, Histoire des classes ouvrières, II, S. 810.

Die Staatsidee Napoleons III.

Nicht nur über die Organisation der Wirtschaft, auch über den Aufbau des Staates hatte Napoleon III. ganz bestimmte Ansichten. Er hat sich über diesen Punkt in seinen Schriften ausführlich genug geäußert, vor allem in den „Idées Napoléoniennes".

„Die Massen ohne Organisation sind nichts", hat er 1844 geschrieben, „diszipliniert sind sie alles. . . . Heute ist die Kastenherrschaft vorbei, man kann nur mit den Massen regieren"[31]). Und an derselben Stelle: „Regieren, d. h. nicht mehr die Völker durch Macht und Gewalt beherrschen; d. h. sie zu einer besseren Zukunft leiten, indem man sich an ihr Herz und an ihre Vernunft wendet"[32]). Über den Mechanismus einer solchen Regierung sagt er: „Es muß in der Gesellschaft unbedingt zwei mächtige Bewegungen geben: die Einwirkung der Staatsgewalt auf die Masse und eine Rückwirkung der Masse auf die Staatsgewalt"[33]).

Dazu ist eine Verfassung nötig, und zwar eine monarchische, bei republikanischen Prinzipien. Die monarchische Form ist aus außenpolitischen Gründen erforderlich, „denn sie gibt mehr Garantien für Ruhe, Macht und Freiheit. Wenn der Rhein ein Meer, wenn die Tugend stets der einzige Beweggrund wäre, wenn allein das Verdienst zur Macht gelangte, dann würde ich die Republik schlechthin wollen. Aber da wir von mächtigen Feinden umgeben sind, die Millionen Soldaten zu ihrer Verfügung haben und die den Einbruch der Barbaren bei uns wiederholen könnten, so glaube ich nicht, daß die Republik imstande wäre, den Einbruch der Fremden zurückzuweisen und die inneren Wirren anders niederzuhalten, als durch Gewaltmaßnahmen, die der Freiheit schaden. . . . Ich möchte . . . eine Regierung, die stark wäre ohne Despotismus, frei ohne Anarchie, unabhängig ohne Eroberungen"[34]). Das Wesentliche an einer Verfassung ist, daß sie dem Lande angepaßt ist. „Sie muß sein wie ein nach Maß gemachtes Kleidungsstück, das auch nur einem Manne passen soll"[35]). Sie soll auch nicht unabänderlich sein: „Ein Volk hat immer das Recht, seine Verfassung zu über-

---

[31]) L'Extinction du paupérisme, S. 17.
[32]) Ebenda, S. 18.
[33]) Ebenda, S. 18.
[34]) Rêveries politiques, Oeuvres I, S. 382.
[35]) Idées Napoléoniennes, Oeuvres I, S. 99.

prüfen, zu verbessern, zu ändern; eine Generation kann nicht die folgenden Generationen ihren Gesetzen unterwerfen"[36]). „Man kann nicht zu einer Nation sagen: da liegt dein Glück, es ist durch unübersteigbare Schranken festgehalten. Jeder Fortschritt wäre ein Fehler, jede Rückkehr zur Vergangenheit ein Verbrechen"[37]).

Über den Inhalt der Verfassung finden sich interessante Einzelheiten. Ausdrücklich wird die Freiheit der Meinung gefordert. „Das Recht, seine Gedanken und seine Ansichten, sei es durch die Presse oder auf andere Weise zu äußern, . . . kann nicht untersagt werden"[38]). „Die Freiheit ist ein leeres Wort, wenn man nicht schriftlich seine Gedanken und Ansichten frei ausdrücken kann"[39]).

Aber trotzdem muß die Regierung doch die eigentliche Führerin sein. Kein „laisser faire". „Eine Regierung ist nicht, wie ein berühmter Nationalökonom[40]) gesagt hat, ein „notwendiges Geschwür" (ulcère nécessaire); sondern sie ist vielmehr der wohltätige Kraftspender eines sozialen Organismus"[41]).

Die Grundlage des Staatsaufbaues bildet das allgemeine Stimmrecht.

Über die Verwaltung des Staates äußert sich Napoleon III. in folgender Weise. „In einem demokratischen Staat wie Frankreich es war (unter dem ersten Kaiserreich), hatte die Verwaltungsorganisation mehr Bedeutung als in jedem anderen, denn sie beherrschte bis zu einem gewissen Grade die politische Organisation. In einem aristokratischen Lande, in dem die politische Tätigkeit einer ganzen Klasse zufällt, regieren die Vertreter der Staatsmacht mehr durch ihren persönlichen als durch einen verwaltungsmäßigen Einfluß; die Regierungsgewalt verteilt sich auf sämtliche Patrizierfamilien. Aber in einer Regierung, deren Grundlage demokratisch ist, hat der Regierungschef allein die Regierungsgewalt; die moralische Macht geht nur von ihm aus; dafür steigt auch alles unmittelbar bis zu ihm auf, sei es Haß, sei es Liebe. In einer solchen Gesellschaft muß die Zentralisierung stärker sein als in jeder anderen; denn die Vertreter der Macht haben nur das Ansehen, das die Macht ihnen leiht, und damit ihnen dieses Ansehen bleibt, müssen sie über eine hohe Autorität verfügen, ohne daß dadurch

---

[36]) Rêveries politiques, Oeuvres I, S. 380.

[37]) Considérations politiques et militaires sur la Suisse, Oeuvres II, S. 355/56.

[38]) Rêveries politiques, angef. bei Molinari, vgl. Anm. 24, S. 15.

[39]) Considérations sur la Suisse, Oeuvres II, S. 352.

[40]) I. B. Say.

[41]) Idées Napoléoniennes, Oeuvres I, S. 21.

ihre unbedingte Abhängigkeit vom Regierungschef aufgehoben würde, damit man sie unter nachdrücklicher Beaufsichtigung halten kann"[42]).

Fragt man sich nun, wie denn ein solches Regierungssystem in der Wirklichkeit aussehen soll, so antwortet Napoleon III. fast mit dem geometrischen Beweis der alten Inder: „Sieh!" Es liegt gar kein Grund vor, sich den Kopf über Neuerungen zu zerbrechen, das große Vorbild ist da. Es ist auch diesmal wieder das Vorbild Napoleons I. In seinem Staatsaufbau finden sich alle Elemente, die auch Napoleon III. verlangt: Regierungsgewalt in einer einzigen Hand, demokratische Grundlage auf dem Prinzip des allgemeinen Stimmrechts, monarchische Form über den Grundsätzen der großen Revolution, Verfassung und Stabilität. „Die Grundlage des kaiserlichen Systems ist demokratisch, da alle Gewalt vom Volke kommt; seine Organisation ist hierarchisch, denn es gibt in der Gesellschaft verschiedene Stufen, um alle Fähigkeiten anzuspornen"[43]). „Die Regierung des Kaisers war also „eine kolossale Pyramide mit breiter Grundfläche und hoher Spitze"[44]).

Nur die Meinungsfreiheit war nicht vorhanden, ließ doch Napoleon I. zum Beispiel den Neudruck des „Cours d'économie politique" von J. B. Say verhindern, nur aus dem Grunde, weil der Kaiser alle Theoretiker der Volkswirtschaft für „Ideologen" ansah[45]). Aber, sagt der Neffe, man „soll nicht Einzelheiten eines früheren Regierungssystems nachahmen, sondern dessen Geist"[46]).

Das ist nun der Gedanke, der seinen politischen Bestrebungen die Richtung gibt: die napoleonische Idee. Napoleon I. war für ihn nicht nur der Vollender der Revolution, sondern der Sendbote der Zivilisation für ganz Europa, und sein Genie hatte die Formen gefunden, die einzig dem Leben Europas angemessen waren. Und er, der Sohn von Napoleons Bruder, er fühlte sich berufen, diese Sendung wieder aufzunehmen. Nach dem mißglückten Putsch in Straßburg (1836) schrieb er an seine Mutter: „Stark in meiner Überzeugung, die mich die napoleonische Sache als die einzige nationale Sache in Frankreich und als die einzige Sache der Zivilisation in Europa ansehen ließ, . . . war ich fest entschlossen, den kaiserlichen Adler wiederaufzurichten"[47]). Über dieser gewaltigen Sendung werden alle Einzelheiten im Grunde nebensächlich, denn jetzt geht es ja nicht mehr um Staatsformen oder um Personenfragen, es ist eine Angelegenheit der ganzen Menschheit geworden. Ja, in einer Schrift, die er „Idée Napoléonienne" über-

---

[42]) Idées Napoléoniennes, Oeuvres I, S. 55/56.
[43]) Ebenda, S. 114.
[44]) Ideés Napoléoniennes, Oeuvres I, S. 11.
[45]) Molinari, S. 158.
[46]) Idées Napoléoniennes, Oeuvres I, S. 171.
[47]) Oeuvres II, S. 65.

schreibt, versteigt sich Napoleon III. zu dem Satz: „(Die napoleonische Idee) beschäftigt alle Arme und alle Intelligenzen. Sie geht in die Hütten, nicht nur mit unfruchtbaren Erklärungen der Menschenrechte in der Hand, sondern mit den nötigen Mitteln, den Durst des Armen zu löschen, seinen Hunger zu stillen, und darüber hinaus hat sie eine Geschichte des Ruhms zu erzählen, um seine Vaterlandsliebe zu wecken. Die napoleonische Idee ist wie die Idee des Evangeliums . . ."[48]).

Wie läßt sich aber nun der doch so gegenteilige Eindruck erklären, den die übrigen europäischen Völker und zum Teil auch die Franzosen von der Wirksamkeit Napoleons I. hatten? Die nur Krieg und Unterdrückung sahen, wo eigentlich eitel Freude und Wohlstand hätte herrschen sollen? Die Erklärung ist so einfach, daß sie fast genial zu nennen ist. Napoleon I. hat die Völker nur unterdrückt, weil er ihnen die Freiheit bringen wollte, allerdings erst dann, wenn sie sich seine Ideen über das Leben des Staates zu eigen gemacht hätten. Kriege hat Napoleon gar nicht führen wollen, die anderen Staaten haben ihn ohne Unterlaß dazu gezwungen. „Wenn es manchmal so aussieht", schreibt der Neffe, „als wäre er den Plänen seiner Gegner zuvorgekommen, so nur, weil die Initiative den Erfolg sichert. Und übrigens, wie Mignet gesagt hat, ist der wahre Schuldige an einem Kriege nicht der, der ihn erklärt, sondern der, der ihn notwendig macht"[49]).

Das Ende dieser Umwälzungen wäre das goldene Zeitalter gewesen. Der Kaiser würde das vereinigte Europa gegründet haben, „er hätte ein europäisches Institut eröffnet, um alle wissenschaftlichen Vereinigungen in Europa zu fördern, zu leiten und zur Zusammenarbeit zu bringen. Seine machtvolle Einwirkung hätte die Vereinheitlichung der Währungen, der Maße, der Gewichte und der Gesetzgebung erreicht. Die letzte große Umwälzung wäre so auf unserem Kontinent vollzogen worden"[50]).

Napoleon I. selbst war sich über diese Ziele weniger im klaren. Daß er sich Europa unterwerfen wollte, daran ist nicht zu zweifeln; aber zu welchen höheren Zwecken er eigentlich seine zahlreichen Kriege geführt hat, auf diese Frage hat er durchaus ehrlich geantwortet: „Ich weiß es nicht"[51]).

Wie Molinari bemerkt, ähnelt Napoleon III. als Ausdeuter der Ideen seines Vorfahren jenen „leidenschaftlichen Homer-Kommentatoren, die in seinen Gedichten eine Menge Dinge sehen, welche die

---

[48]) Idée Napoléonienne, Oeuvres I, S. 11.
[49]) Idées Napoléoniennes, Ouvres I, S. 131.
[50]) Ebenda, S. 157.
[51]) Mémorial de St. Hélène, 11. Nov. 1816.

Masse der gewöhnlichen Leser durchaus nicht bemerkt, und die, allem Anschein nach, der Sänger der Ilias und der Odyssee sich nie hat träumen lassen“[52]). Indessen kam es hier nicht darauf an, ob Napoleon III. viel oder wenig übertrieb. Er hatte eine politische Idee gefunden, als deren legitimer Vertreter er sich dem Volke präsentieren konnte, einen Glauben, dessen Erfüllung Ruhm, Ehre, Wohlstand und Freiheit bringen mußte, der an eine unleugbar große Überlieferung anknüpfte und eine nicht minder große Zukunft verhieß.

Die politischen Gegner Napoleons III. haben ihm, wenn er von Freiheit sprach, oft den Vorwurf der Heuchelei gemacht. Und es scheint auch auf den ersten Blick etwas sonderbar, wenn man den Begriff der Freiheit neben dem Typus des das ganze öffentliche und private Leben reglementierenden Staates findet. Aber hier ist Napoleon durchaus im Recht. Freiheit hat nicht überall und zu allen Zeiten das Gleiche bedeutet, und auch in diesem Punkte hat Napoleon III. den Konvent und die Revolution beerbt, genau wie Napoleon I. Für einen Robespierre und einen St.-Just war Freiheit gleichbedeutend mit nationaler Unabhängigkeit, mit bürgerlicher und politischer Gleichheit. Wenn das Ancien Régime Gewaltherrschaft der Aristokraten über das Volk war, eine Gewaltherrschaft von Gottes Gnaden, so übten die Männer des „Comité du Salut publique“ eine nicht weniger despotische Herrschaft aus, aber im Namen des Volkes. Dieses System war auch dasjenige Napoleon I., und es sollte auch das seines Nachkommen werden. Es ist die typische Form des französischen demokratischen Kaiserreiches.

Man darf es nicht überschätzen, daß Napoleon III. sich in manchen seiner Zeitungsartikel, die er nach seiner Flucht aus Ham (1846) während seines Aufenthalts in England schrieb, über die englische Freiheit in einem Sinne geäußert hat, der diese so grundverschiedene politische Auffassung als vorbildlich erscheinen läßt. Man darf dies auch nicht dahin ausdeuten, Napoleon III. sei ein Mann mit liberalen Neigungen gewesen. Er rühmt die Versammlungsfreiheit, die Unantastbarkeit der Person, den korrigierenden Einfluß der öffentlichen Meinung, alles Begriffe, die Napoleon I. ebenso gründlich mißachtet hatte, und die in dem Regierungssystem seines Neffen auch keinen Platz fanden. Es sind Äußerungen, die um der politischen Zweckmäßigkeit willen getan wurden. Zweimal war die bewaffnete Erhebung mißglückt, eine Rückkehr Napoleons nach Frankreich war nur möglich, wenn er den liberalen und republikanisch-demokratischen Richtungen nicht verdächtig erschien, und so blieb ihm also nichts übrig, als seine cäsarischen Gedankengänge vorerst einmal für sich zu behalten.

---

[52]) Molinari, S. 31.

Er hatte inzwischen begriffen, d. h. aus seiner klugen Ansicht über die Rolle der Bürokratie in einem modernen Staat die Schlußfolgerung gezogen, daß eine Umwälzung von dieser Seite her am leichtesten zu bewerkstelligen war. Er mußte also abwarten und sich die Wege für eine Rückkehr nach Paris und in das politische Leben offenhalten. Es ist auch möglich, daß ihm die politischen Einrichtungen Englands wirklich einigen Eindruck gemacht haben. Aus seinen Schriften geht jedenfalls hervor, daß ihm die wesentlichen Punkte nicht verborgen geblieben sind. Seine spätere Praxis jedoch hat bewiesen, daß die Berührung mit dieser für ihn neuen politischen Welt seine alten Grundsätze nicht erschüttert hatte.

Der Saint-Simonismus.

Wenn wir auch darauf verzichten konnten, im einzelnen den Beziehungen nachzugehen, die Napoleon III. zu den Lehrmeinungen der national-ökonomischen Theoretiker hätte haben können, so müssen wir dafür aber etwas näher auf die merkwürdige Gesellschaft eingehen die unter dem Namen des Saint-Simonismus bekannt geworden ist. Von allen sozialen oder sozialistischen Reformern der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren diese am wichtigsten, da sie als einzige zu Gedanken von praktischer Bedeutung gelangt waren, die selbst auszuführen ihnen gerade unter Napoleon III. vergönnt war.

Der Begründer der Sekte war der Graf von Saint-Simon (1760 bis 1825). Er wollte nichts Geringeres, als eine völlige Neuordnung der Welt auf Grund eines Naturgesetzes, das er allerdings erst zu finden hoffte. Charléty, der Historiker des Saint-Simonismus, schreibt über ihn: „Dreißig Jahre hindurch sucht dieser soziale Reformator eine Methode, und erst an seinem Lebensende soll er sie finden. Zwanzig Jahre verlor er damit, eine Untersuchungsmethode zu finden, die so umfassend wäre, daß man sie auf alle bekannten Erscheinungen anwenden könnte: Er sucht die Lösung der sozialen Fragen in dem physikalischen Weltgesetz, der Gravitation. . . . Dann schränkte er seinen Ehrgeiz ein, griff das menschliche Problem getrennt an und glaubte in der Geschichte die Gesetze zu finden, deren Anwendung die Welt auf wissenschaftlichem Wege retten würde: aber die Welt blieb seinen Bemühungen gegenüber gleichgültig. Da verzichtete er zuguterletzt auf das logische Denken und wandte sich an den Glauben; er entdeckte, daß man die Menschen nur bewegen kann, wenn man sich an ihr Herz wendet. Und dieser Reformator, der zuerst in der Physik, dann in der Geschichte das Heil der Menschheit gesucht hatte, suchte es schließlich in der Religion, in s e i n e r Religion“[53]).

Zuerst hatte Saint-Simon den Gelehrten die Regierung der Welt überlassen wollen, und als diese nicht auf seine Gedanken eingingen, bot er den Industriellen die Herrschaft an. Die Organisierung der Produktion verlangte Praktiker. Aber so, wie die Gelehrten die Anwendung des Gesetzes der allgemeinen Schwerkraft überwacht hätten, so würden auch die Industriellen nur das Gesetz der „positiven Wissenschaft“ anwenden, das sich aus der Geschichte ergibt: Der Zweck der

[53]) Charléty, S. 5.

modernen Gesellschaft ist die Produktion, die Industrie. Das Ziel ist die vollkommene Gesellschaftsordnung, das „goldene Zeitalter". Die Politik wird zur Wissenschaft, und die Gewissensfreiheit hat in einer solchen Gesellschaft genau so wenig zu suchen wie etwa in der Physik oder in der Astronomie.

Als auch die Industriellen seinen Gedanken unzugänglich blieben, kam Saint-Simon darauf, daß nur der Glaube eine Wirkung auf die Menschen ausübe. War er nicht von Gott auserwählt, da er allein die Gesetze gefunden hatte, die die Welt regieren? Sprach er nicht im Namen Gottes? Diese Frage stellen und sie bejahend beantworten, war für Saint-Simon ein und dasselbe. So begründete er denn das „neue Christentum". Alle gesellschaftlichen Einrichtungen „müssen zum Gegenstand die körperliche und seelische Hebung der Klasse haben, die die zahlreichste und die ärmste ist"[51]). Hatte das alte Christentum aus der Nächstenliebe das Gesetz der persönlichen Moral gemacht, so erhob sie Saint-Simon zum Gesetz der Gesellschaftsmoral.

Dieser eigenartige Apostel einer nicht weniger eigenartigen Religion hatte nur wenige Anhänger. Einer davon war Auguste Comte, der Begründer der positivistischen Philosophie, die, bis auf die Rückkehr zur Religion, ziemlich treu in den Spuren des Meisters wandelte. Von Comte stammt auch die berühmte Formel, die das Grundgesetz des Saint-Simonismus ausspricht: L'amour pour principe, le progrès pour but, l'ordre pour base.

Erst nach dem Tode Saint-Simons fand sich eine größere Gemeinde von Anhängern zusammen, die in ihm den Messias eines neuen Zeitalters sehen wollten, besonders seit der Gründung der Zeitung „Le Producteur (1825), Journal philosophique de l'industrie, des sciences et des beaux-arts". Den meisten Anklang fand diese Idee einer nach mathematisch-physikalischen Gesetzen zu regierenden Gesellschaft bei den jungen Leuten, die aus den beiden technischen Hochschulen von Paris kamen, aus der Ecole Centrale und der Ecole Polytechnique, die übrigen waren Ärzte und Finanzleute. Unter Führung von Enfantin und Bazard machten sie sich mit echter Begeisterung an die Ausarbeitung der Gedanken, zu denen Saint-Simon eigentlich nur Andeutungen gegeben hatte.

Saint-Simon hatte sich noch den politischen Gewalten gegenüber gleichgültig verhalten. Er war davon überzeugt, daß seine Ideen so allgemeine, unwiderlegbare Erkenntnisse wären, daß ihre Verwirklichung nicht an Staatsformen, nicht einmal an nationale Grenzen gebunden wären. Seine Jünger erklärten die gesamte politische Struktur der Gesellschaft für falsch, da sie auf dem Prinzip des „Einzel-

---

[51]) Charléty, S. 20.

menschen" beruhte. Das „industrielle Zeitalter", dem man entgegenging, brauchte eine „geistige Gewalt" (pouvoir spirituel), die der Gesellschaft vorschriebe, wie sie sich zu verhalten hätte. Gerade im industriellen Zeitalter war „diese Gewalt nötig, um die Feindschaft zwischen Arm und Reich zu unterdrücken, um das Einvernehmen zwischen Chef und Arbeiter aufrechtzuerhalten"[55]). Die Macht, welche die Gesellschaft den Vorschriften der geistigen Gewalt unterwirft, ist der Glaube. Das war die Ankündigung des Dogmas, an dem der Saint-Simonismus zugrunde gehen sollte. Als die Saint-Simonisten den Zeitgenossen die neue Gesellschaft vorleben wollten, und zuerst Enfantin und Bazard gemeinsam, dann Enfantin allein, als den „Vater", den unfehlbaren Herrn über Gut und Böse, über Falsch und Richtig anerkannten, blieben sie zwar in den Bahnen ihrer mystischen Anschauungen, legten aber zugleich den Grund zum Verfall. Enfantin fühlte sich als „höchste Fähigkeit", vom Himmel dazu bestimmt, der Menschheit neue Gesetze, ja eine neue Sittlichkeit, zu bringen, und wenn sich Saint-Simon noch damit begnügt hatte, die „Stimme Gottes" zu sein, so fühlte sich Enfantin nach Christus und Luther als neue Verkörperung des göttlichen Prinzips. Das wurde selbst den überzeugtesten Saint-Simonisten zuviel, die Sekte ging in Uneinigkeit und Streit auseinander.

Wichtiger wurden ihre praktischen Pläne, die sie im „Producteur" verkündeten, bei denen sie aicht verleugneten, daß sie kühne Ingenieure und kluge Bankiers waren. Wenn sie auch den Plan einer Gesamtorganisation der Industrie schuldig geblieben sind, so haben sie doch Vorschläge gemacht, deren Erfinder sie zwar nicht immer waren, die aber ihrem überzeugten Auftreten verdankten, daß die Öffentlichkeit sich damit beschäftigte.

So erklärten sie es für falsch, von Überproduktion zu sprechen, wo es so viele Menschen gäbe, die weder Kleidung noch Nahrung hätten; nur richtig verteilen müsse man die Produktion (ein Gedanke, der sich auch bei Napoleon III. in der „Ausrottung der Armut" wiederfindet). Dazu müßten erst einmal die Handelswege verbessert werden. Wie wäre es mit Eisenbahnen? Es hat wenig zu bedeuten, daß die Saint-Simonisten, bei ihrem industriellen Mystizismus, aus den Eisenbahnen gleich die Grundlage einer neuen Brüderlichkeit unter den Menschen machten. Sie haben jedenfalls den Eisenbahnbau in Frankreich gewaltig gefördert.

Sie sahen auch, welch gewaltige Vorteile die Aktiengesellschaft bot, indem sie den kleinen Kapitalisten die Beteiligung an großen Unternehmen möglich machte und den Großen dazu vermochte, seine

---

[55]) Charléty, S. 34.

reichen Mittel in zahlreiche Kanäle zu lenken. Auch hier glaubten sie, aus der „Vereinigung" die Geburt eines neuen Allgemeingefühls voraussagen zu können.

Den Banken erkannten sie die wichtige Rolle zu, Vermittler zu sein zwischen der Nachfrage der Industriellen und dem Angebot der Kapitalisten. Die Banken könnten, auf Grund ihres Überblicks über die Gesamtheit des Wirtschaftslebens, ein Mittel zur Ordnung und Überwachung der Arbeit werden. Man könnte sich sogar eine Zentralbank denken, die alle Spezialbanken untereinander verbinden würde, als Schlußstein der industriellen und finanziellen Vereinigung.

Aber dieser Fortschritt war nur denkbar als planvolles Unternehmen, das von einer starken Autorität gelenkt wurde. Die persönliche Unternehmungslust mußte dabei ganz ausschalten, sie war „unwissenschaftlich".

Von diesen Auffassungen, wie sie der „Producteur" vertrat, der kaum zwei Jahre existierte, war es nur noch ein Schritt bis zu den Gedanken, die im „Globe" der Öffentlichkeit unterbreitet wurden (1830—32). Es ist Sache der Gesellschaft, d. h. der Autorität, des „pouvoir spirituel", jeden nach seiner Fähigkeit an den ihm zukommenden Platz zu stellen. Das Eigentum ist Eigentum der Gesellschaft. Der einzelne ist nur noch Eigentümer der Funktion, die er im Auftrage der Gesellschaft ausübt und für die er, seinen Fähigkeiten entsprechend, bezahlt wird. Diese Bezahlung wird im Alter zum Ruhegehalt. Ganz folgerichtig wurde auch die Erblichkeit des Eigentums geleugnet, da nur die Gesellschaft besitzt und infolgedessen auch nur sie erben kann.

Nun werden auch Angebot und Nachfrage als schädlich bekämpft, ebenso wie Kauf und Verkauf, und die Gesellschaft bekam als Vorbild ihrer Organisation die Vereinigung (association) hingestellt, so wie sie schon in der Familie, im Kloster und in der Kaserne existierte. Wieder wurde die Bank als Beginn einer Organisation für die gesamte Industrie bezeichnet. Ein neuer Gedanke war die Abschaffung der indirekten Steuern und der Vorschlag, die Steuern überhaupt durch Anleihen zu ersetzen. Auch der Freihandel wurde unter die Saint-Simonistischen Theorien aufgenommen.

„Es gibt etwas Besseres zur Aufbesserung der Löhne als die Tarife und die Fiktionen des Schutzzolls. Man sollte große öffentliche Arbeiten unternehmen; man sollte Frankreichs Industrie technisch besser ausrüsten; ... Michel Chevalier verlangt unaufhörlich, daß die Regierung sich über die Parteien stelle, daß sie wirklich die Leitung der Gesellschaft übernehme, durch die Schaffung eines großen Verkehrsnetzes, von Eisenbahnen, Straßen, Kanälen; durch die Einrichtung von Kreditanstalten, die imstande wären, den Fähigen zu helfen und die Frankreich wie ein Netz bedecken müßten ... Durch die Einrichtung

von technischen und medizinischen Schulen für die Offiziere der friedlichen Armee der Arbeiter“[56]).

„Der König soll das Enteignungsgesetz abändern und Paris verschönern, die alten Viertel abreißen und die Stadt gesünder machen. Am Tage des Beginns dieser Arbeiten würde der König und seine Familie, die Minister, der Kassationshof, der Königliche Hof, die Mitglieder der beiden Häuser des Parlaments, Schaufel und Spitzhacke handhaben“[57]).

Auch diese Zeitung hielt sich keine zwei Jahre.

Als dann die Öffentlichkeit mit ansehen mußte, wie Enfantin immer „gottähnlicher“ wurde, als eine Reihe der hervorragendsten und ältesten seiner Anhänger, darunter Bazard und Chevalier, die „Familie“ verließen, da verfiel die Gesellschaft allmählich der Lächerlichkeit, und da sie niemals politische Bestrebungen im Parteisinne verfolgt hatten, wurden die Mitglieder Bankiers, Direktoren von Eisenbahngesellschaften und begnügten sich damit, statt der Verhältnisse der Gesellschaft ihre eigenen zu bessern.

Das ist nicht weiter verwunderlich. Es ist eine alte philosophische Erfahrung, daß es keinen kürzeren Weg gibt, als den vom dogmatischen Mystizismus zum Materialismus und umgekehrt. Das Grundprinzip des Saint-Simonismus, die industrielle Organisation, zum Zweck des Fortschritts der Gesellschaft bis zur Herbeiführung des goldenen Zeitalters, dieses Prinzip war kein geistiges oder religiöses. sondern es war ein materielles, wie es ja auch seinen Ausgangspunkt nicht in der Philosophie, sondern in den Naturwissenschaften hatte. So brauchte Enfantin nur den Rock des Hohepriesters auszuziehen, um ein Aufsichtsratsmitglied zu werden wie andere auch.

Trotzdem war der Saint-Simonismus nicht ohne Verdienste. Er hatte die Lage der arbeitenden Klassen in einer Weise in den Vordergrund gerückt, daß die hier entstandenen Schwierigkeiten dem Bürgertum allmählich zum Bewußtsein gekommen waren. Außerdem hatte er den Wert genauer Untersuchungen sozialer Verhältnisse hervorgehoben, wenn er solche auch nicht selbst angestellt hat. Das war seine historische Rechtfertigung gegenüber den ihm entgegengesetzten Gedanken, dem wirtschaftlichen Liberalismus, dem politischen Liberalismus und zum Teil der Demokratie, die den sozialen Veränderungen und Umschichtungen nicht genügend Rechnung getragen hatten. Wir müssen hier deutlich unterscheiden zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Liberalismus, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus verschiedenen Quellen stammen, jener ein Abkömmling

---

[56]) Globe, 8. 3. 1831.

[57]) Globe, 13. 4. 1832.

des Rationalismus, dieser die politische Ausprägung des klassischen deutschen Idealismus, auch in Frankreich, wo Cousin über Freiheit und Geschichte Gedanken vertrat, die an Hegel gebildet waren. „Daran sollte man nachgerade nicht mehr rütteln, daß der Liberalismus sich keineswegs mit dem wirtschaftlichen „Liberalismus" deckt, mit dem er sich zwar zeitweise verbündete . . ., ohne deshalb dem Grundsatz des „laissez aller laissez faire" eine andere als rein gelegentliche und empirische Bedeutung beizumessen"[58]).

Aber wenn der Saint-Simonismus seiner Verachtung des 18. Jahrhunderts mit seinem Individualismus (der größte Irrtum der Menschheit) und seiner „Raison" nicht heftig genug Ausdruck geben konnte, so beweist das nur die Naivität dieser unhistorischen Geister, welche die Geschichte, fast wie Astrologen, als ein Mittel zur Weissagung der Zukunft benutzen wollten, und die als Gegner der Aufklärung deren Gedanken übernahmen: Den Fortschritt als Prinzip des Lebens, die Utopie der vollkommenen Gesellschaft als Ziel des Fortschritts und als Reich des idealen und unzerstörbaren Glücks, den deterministischen Dogmatismus, die Vorliebe für Gesetze. Nur die Vernunft hatte keine Verwendung gefunden, ganz folgerichtig, denn da, wo der einzelne nicht mehr zählte, wurde auch die Vernunft überflüssig.

Jedenfalls ist der Saint-Simonismus der Anreger all der zahlreichen Projekte geworden, die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sich damit befaßten, den Zustand der Menschheit endgültig, auf dem Wege über ein meistens den exakten Naturwissenschaften entlehntes Verfahren, zum Glück zu wenden. Eine Methode, deren Ziel der Marquis d'Argenson als „eine Menagerie von glücklichen Menschen" bezeichnete.

---

[58]) Croce, Geschichte Europas, S. 34.

Der Staatsstreich und die Verfassung von 1852.

Wenn man den Staatsstreich von 1851 auf eine kurze Formel bringen wollte, so könnte man ihn als die Beendigung des Kampfes zwischen monarchischer Restauration, demokratischer Republik und sozialer Revolution bezeichnen.

Die Männer von 1848, die an die Stelle der königlichen Minister traten, Lamartine, Arago, Dupont, Garnier-Pagès, Ledru-Rollin, waren überzeugt, daß es nicht damit getan sei, eine demokratische Republik einzurichten, sondern daß auch soziale Reformen vonnöten wären. So weit hatten die Ideen der Gesellschaftskritiker im Bürgertum schon Eingang gefunden. Aber im Grunde wußte niemand so recht, was nun auf diesem Gebiete zu tun wäre. Die Arbeiter selbst verlangten hauptsächlich eine Begrenzung und Herabsetzung der Arbeitszeit. Nun erzwangen die Pariser Arbeiter, daß Louis Blanc und der Mechaniker Albert in die provisorische Regierung aufgenommen wurden. Diese beiden, zusammen mit der Arbeiterbevölkerung von Paris, brachten die Regierung dahin, das „Recht auf Arbeit" zu proklamieren und eine Arbeiterkommission unter dem Vorsitz von Louis Blanc zu bilden, — gewöhnlich nach ihrem Tagungsort, dem Palais du Luxembourg benannt —, die sich, gemeinsam mit den Arbeitgebern, mit der Aufstellung eines sozialen Reformprogramms befassen sollte. Außerdem versprach die Regierung für die Zukunft die Abschaffung verschiedener Verbrauchssteuern und eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten. Die Einrichtung der „Ateliers nationaux" ging zwar auf Gedanken von Louis Blanc zurück, wurde aber von der Regierung dazu benutzt, um die Mängel dieses Planes hervorzuheben und auf diese Weise das Ansehen Louis Blancs bei den Arbeitern zu erschüttern, indem man an Stelle von Produktionsgenossenschaften die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihr Handwerk für einen geringen Lohn mit Erdarbeiten beschäftigte, eine Einrichtung, die auch andere Industriestädte unter dem Namen „Ateliers de charité" bereits früher gekannt hatten.

Diese Neuerungen, die sich auf fünf Tage zusammendrängten (24. bis 29. Februar 1848) und von der Pariser Arbeiterbevölkerung durch wiederholte Demonstrationen erzwungen wurden, erweckten den Eindruck, daß man es mit einer sozialen Revolution zu tun habe.

Die Verhandlungen der Luxembourg-Kommission und besonders die Reden von Louis Blanc, die im „Moniteur" veröffentlicht wurden,

mußten diesen Eindruck noch verstärken. Die Isolierung der Arbeiter und die Konkurrenz sollte durch den allgemeinen Zusammenschluß ersetzt werden. Den Arbeitern hätten bisher nur die Produktionsmittel gefehlt. Da die Unternehmer jetzt nicht mehr imstande seien, den Betrieb ihrer Werkstätten fortzuführen, sollte der Staat sie ihnen gegen verzinsliche Schuldverschreibungen abkaufen, um sie den Arbeitergesellschaften zu überlassen, die, wie Brüder, alle für den gleichen Lohn arbeiten würden. Der Lohn der Tüchtigkeit wäre allein Ehre und Achtung, „wie für den Soldaten auf dem Schlachtfeld". Der Anreiz des Gewinns sollte der Arbeitsehre Platz machen. In dem von Vidal und Pecqueur abgefaßten Schlußbericht des Ausschusses wurde verlangt, daß der Staat alle Eisenbahnen, Hüttenwerke, Versicherungen und Banken übernehmen sollte. Mit deren Einkünften sollten dann die übrigen Privatunternehmungen aufgekauft werden, wo jeder Bedürftige und Arbeitslose sofort Beschäftigung finden würde. Landwirtschaftliche Kolonien nach dem System Fouriers, Zentralisierung des Handels wurden gefordert; es sollte nur noch Papiergeld geben und der Staat allein würde „der Bankier des Volkes" sein.

Diese Theorien und Forderungen wurden infolge der unbeschränkten Presse- und Versammlungsfreiheit überall unter den Arbeitern verbreitet, deren Erregung über das Ausbleiben der Reformen merklich zunahm. Die Regierung hatte zwar die tägliche Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt, aber die im Jahre 1847 aufgetretene Wirtschaftskrise und das von ihrer Vorgängerin hinterlassene Defizit hatten die Finanzlage so verschlechtert, daß statt einer Steuerermäßigung ein Zuschlag von 45 % auf die direkten Steuern notwendig wurde. Schließlich war man sogar gezwungen, die volle Auszahlung der Sparguthaben über 100 Franken zu verbieten und den Banknoten der Bank von Frankreich Zwangskurs zu geben.

In der Provinz war es verschiedentlich zu Fabrikbesetzungen gekommen, die Arbeiter hatten die Maschinen zerstört, die ihnen, wie sie meinten, die Arbeit wegnahmen. Eisenbahnlinien und Bahnhofsgebäude wurden an verschiedenen Orten zerstört, und vereinzelt auch die Gebäude und die Akten der Steuerbehörden.

Unter diesen Umständen begannen das Bürgertum und auch die Bauern an die Wiederkehr der „Grande Peur" aus der großen Revolution zu glauben, und die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung (24. April 1848), nach dem allgemeinen Stimmrecht vorgenommen, ließen schon den aufkommenden Widerstand erkennen, aber auch die Schwäche der Sozialisten als politische Gruppe. Es zeigte sich, daß die Revolution nicht nur von Paris ausgegangen, sondern im wesentlichen auch auf Paris beschränkt geblieben war. Die Provinz war den Parolen der Hauptstadt nicht gefolgt. Von 880 Abgeordneten waren

500 gemäßigte Republikaner und nur 100 Demokraten und Sozialisten, wobei kein einziger der bekannten Klubpräsidenten und Sozialisten gewählt wurde. Fast alle hätten auch unter dem alten Zensus-System gewählt werden können, und nur etwa 30 waren Arbeiter.

Die Angst vor dem Sozialismus wurde für die nächsten Jahre eine der wichtigsten Triebkräfte der politischen Entwicklung. Die Legitimisten und Konservativen fanden darin ein willkommenes und zugkräftiges Thema für ihre politische Propaganda, die sehr bald Sozialismus und Republik miteinander identifizieren sollte. Als am 15. Mai 1848 das Volk von Paris in die Konstituierende Versammlung eindrang und Arbeit forderte, wurde die Nationalgarde aufgeboten. Am nächsten Tage wurde die Aufhebung der Luxembourg-Kommission beschlossen und ebenso die Umwandlung der „Ateliers nationaux", die am 21. Juni vollständig aufgelöst wurden.

Dies wurde die Veranlassung des Juniaufstandes in Paris, der von Cavaignac in drei Tagen niedergeschlagen wurde. Damit war die Niederlage der sozialistischen Republik besiegelt, was sich im Parlament durch eine neue Gruppierung ausdrückte, indem die gemäßigten Republikaner mit den Monarchisten zusammen als „Partei der Ordnung" den Demokraten und Sozialisten gegenübertraten.

Mittlerweile war, ziemlich unbemerkt, ein neues Problem aufgetaucht, und zwar in der Person Louis-Napoléons. Die Propaganda der wenigen Anhänger, die er noch von seinen Putschversuchen her hatte, genügte, um ihm am 4. Juni 1848 bei einer Nachwahl in vier Bezirken zu einem Mandat zu verhelfen. Seine Schrift über die „Ausrottung der Armut" hatte er in Massen zum Preise von 25 Centimes verteilen lassen[59]), und daß sie ihre Wirkung auf die Arbeiter nicht verfehlte, beweist die Wahl Napoleons im Seine-Departement. In der Kammer rührte sich wohl einiger Widerspruch und auch Mißtrauen, aber da die Vettern Napoleons bereits gewählt und bestätigt worden waren, fand man keinen Grund, in diesem Falle anders zu verfahren Napoleon war Abgeordneter.

Nach den Junitagen hob die Konstituierende Versammlung fast alle Freiheiten, die die Republik bisher gebracht hatte, wieder auf, besonders auf dem Gebiete des Presse- und Versammlungsrechts. Dann ging sie an ihre eigentliche Aufgabe, der Republik eine Verfassung zu geben. Da fast alle Abgeordneten Anhänger des Prinzips der Gewaltenteilung waren, kam man schließlich zu folgendem Aufbau: Eine einzige Kammer, aus dem allgemeinen und gleichen Stimmrecht hervorgegangen, als gesetzgebende Gewalt; ein Präsident, ebenfalls vom Volke gewählt, auf Grund des allgemeinen und gleichen Stimmrechts, als In-

[59]) M.-G. de Molinari, S. 130.

haber der ausführenden Gewalt, mit vierjähriger Amtsdauer und, vorsichtshalber, nicht wiederwählbar. Ein Kollegium von verantwortlichen Ministern sollte ihm zur Seite stehen. Wem die Minister verantwortlich wären, dem Präsidenten oder der Versammlung, wurde nicht genau festgelegt. Während der Debatten hatte de Parieu, ein späterer Minister Napoleons III., erklärt: „Die Konflikte zwischen dem Präsidenten und dem Parlament werden unabwendbar sein, sobald beide einen gemeinsamen Ursprung haben. Der Präsident darf nur der Bevollmächtigte des Parlaments sein. Die Wahl durch das Volk wird nicht ehrlich sein ... Man muß die ausführende Gewalt schwächen, die immer zu stark gewesen ist und alle anderen unterdrückt hat“[60]). Der Hauptfehler der Verfassung bestand darin, daß sich sowohl die Exekutive wie auch die Legislative darauf berufen konnten, im Auftrag des Volkes zu handeln. Die starke Legislative sollte die Herrschaft des Bürgertums befestigen, die starke Exekutive einen Schutz gegen den Sozialismus bilden. Man vergaß, für den Fall vorzusorgen, daß beide Gewalten miteinander in Konflikt gerieten. Ein Absetzungsverfahren gegen den Präsidenten für den Fall einer Verfassungsverletzung bewies, daß die Versammlung ihr eigenes Werk nicht ohne Mißtrauen betrachtete. Ein wenig wirksamer Schutz, wenn der Präsident den Konflikt auf die Spitze trieb und zum Staatsstreich schritt. Nachdem man die Verfassung vom 21. November 1848 in Kraft gesetzt hatte, schritt man zur Wahl des Präsidenten. Napoleon trat als Kandidat auf. Sein aussichtsreichster Gegenspieler, Cavaignac, versuchte vergeblich, die Unterstützung der Ordnungspartei zu erlangen, da er deren Bedingungen nicht glaubte annehmen zu können. Napoleon nahm alles an, auch die Verpflichtung, ein orleanistisches Ministerium zu bilden. Er ließ sogar sein Kandidatenmanifest von Thiers umarbeiten. Es begann mit dem Namen Napoleons „Symbol der Ordnung und Sicherheit“ und enthielt Versprechungen für alle Parteien. „Verteidigung der so tollkühn angegriffenen Gesellschaft (für die Ordnungspartei), Unterrichtsfreiheit (für die Katholiken), Amnestie (für die Sozialisten), Erholung des Kredits, Wiederaufleben der Arbeit, Schutz der Religion, der Familie und des Eigentums“[61]). Mit 75 % der Stimmen wurde Napoleon am 10. Dezember 1848 gewählt. „Der Name hat genügt“, schrieb das Journal des débats[62]).

Durch diese Wahl war Napoleon dem Ziel seiner Bestrebungen auf einmal einen großen Schritt nähergekommen. Jetzt verfügte er über das wichtige Instrument der Bürokratie. „Die objektive Unentbehrlichkeit des einmal bestehenden Apparats (des zentralisierten Fach-

[60]) Moniteur, 31. 7. 1848.
[61]) Ouvres III, S. 24 ff.
[62]) 21. 12. 1848.

beamtentums) in Verbindung mit der ihm eigenen „Unpersönlichkeit" bringt es andererseits mit sich, daß er — im Gegensatz zu der feudalen, auf persönlicher Pietät ruhenden Ordnung — sich sehr leicht bereit findet, für jeden zu arbeiten, der sich der Herrschaft über ihn einmal zu bemächtigen gewußt hat ... Indem dieser Apparat ... eine ‚Revolution' im Sinne der gewaltsamen Schaffung ganz neuer Herrschaftsbildungen rein technisch und auch durch seine innere durchrationalisierte Struktur zunehmend zur Unmöglichkeit macht, hat er — wie in klassischer Weise Frankreich demonstriert — an die Stelle der ‚Revolution' die ‚Staatsstreiche' gesetzt, denn alle gelingenden Umwälzungen liefen dort auf solche hinaus"[63]).

Daß Napoleon seine Gegner hinter sich lassen konnte, bedarf kaum einer Erklärung. Goethe hatte einst zu Eckermann gesagt: „Das Beispiel von Napoleon hat besonders in den jungen Leuten von Frankreich, die unter jenem Helden heraufwuchsen, den Egoismus aufgeregt, und sie werden nicht eher ruhen, bis wieder ein großer Despot unter ihnen auftritt, in welchem sie das auf der höchsten Stufe sehen, was sie selber zu sein wünschen"[64]). Durch die Überführung der Gebeine Napoleons I. nach Paris hatte die napoleonische Legende neue Nahrung erhalten, und Dichter wie Béranger verherrlichten den ruhmreichen Feldherrn, den „petit caporal", in Gedichten, die rasch zu Volksliedern wurden. Auch die schwache außenpolitische Stellung Frankreichs trug dazu bei, daß die „Gloire" der Kaiserzeit alle anderen Erinnerungen verblassen ließ.

Die Monarchisten, im Besitze der Ministerien, und mit einem Präsidenten, den sie glaubten leicht lenken zu können, begannen das Ende der Republik zu erhoffen, und als das Parlament mit seiner republikanischen Mehrheit sich noch an die Ausarbeitung der Grundgesetze machen wollte, die der Verfassung noch fehlten, schlug der General Changarnier, gleichzeitig Kommandant der Nationalgarde und der Garnison von Paris, Napoleon einen Staatsstreich vor, um das Parlament zu beseitigen. Der Präsident lehnte jedoch ab, da er sonst zum Gefangenen der Ordnungspartei geworden wäre. Aber der Vorschlag war ihm ein nützlicher Wink, und von diesem Zeitpunkt an beherrschte die Erwartung eines Staatsstreichs das öffentliche Leben.

Als dann die Konstituierende Versammlung aus Respekt vor dem Prinzip der Gewaltenteilung abtrat — als konstituierender Versammlung standen ihr ebenfalls Exekutivbefugnisse zu —, und Neuwahlen zu einer Legislative am 13. Mai 1849 eine monarchistische Mehrheit brachten (450 von 713 Abgeordneten), denen nur noch 80

---

[63]) Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 669/70.
[64]) Eckermann, Gespräche mit Goethe, 21. 3. 1831.

gemäßigte Republikaner, aber 180 Demokraten und Sozialisten gegenüberstanden, da waren die politischen Fronten festgelegt. Die Konservativen führten den Kampf gegen die Sozialisten und gegen die Republikaner, indem sie beide als Feinde der Gesellschaft bezeichneten. Das schwächte die Republik. Napoleon nutzte das Recht, Beamte und Offiziere zu ernennen, zu einer Stärkung seiner persönlichen Stellung aus. Als eine Demonstration der Linken in Paris zur Verhaftung ihrer namhaftesten Männer führte, blieben nur noch Napoleon und die Ordnungspartei als ernsthafte Anwärter auf die Hinterlassenschaft der zweiten Republik zurück. Damals schrieb der Präsident den berühmt gewordenen Satz: „Es wird Zeit, daß die Guten sich beruhigen und daß die Bösen zittern“[65]). Den ersten ernsthaften Schritt tat er, als er am 31. Oktober 1849 die parlamentarischen Minister zur Abdankung aufforderte und ein Ministerium aus Männern seines persönlichen Vertrauens bildete. Der Stil der Botschaft an das Parlament erinnert bereits lebhaft an die „Idées Napoléoniennes“: „Ein ganzes System hat mit meiner Wahl triumphiert, denn allein der Name Napoleons ist ein Programm; er bedeutet: Im Innern Ordnung, Autorität, Religion und W o h l s t a n d der Bevölkerung; nach außen nationale Würde. Diese Politik will ich zum Siege führen, mit Hilfe des Landes, des Parlamentes und des Volkes“[66]).

War die Konstituierende Versammlung schon nicht dazu gekommen, irgendwelche sozialen Reformen vorzunehmen, so war dies bei der Zusammensetzung und der unsicheren politischen Lage der Legislativen erst recht nicht möglich. Wie hätte man auch etwas für Leute tun sollen, die man als Feinde der Gesellschaft verfolgte? Der Kampf zwischen dem Parlament und dem Präsidenten, der vorläufig noch verdeckt geführt wurde, hielt dafür die Gemüter in Spannung. Wie sehr die täglichen aufgeregten Artikel der konservativen Presse die Geister bereits verwirrt hatten, kann man daraus ersehen, daß die Wahl des Romanschriftstellers Eugen Sue zum sozialistischen Pariser Abgeordneten eine Börsenpanik und erhebliche Kursstürze hervorrief, obwohl dieses Ereignis bei der politischen Ohnmacht der Linken so gut wie bedeutungslos war. Die Regierung antwortete darauf mit einer neuen Verschärfung der Pressegesetze und mit einer Änderung des Wahlgesetzes, indem sie die für die Ausübung des Wahlrechts erforderliche Aufenthaltsdauer am Wohnort auf drei Jahre heraufsetzte, wodurch die Zahl der Wähler von 9 auf ungefähr 6 Millionen vermindert wurde. Von da ab wurden nur noch Konservative gewählt. Eine nicht genügend klare Unterscheidung zwischen Versammlung und Vereinigung im Text

---

[65]) Ouvres III, S. 84.

[66]) Ouvres III, S. 112/13.

des Gesetzes (von der Konstituierenden Versammlung erlassen) wurde dazu ausgenutzt, das öffentliche politische Leben fast ganz lahmzulegen.

Nachdem auf diese Weise die gemeinsamen Gegner matt gesetzt waren, kam es wegen einer persönlichen Frage zum Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem konservativen Parlament. Napoleons Zivilliste reichte bei seiner prunkhaften Lebensführung für seine politische Propaganda und die Unkosten seiner Zeitungen nicht aus. Er ließ ihre Vervierfachung auf 3 Millionen beantragen. Das Parlament bewilligte nur die Hälfte. Der Krieg war erklärt.

Von August bis November 1850 unternahm der Präsident zwei Reisen durch den Osten und den Norden Frankreichs. In Cherbourg sagte er: „Je häufiger ich durch Frankreich reise, desto mehr bemerke ich, daß man viel von der Regierung erwartet, Kanäle, Eisenbahnen, öffentliche Arbeiten, Maßnahmen für Handel, Industrie und Landwirtschaft. An mir ist es, Ihnen zu sagen, daß diese so ersehnten Ergebnisse nur erreicht werden können, wenn Sie mir die Mittel an die Hand geben, sie zu vollbringen“[67]).

Die Monarchisten ihrerseits versuchten eine Restauration vorzubereiten, aber der Zwiespalt zwischen den Familien Orléans und Bourbon ließ sich nicht überbrücken. Das machte die Konservativen uneinig und handlungsunfähig.

Von diesem Zeitpunkt an war die Schlacht so gut wie entschieden, und das Weitere war nur noch eine Frage der Personen und der Gunst des Augenblicks. Im Januar 1851 gelang Napoleon die Absetzung des Generals Changarnier. Die Freunde des Präsidenten fanden zwei Offiziere, die sich bereit erklärten, als Kriegsminister und als Kommandant der Pariser Division den Staatsstreich zu wagen. Die Reden des Präsidenten wurden immer deutlicher. So sagte er in Dijon am 1. Juni 1851: „Seit drei Jahren hat man bemerken können, daß das Parlament mich immer unterstützt hat, wenn es sich darum handelte, die Unordnung mit Unterdrückungsmaßregeln zu bekämpfen. Aber wenn ich das Gute tun wollte, die Lage der Bevölkerung verbessern, hat es mir seinen Beistand versagt ... Welche Pflichten mir das Land auch auferlegen mag, es wird mich entschlossen finden, seinem Willen zu folgen. Und glauben Sie mir, in meinen Händen wird Frankreich nicht zugrunde gehen“[68]).

Da die Verfassung eine Wiederwahl des Präsidenten nicht erlaubte, war Napoleon gezwungen, vor dem Dezember 1852 zur Tat zu schreiten. Ein Revisionsversuch schlug fehl, da die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht aufzubringen war. Als im November 1851 eine

---

[67]) Ouvres III, S. 154.
[68]) Ouvres III, S. 211/12.

Debatte darüber entstand, ob das Parlament zu seinem Schutze Truppen anzufordern berechtigt sei, hielt Napoleon es für geraten, nicht länger zu zögern.

Am 2. Dezember 1851 verlängerte er durch ein Dekret seine Präsidentschaft um zehn Jahre. Das Parlament wurde aufgelöst und in einer Proklamation an das Volk, in der es zum Plebiszit aufgerufen wurde, erklärte Napoleon, er habe gehandelt, „um die Republik zu retten“[69]). Er fordere vom Volk die Mittel, um den hohen Auftrag zu vollziehen, „den er vom Volke erhalten hat“ ... „Um das Zeitalter der Revolutionen abzuschließen ... um Einrichtungen zu schaffen, die die Menschen überdauern“[70]). Dann folgen die Grundlinien eines Verfassungsentwurfs und die Worte: „Wenn Ihr glaubt, daß die Sache, deren Symbol mein Name ist, d. h. das durch die Revolution von 1789 erneuerte und vom Kaiser organisierte Frankreich, daß diese Sache noch immer die Eure ist, so sagt es, indem Ihr die Vollmachten bestätigt, die ich von Euch verlange. Dann werden Frankreich und Europa vor der Anarchie gerettet werden, ... denn alle werden in dem Beschluß des Volkes das Decret der Vorsehung respektieren“[71]). Vorläufig verkörperte sich die Vorsehung in der Armee, die Napoleon in seiner Proklamation als „die Elite der Nation“[72]) bezeichnet hatte, auf die er rechne, „nicht um die Gesetze zu verletzen, sondern um dem ersten Gesetz des Landes Geltung zu verschaffen, der nationalen Souveränität, deren gesetzlicher Vertreter ich bin“[73]). Am 4. Dezember 1851 schrieb der österreichische Gesandte Hübner: „Louis Napoléon ist der Herr Frankreichs geworden, mit der Armee und durch die Armee.“ Vereinzelter Widerstand in Paris und in den Provinzen wurde von den Truppen rasch unterdrückt; die Annahme, daß es sich dabei um eine organisierte soziale Revolution gehandelt hätte, ist nicht mehr haltbar[74]). Aber diese Nachricht, von der Regierung geschickt benutzt, sicherte endgültig den Erfolg des Plebiszits: rund 91,5 % der abgegebenen Stimmen entfielen auf Napoleon.

Am 15. Januar 1852 wurde die neue Verfassung verkündet[75]). Sie war eine Nachahmung der Konsularverfassung aus dem Jahr VIII der Republik. Die parlamentarische Vertretung wurde zwar beibehalten, aber die Rolle der Kammer beschränkte sich darauf, über die Gesetze abzustimmen, die ihr vorgelegt wurden. Irgendwelche Ini-

---

[69]) Napoléon III., Ouvres III, S. 272.
[70]) Ebenda, S. 273.
[71]) Ebenda, S. 275.
[72]) Oeuvres III, S. 277.
[73]) Napoléon III, Oeuvres III, S. 276.
[74]) Seignobos, Le second empire, S. 211/12.
[75]) Bull. d. lois 1852, S. 49 f.

tiativrechte hatte sie nicht. Über die Sitzungen, die öffentlich waren, wurde ein zusammenfassender Bericht angefertigt, eine Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls war verboten. Der Senat, dessen Sitzungen geheim waren, hatte nur die Aufgabe, die von der Kammer angenommenen Gesetze daraufhin zu prüfen, ob sie mit der Verfassung übereinstimmten; wenn dies nicht der Fall war, annullierte er sie. Der Senat setzte sich zusammen aus Mitgliedern, die vom Präsidenten auf Lebenszeit ernannt wurden, und aus den Generalen, Admiralen und Kardinälen, die ihm kraft ihres Amtes angehörten. Der Staatsrat schließlich bestand aus Beamten, denen die Vorbereitung und Abfassung der Gesetzestexte oblag. Die eigentlich ausführende Gewalt kam ausschließlich dem Präsidenten zu. „Er befehligt die Armee, erklärt den Krieg, er schließt Friedens-, Bündnis- und Handelsverträge, vollzieht die Ernennung zu sämtlichen Ämtern; er hat das Begnadigungsrecht. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung hat er Vorschlags-, Bestätigungs- und Verkündungsrecht und das Recht, den Belagerungszustand zu verhängen“[76]). Die Minister sind nur dem Präsidenten persönlich und einzeln verantwortlich, mit der Kammer haben sie nichts mehr zu tun. Dort wird die Regierung durch einen besonderen Staatsminister vertreten.

„Die öffentliche Meinung bezieht alles auf den Chef des Staates ... Wenn man ... schreibt, er sei nicht verantwortlich, so heißt das, sich mit dem öffentlichen Gefühl in Widerspruch setzen ... Der Chef, den Ihr gewählt habt, ist vor Euch verantwortlich; ... da er die Verantwortung hat, muß er Handlungsfreiheit haben“[77]). So sagte Napoleon in seinem Vorwort zu der neuen Verfassung. Aber es stand ganz in seinem Belieben, durch ein Plebiszit das Volk zu befragen oder nicht. Vom Volke ging zwar seine Macht aus (Prinzipien von 1789), aber einen Anspruch auf Ausdruck seines Willens hatte es nicht. Wenn man also nur auf die tatsächlichen Machtverhältnisse sieht, so zeigt sich, daß Napoleon III. der unumschränkte Gebieter war und daß keine Institution vorhanden war, die ihm ein persönliches Regiment hätte verwehren können.

Für die Wahlen zur Kammer behielt man zwar das allgemeine und gleiche Stimmrecht bei, aber durch eine zweckentsprechende Abgrenzung der Bezirke wurden republikanische Mehrheiten vermieden, und durch die Einrichtung des „offiziellen Kandidaten“, der von der Beamtenschaft und den Bürgermeistern gestützt wurde, bekam das Régime die Möglichkeit, nur ihm genehme Männer in die Kammer zu bringen, ein System, das sich bei seiner ersten Anwendung ausgezeichnet bewährte, da von 261 Bezirken nur in dreien Republikaner gewählt

[76]) Bull. d. lois 1852, S. 50.
[77]) Bull. d. lois 1852, S. 53.

wurden. Wahlversammlungen und Wahlpropaganda gab es nicht mehr. Das Versammlungsrecht war zwar nicht aufgehoben, aber es war dem „freien Ermessen" der Präfekten überlassen, die Genehmigung zu erteilen.

Blieb noch ein Feld, auf dem sich die Opposition hätte festsetzen können, die Presse. Dem beugte man vor, indem man die Gründung einer Zeitung sowohl wie jeden Wechsel in der Person der verantwortlichen Leiter einer vorherigen Genehmigung der Regierung unterwarf, ebenso den Abdruck von Bildern jeder Art. Die zu stellende Kaution wurde erhöht. Die Zensur war zwar durch die Verfassung verboten, wurde aber auf dem Verwaltungswege wiedereingeführt, indem jede Zeitung nach zwei Verwarnungen auf zwei Monate verboten werden konnte. Der Präsident der Republik konnte, als allgemeine Sicherheitsmaßnahme, jede Zeitung durch Dekret für bestimmte Zeit oder dauernd verbieten. Der Zweck dieser Bestimmungen, der auch völlig erreicht wurde, war, jede Kritik an den Handlungen der Regierung oder der Verwaltung unmöglich zu machen. Außerdem waren die Zeitungen verpflichtet, Mitteilungen, die ihnen von einem „Träger der öffentlichen Gewalt" zugingen, unverzüglich abzudrucken.

In der Provinz stützte sich die Zentralgewalt auf die Präfekten. „Ausgerüstet mit einer unbeschränkten Gewalt über die Presse durch das Verwarnungsrecht, über die Privatpersonen durch das Verhaftungsrecht, mit der Vollmacht zur Entscheidung in örtlichen Angelegenheiten und zur Ernennung von Beamten in 26 Kategorien, wurde der Präfekt . . . der Beherrscher des Departements, wie der Präsident der Beherrscher Frankreichs war"[78]).

Napoleon III., gegen jede Einmischung in seine Pläne gesichert, vor jeder Kritik geschützt, hatte also in jeder Beziehung freie Hand für die Ausführung seiner Ideen.

---

[78]) Seignobos, Le second empire, S. 239.

Die Wirtschaftspolitik Napoleons III.

Es würde nicht der Wirklichkeit entsprechen, wollte man annehmen, daß Napoleon nach dem Staatsstreich sich einer zerrütteten Wirtschaft gegenüber gesehen habe. Wenn auch die politischen Verwicklungen der vier letzten Jahre das geschäftliche Leben behindert und teilweise sogar gelähmt hatten, so war doch die Wirtschaft als solche gesund geblieben. Dies zeigt sich auch an der Entwicklung des Außenhandels. Dieser, der im Jahre 1848 eine gewaltige Einbuße erlitten hatte, hatte bis zum Dezember 1851 den Stand von 1847 schon fast wieder erreicht. Auch im Innern hatte sich die Wirtschaft bereits langsam zu erholen begonnen.

„Besonders in den letzten drei Monaten (des Jahres 1851) hat sich die Verminderung der Einnahmen bemerkbar gemacht. Die neun ersten Monate hatten um 12 Millionen die entsprechenden Ergebnisse des Jahres 1850 übertroffen.

So haben die politischen Ereignisse sich auf die Geschäfte ausgewirkt." So schreibt der Finanzminister A. Fould in seinem Finanzbericht für das Jahr 1852.

Man war also durchaus berechtigt, eine starke Zunahme der Geschäfte zu erwarten, nachdem der politische Kampf mit dem Siege Napoleons geendet hatte. Wir werden im folgenden für das Jahr 1852 eine sehr ins Einzelne gehende chronologische Darstellung der Wirtschaftsmaßnahmen Napoleons geben, um zu zeigen, daß er nicht daran dachte, sich mit der Auswirkung des ihm entgegengebrachten Vertrauens zu begnügen, sondern daß er sofort begann, die Anschauung vom Staate als dem „kraftspendenden Motor" in die Praxis umzusetzen. Wenn wir uns auch in der weiteren Darstellung der Wirtschaftspolitik Napoleons III. mehr auf einen Bericht über die Vorgänge beschränken, so aus dem Grunde, weil wir die kritische Würdigung seiner Unternehmungen zusammengefaßt in einem besonderen Kapitel bringen. (Vgl. S. 81—92).

Das Kaisertum und die Durchsetzung des „persönlichen Regiments" in der Wirtschaft.

Napoleon war noch keine acht Tage an der Regierung, als er am 10. Dezember 1851 den ersten Eisenbahnbau dekretierte, und zwar eine Ringbahn für Paris. Dieses Unternehmen zeigte bereits den neuen

Weg, den er bei der Vergebung der Eisenbahnkonzessionen einzuschlagen gedachte. Das Wichtigste war, daß die Konzession um über das Doppelte des in den letzten Jahren üblichen auf 99 Jahre verlängert wurde. Der Staat beteiligte sich mit Vorschüssen am Bau, zu deren Rückzahlung in Raten die Eisenbahngesellschaften verpflichtet waren. Im übrigen wurde das System des Lastenheftes (cahier des charges) beibehalten. Dieses enthielt in größter Ausführlichkeit alle Bedingungen, die der Staat der ausführenden Gesellschaft über Bau, Bauzeit, Betrieb, Verwaltung und Tarife vorschrieb. Dazu kam als weitere wichtige Neuerung eine Zinsgarantie, indem den Gesellschaften auf ihr Kapital oder ihre Aktien ein Ertrag von 4 und 5 % garantiert wurde, und zwar für Zeiten von 30, 40 und 50 Jahren nach der Vollendung des Bahnbaues. An diesem Punkte meldeten sich auch die ersten Kritiker zu Wort, soweit man die respektvollen Bedenken, die gegen soviel wirtschaftlichen Optimismus geäußert wurden, als Kritik bezeichnen kann. Es wurde nämlich mit Recht gesagt, daß diese Zinsgarantie gerade dann für den Staat zu einer Belastung werden würde, wenn er sie am wenigsten gebrauchen könne: In Zeiten der Krise und der geschäftlichen Stockung, wo seine eigenen Einnahmen knapper werden, dagegen die Ansprüche der Eisenbahngesellschaften an die Staatskasse überhaupt erst auftreten würden. Die Auffassung der offiziellen Stellen war dagegen etwas anders.

So sagt der Finanzminister in seinem Bericht über den Haushalt des Jahres 1852: „Der Antrieb, den Sie den großen öffentlichen Arbeiten gegeben haben, erschöpft sich bei weitem nicht in diesem Kreditunterschied (73 Millionen für 1853 statt 59 Millionen für 1852): Sie haben gewollt, daß die Privatindustrie die Ausführung dieser großen Arbeiten übernehmen sollte. Sie haben gewollt, daß, falls die Hilfe des Staates nötig werden sollte, diese Hilfe, statt in einer Beteiligung an den Arbeiten oder einer Unterstützung in Geld, hauptsächlich in einer Zinsgarantie bestehen sollte, die nur eine moralische Unterstützung ist, und außerdem die Zeit zu Hilfe genommen werden sollte, indem durch Entlastung der Gegenwart der Zukunft nur ihr Anteil an den Kosten der großen Arbeiten überlassen wird, deren Früchte sie ernten wird.

Mit Hilfe dieses Systems haben Sie schon, . . . die Ausführung mehrerer Eisenbahnlinien sichern können, . . . mit Hilfe einer einfachen Verlängerung der Konzessionsdauer und ohne Belastung der Staatskasse“[79]). Diese letzte Behauptung war nur eine schöne Redensart; denn die Vorschüsse an die Gesellschaften waren auf jeden Fall eine Belastung, auch dann, wenn man davon überzeugt war, daß sie in Jahrzehnten zurückbezahlt würden.

---

[79]) Moniteur, 29. 1. 1852.

Schon die nächsten Dekrete zeigten, daß Napoleon sich nicht darauf zu beschränken gedachte, Eisenbahnen zu bauen. Wir geben sie in der Reihenfolge wieder, wie sie erlassen wurden; denn sie sind bezeichnend für die Richtungen, nach denen sich Napoleons Anstrengungen auswirken sollten. Ein Dekret vom 12. 12. wies 400 000 Franken an für die Fortsetzung des Neubaues des Außenministeriums. Ein Dekret vom 13. 12. gab 2,1 Millionen für die Vollendung der Straße zwischen Louvre und Tuilerien. Ein Dekret vom 23. 12. verfügte, daß die Anleihen der Gemeinden und Departements durch besondere Dekrete genehmigt werden würden. Bisher war ein Gesetz des Parlaments notwendig gewesen. Aber dieser Ausweg war nötig, „um den Gemeinden die Mittel zur Bestreitung ihrer Ausgaben zu beschaffen und Arbeiten von öffentlichem Nutzen zu fördern“[80]). Ein weiteres Dekret vom 27. 12. bestimmte, daß „eine Telegraphenlinie nur von der Regierung oder mit ihrer Erlaubnis erbaut werden kann“[81]).

Diese wenigen Maßnahmen hatten genügt, um im Laufe des Monats Dezember die Pariser Börse eine Kurssteigerung erleben zu lassen, wie man sie nie gesehen hatte[82]).

Am 3. Januar 1852 wurde ein Kredit von 600 000 Franken für die Errichtung von Musterbadeanstalten und Waschhäusern zur Verfügung gestellt, deren Benutzung kostenlos oder wenigstens stark verbilligt sein sollte, und deren Errichtung in jeder Gemeinde vorgesehen war. Der Staat sollte ein Drittel der Kosten übernehmen, den Rest Stadt oder Gemeinde tragen. Aber schon 3 Tage später schrieb der „Moniteur“, daß nur etwa 60 Städte und Gemeinden die Pläne dieser Musterbadeanstalten verlangt hätten, sogar Paris erst in letzter Minute. Man würde es vielleicht doch mit bescheideneren Projekten versuchen müssen[83]).

Am 6. 1. erschien ein Dekret, das für die Jahre 1852—1854 einen Kredit von rd. 4 833 000 Franken für den Ausbau der Telegraphenlinien bestimmte, davon 1 780 000 Franken für das Jahr 1852. Dieser Bau war notwendig „wegen der Sicherheit des Staates, zur raschen Übermittlung der Befehle, im privaten Interesse und für die Handelsbeziehungen“[84]). Man gehe mit einer gewissen Zurückhaltung vor wegen der notwendigen Kredite, schrieb der „Moniteur“, aber die Lücken des Telegraphensystems und seine Unterlegenheit dem der anderen großen Staaten gegenüber verlangten seinen Ausbau[85]).

---

[80]) Bull. des Lois, S. 1252.
[81]) Ebenda, S. 1262.
[82]) J. d. Ec. XXXI., S. 221 (1852).
[83]) Moniteur, 6. 1. 1852.
[84]) Bull. des Lois, S. 38.
[85]) Moniteur, 7. 1. 1852.

Am 14. 1. erschien die Verfassung, deren Bestimmungen wir bereits im vorigen Kapitel dargestellt haben.

Am 15. 1. wurden 1 650 000 Franken für Flußregulierungen und Hafenbauten, 550 000 Franken für Befestigungsanlagen und 470 000 Franken für den Ausbau der Tuilerien, der Ecole Polytechnique und des Luxembourg-Palastes angewiesen; am 18. 1. 2 Millionen außerordentliche Kredite für Verbesserung der Nationalstraßen. Zwei große Eisenbahnlinien im Süden und Nordwesten Frankreichs wurden während des Monats Januar an Privatgesellschaften vergeben. „Die Eisenindustrie scheint wieder aufzuleben dank der Konzessionierung der letzten großen Eisenbahnlinien. Schienen wurden für 265 Franken für die Tonne gekauft, 35 Franken teurer als Ende Dezember"[86]).

Eine weitere wichtige Neuerung wurde am 28. Februar der Öffentlichkeit bekannt, nämlich das Dekret über die Gründung von Grundkreditanstalten (Crédit foncier). Der Zweck dieser Institute bestand darin, die Hypothekenschulden des Landbesitzes durch die Ausgabe von Pfandbriefen abzulösen und die einmalige Rückzahlung des Gesamtbetrages durch langjährige Ratenzahlungen zu ersetzen, die bei einem Zinsfuß von 5—6 % Verzinsung, Amortisierung und Verwaltungskosten des geliehenen Kapitals darstellen sollten. Zu diesem Projekt schrieb der „Moniteur", das amtliche Blatt, in dem die Regierung nicht nur ihre Gesetze und Dekrete veröffentlichte, sondern auch gleich die Anweisungen, was von diesen Gesetzen zu halten wäre (so wenig ernsthafte wirtschaftliche Argumente diese manchmal von Napoleon selbst stammenden Artikel auch enthalten, so sind sie doch überaus aufschlußreich für die ökonomischen Vorstellungen der verantwortlichen Männer): „Die Hypothekenschuld beträgt etwa 8 Milliarden, der Zinsfuß einschließlich aller Unkosten 8 bis 10 %.

Wenn man die Leichtigkeit berücksichtigt, mit der die Pfandbriefe angelegt und verkauft werden können und wenn man zu den Sicherheiten noch diejenigen hinzufügt, die aus der Beteiligung des Staates und der Departements hervorgehen, wenn man außerdem berücksichtigt, daß, da die Obligationen in Teilbeträgen bis zu 100 Franken herab ausgegeben werden können, die Ersparnisse auch der kleinen Vermögen gesammelt werden, so ist zu hoffen, daß diese Gesellschaften mit Leichtigkeit Kapitalien zu einem Zinsfuß von höchstens 4½ % finden werden.

Der Grundkredit wird die Hypothekenschuld in 40 Jahren tilgen und die Zinsen um 2 % senken.

Wenn Frankreich plötzlich durch ein Dekret des Präsidenten erführe, daß die Grundsteuer um über die Hälfte gesenkt worden wäre,

---

[86]) J. d. Ec. XXXI, S. 221 (1852).

mit Freudenstürmen würde ein solches Dekret begrüßt werden! Dasselbe Resultat wird durch die Grundkreditgesellschaften erreicht werden, sobald sie in allen Departements organisiert sind. Man würde diese ungeheure Wohltat lange Zeit vergeblich erwartet haben, ohne die wunderbare Tatenlust, die die gesetzgebende Gewalt seit dem 2. 12. beseelt"[87]).

An Sicherheitsvorschriften enthielt das Dekret in der Hauptsache die folgenden: Es dürfen nicht mehr Pfandbriefe ausgegeben werden als das Institut Darlehen gewährt hat. Die Pfandbriefe werden von dem Notar visiert, bei dem die Hypothek eingetragen ist; die Beleihung des Grundbesitzes erfolgt stets als I. Hypothek bis zur Hälfte des Wertes; falls in der Zahlung der Jahresraten eine Verzögerung eintritt, kann das beliehene Objekt sofort mit Arrest belegt werden und notfalls schnell und mit geringen Unkosten verkauft werden. Zu diesem Zwecke wurden sogar die Hypothekenvorschriften des Code Napoleon für die Grundkreditanstalten außer Kraft gesetzt.

Bis auf diese letzte Bestimmung war das Projekt annähernd dasselbe, das Wolowski schon in der gesetzgebenden Versammlung eingebracht hatte (nach deutschen Mustern) und das von einem Ausschuß der Versammlung und dem Staatsrat bereits eine eingehende Bearbeitung erfahren hatte.

Gegenüber dem amtlichen Optimismus mahnte das „Journal des Economistes" zur Vorsicht. Diese Zeitschrift war damals die einzige wissenschaftliche Vertreterin der Nationalökonomie. Was auf diesem Gebiet einen Namen hatte, zählte zu ihren Mitarbeitern. Fast alle waren Anhänger der liberalen Wirtschaftsauffassung, ohne jedoch in gleicher Weise Anhänger des Freihandels zu sein. Die Zeitschrift hatte sich von Anfang an ihre wissenschaftliche Unabhängigkeit gewahrt, und bei dem scharfen Presseregime hatten ihre Kritiken doppeltes Gewicht. „Man würde sich Illusionen hingeben," schrieb das „Journal des Economistes" zu den Ausführungen des „Moniteur", „wenn man glaubte, daß die Frage des Grundkredits jetzt gelöst wäre. Das Dekret sagt, unter welchen Bedingungen man etwas wird tun können; aber nun muß auch etwas getan werden"[88]).

Der Termin zur Rückzahlung einer Schuld von 75 Millionen an die Bank von Frankreich gab der Regierung Napoleons Gelegenheit, durch einen Vertrag mit der Bank neue Erleichterungen und Möglichkeiten des Kredits zu erreichen. Die Bank willigte ein, ihren Diskont auf 3 % zu ermäßigen und die 75 Millionen auf 15 Jahre zu stunden, bei Abzahlung von 5 Millionen in jedem Jahr. Außerdem willigte sie

[87]) Moniteur, 1. 3. 1852.
[88]) J. d. Ec. XXXIII, S. 333 (1852).

ein, in Zukunft Aktien und Obligationen der Eisenbahnen zu beleihen. Dafür erhielt sie eine Verlängerung ihres Privilegs (als Währungsbank), das im Jahre 1857 abgelaufen wäre, um 10 Jahre. Ferner wurde sie von der Verpflichtung entbunden, Wochenbilanzen zu veröffentlichen, die durch Dreimonatsberichte ersetzt wurden.

Von der Diskontsenkung versprach sich der Finanzminister A. Magne eine Anregung des Unternehmungsgeistes und im weiteren Verlauf eine allgemeine Zinssenkung. Weiter schrieb er in seinem Bericht an den Kaiser: „Es war wichtig, und dies war seit langem Ihr Gedanke, den Werten (Eisenbahnaktien und Obligationen), deren Gesamtheit schon zu so hohen Summen aufgelaufen ist, neue mächtige Kreditmöglichkeiten zu geben.

Den Eisenbahnwerten neue Kreditmittel geben, heißt die Ausführung dieser Unternehmen sichern, ihre Vollendung beschleunigen und vielleicht sogar die Lasten der Staatskasse vermindern“[89]).

Kaum 10 Tage später (14. 3.) wurde eine neue Kreditoperation verfügt, indem der Finanzminister die Konversion der 5 %igen Rente anordnete. Die Konversion war obligatorisch, wer sie nicht annahm, wurde ausbezahlt. „Ordnung und Sicherheit sind wiederhergestellt, das Land ist ruhig und gedeiht. Der Diskontsatz der Bank von Frankreich steht auf 3 %, die Staatskasse ist flüssig, der Haushalt von 1852 schließt ohne Defizit ab. Konversion ist nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine Pflicht des Staates“[90]). Der Zinsgewinn betrug über 17 Millionen.

Inzwischen waren neue Dekrete ergangen zur Anordnung von öffentlichen Arbeiten. So am 10. 3., wo 1 670 000 Franken, davon 500 000 für das Jahr 1852, der Stadt Paris für Straßenbauten zur Verfügung gestellt wurden, da durch diese Arbeiten „nicht nur die Sicherheit des Verkehrs erhöht, sondern auch zahlreichen Arbeitern Beschäftigung gegeben wird“[91]). Am 12. 3. wurden durch Dekret 25 Millionen für die Jahre 1852—1856 bereitgestellt, um eine Verbindung zwischen Louvre und Tuilerien herzustellen. „. . . Da dieser Plan den Vorzug hat, innerhalb derselben Gebäudegruppe mehrere der wichtigsten Helfer der Staatsgewalt zu vereinigen: Innen- und allgemeines Polizeiministerium, Telegraphenamt, Nationaldruckerei und ausreichende Truppenreserven“[92]).

Ein Dekret vom 17. 3. verfügte, daß ab 1. Mai die Stadtzölle um 10 % gesenkt werden sollten, indem der Staat auf seinen Anteil an

---

[89]) Moniteur, 4. 3. 1852.
[90]) Moniteur, 14. 3. 1852; Bericht des Finanzministers.
[91]) Bull. des Lois, S. 833.
[92]) Bull. des Lois.

dieser Einnahme verzichtete. Eine weitere Herabsetzung dieser Steuer wurde mit der Begründung abgelehnt, „nur der Stadtzoll und die Lebensmittelteuerung könne die unüberlegte Abwanderung der Massen vom Lande nach der Stadt aufhalten“[93]).

Am selben Tage wurde der Finanzminister ermächtigt, Schatzscheine auszugeben, mit Verzinsung und festem Einlösungstermin, und zwar bis zum Betrage von 150 Millionen, die hauptsächlich für den Verkehr mit der Bank von Frankreich bestimmt waren; ein erstes Anzeichen dafür, daß das Tempo der Ausgaben dasjenige der Einnahmen übertraf.

Der Haushaltsplan für das Jahr 1852 sah als eine der wichtigsten Neuerungen vor, daß die Gehälter der Zivil- und Justizbeamten, besonders in den oberen Stufen, beträchtlich erhöht werden sollten, mit der Begründung, daß ja diese Summen dazu bestimmt wären, ausgegeben zu werden und so dem Verbrauch und der Wirtschaft zugeführt würden, mit dem Erfolg, daß diese „Kaufkrafterhöhung“ eine Belebung der Wirtschaft nach sich ziehe. Dazu bemerkt das Journal des Economistes, und es ist anzunehmen, daß nicht nur diese Gehaltserhöhung gemeint war: „Es ist ein im Publikum weit verbreiteter Sophismus, zu glauben, daß es vorteilhaft ist, sozusagen offiziell Geld auszugeben und daß davon „die Geschäfte blühen“. Das wird auch so lange so bleiben, wie die Zahl der in Frankreich bestehenden Lehrstühle für Volkswirtschaft zu gering ist, um die dicken Nebel zu zerstreuen, die in dieser Beziehung die Geister einhüllen“[94]).

Zwei Dekrete vom 27. 3. verfügten den Verkauf von Staatswäldern im Betrage von 35 Millionen und den Bau eines Ausstellungspalastes in Paris, da „Gelegenheitsbauten der Größe Frankreichs wenig würdig seien, nach dem Muster des Kristallpalastes in London, für Ausstellungen und für militärische und sonstige öffentliche Feiern“[95]).

Am 28. 3. schloß die Regierung einen Vertrag mit der Bank von Frankreich, in dem diese sich bereit erklärte, Obligationen der Stadt Paris zu beleihen, mit der Absicht, auf diese Weise den Wertpapieren der Stadt bessere Absatzbedingungen zu verschaffen, und dadurch mittelbar die für die großen Umbauten benötigten Kapitalien heranzuziehen.

Am selben Tage gab ein Dekret die Gründung einer Grundkreditanstalt in Paris bekannt, an deren Spitze die Brüder Pereire, d'Eichtal und Wolowski standen, die drei ersten ehemalige St. Simonisten. Das Kapital der Bank betrug 25 Millionen in Aktien zu 500 Franken. Sie verpflichtete sich, die Rückzahlung ihrer Hypotheken auf 20 bis 50 Jahre

---

[93]) Moniteur, 18. 3. 1852; Bericht des Finanzministers.

[94]) J. d. Ec. XXXIII, S. 450 (1852).

[95]) Bull. des Lois, S. 942.

zu verteilen und nicht mehr als 5 % zu erheben. Ihre eigenen Obligationen wurden zur Rückzahlung durch das Los bestimmt und mit Gewinnen und Prämien versehen. Dafür bekam die Bank ein Privileg von 25 Jahren für den Pariser Gerichtsbezirk (7 Departements).

Das Monopol, dessen Entstehung sich hier bereits ankündigt, rief, im Namen der freien Konkurrenz, das Journal des Economistes auf den Plan. „Man wird sicher glauben, daß ein solches Privileg notwendig war, um plötzlich den Unternehmungsgeist in diese Richtung zu lenken. Es erscheint uns in der Tat sicher, daß, wenn das Dekret vom 28. 2. sich darauf beschränkt hätte, die allgemeinen Arbeitsbedingungen solcher Grundkreditanstalten festzulegen, und im übrigen, unterschiedslos, alle anerkannt hätte, die nach den aufgestellten Bedingungen errichtet worden wären, sich die Kapitalisten wohl etwas weniger beeilt hätten mit dem Zusammenschluß, da sie nicht mehr von dem ganz natürlichen Wunsch getrieben worden wären, sich in aller Eile eines einzigartigen Privilegs zu bemächtigen. Man hätte nicht plötzlich, wie durch Zauberei, eine so mächtige Gesellschaft auftauchen sehen. Vielleicht hätte die Errichtung der ersten sogar eine Weile auf sich warten lassen; und sie hätte auf keinen Fall, von Anfang an, eine so große Kapitalmenge vereinigt. Aber wir glauben auch, daß man späterhin für diese Verspätung reichlich entschädigt worden wäre, und daß der Grundkredit sich in ganz anderer Fülle entwickelt hätte infolge der Tätigkeit konkurrierender Gesellschaften, die mit verschiedenen Verfahren und mit verschiedenen Mitteln arbeiten, als er es in den Händen einer einzigen Gesellschaft tun wird“[96]). Zwischen den Zeilen wird hier angedeutet, daß das Privileg eine Belohnung für die Schnelligkeit ist, mit der die Gründung zustande kam. Sehr vorsichtig läßt man auch durchblicken, daß diese Schnelligkeit keine wirtschaftliche Ursache hat; daß die wahren Gründe dieser Tatenlust politischer Natur waren, hätte man nicht sagen dürfen.

Am 1. 4. setzte ein Senatus-consulte die Zivilliste des Präsidenten auf 12 Millionen fest.

Damit waren für eine Weile die „großen“ Ereignisse erledigt, und die Regierung beschränkte sich darauf, Kredite und Anleihen für öffentliche Arbeiten und Bauten zur Verfügung zu stellen. Einige charakteristische Beispiele mögen diese Tätigkeit erläutern.

25. 5. Anleihe für Bordeaux 4 800 000 Franken auf 25 Jahre zu 5 % für den Bau einer Wasserleitung.

29. 6. 360 000 Franken für Bodenverbesserungsarbeiten in der Sologne.

---

[96]) J. d. Ec. XXXI, S. 343 (1852).

9. 7. Departement Doubs und Stadt Besançon Anleihe von 2 Millionen zu 4½% auf 20 Jahre zur Übernahme von je 2000 Aktien der Eisenbahn Dijon—Besançon.

31. 7. 500 000 Franken für Verbesserungen an Arbeiterwohnungen in Industriestädten.

Am selben Tage bekam das Innenministerium einen Kredit von 150 000 Franken (außergewöhnlich) für die Anschaffung neuer Dekorationen für öffentliche Feiern, da die vorhandenen „gänzlich ungenügend und für den Gebrauch nicht mehr geeignet sind“[97]).

21. 8. Ein außergewöhnlicher Kredit von 550 000 Franken für die Feiern am 15. 8. (Geburtstag Napoleons) „einziger nationaler Feiertag“.

30. 8. Der Unternehmer des Ausstellungspalastes in Paris bekommt eine vierprozentige Zinsgarantie für ein Kapital von höchstens 13 Millionen, mit der Verpflichtung, den Bau in zwei Jahren zu beenden.

2. 9. Ein außergewöhnlicher Kredit von 400 000 Franken für die Vergrößerung des Außenministeriums.

23. 9. Ein außergewöhnlicher Kredit von 500 000 Franken, mit dem das Schloß Savern zu einem Heim für die Witwen der hohen Zivil- und Militärbeamten, die im Staatsdienst gestorben sind, umgebaut werden soll.

26. 9. Außergewöhnlicher Kredit von 2,5 Millionen für den Wiederaufbau der Kathedrale von Marseille.

26. 9. 1½ Millionen für den Ausbau der Kathedrale von Moulins.

Kein Stand, keine Schicht der Bevölkerung geht leer aus. Jeder soll merken, daß die schlechten Zeiten vorbei sind, und daß die Epoche eines „neuen Wohlstandes“ begonnen hat.

Inzwischen hatte Napoleon eine Rundreise durch verschiedene Städte Frankreichs unternommen. Persigny, der Innenminister, hatte die Präfekten zweckentsprechend unterrichtet und überall wurde der Präsident der Republik mit dem Ruf „Vive l'Empereur!“ begrüßt. In Bordeaux, wo der Präfekt Haussmann zum ersten Mal Gelegenheit hatte, seine Fähigkeiten zu beweisen, geschah der entscheidende Schritt. Bisher hatte Napoleon stets erklärt, daß er keinen Grund habe, eine Änderung zu wünschen, nur der Wille des Volkes könne ihn bestimmen, eine neue Verantwortung zu übernehmen. Bei der Festrede in Bordeaux sagte er: „Frankreich scheint zum Kaiserreich zurückkehren zu wollen. . . . Manche, vom Geist des Mißtrauens erfaßt, sagen: Das Kaiserreich ist der Krieg; ich aber sage: Das Kaiserreich ist der Friede. Es ist der Friede, denn Frankreich wünscht den Frieden, und wenn Frankreich

[97]) Bull. des Lois, S. 505.

zufriedengestellt ist, dann ist die Welt ruhig. . . . Um dem Lande Gutes zu tun, braucht man kein neues System anzuwenden, aber vor allem muß man ihm Vertrauen zur Gegenwart und Sicherheit für die Zukunft geben"[98]).

Am 7. 11. erschien ein Senatus-consulte mit dem Artikel I: Die Kaiserwürde ist wiederhergestellt. Louis Napoleon ist Kaiser der Franzosen.

Gleichzeitig wurde das Volk zu einem neuen Volksentscheid aufgerufen, um diese Änderung der Verfassung gutzuheißen.

Aber noch vor dem Volksentscheid kam es auf dem Gebiet des Bank- und Kreditwesens zu einem wichtigen Ereignis. Ob zwischen diesen beiden Vorgängen ein Zusammenhang bestand, läßt sich nicht nachweisen, aber die Eile, mit der man auch diesmal zu Werke ging, läßt es vermuten.

Am 18. 11. wurde, wieder unter Führung der Brüder Pereire, der Crédit Mobilier gegründet, mit einem Kapital von 60 Millionen, das in Aktien zu 500 Franken aufgeteilt war. Diese Bank, nach belgischem Vorbild gegründet, war für Frankreich eine neue Erscheinung. Sie war die erste Anlage- oder Industriebank. In ihren Geschäftsstatuten wurde ihr das Diskontgeschäft untersagt. Dafür pflegte sie die Beleihung von Wertpapieren und vor allen Dingen die Finanzierung von Industriewerken, besonders Eisenbahnen. Die Mittel dazu sollten ihr aus der Ausgabe von langfristigen Obligationen zufließen. Auch die Emission von Anleihen war ihr gestattet, bei fremden Staatsanleihen jedoch nur mit Erlaubnis der Regierung. Alle 6 Monate mußte sie einen Bericht über ihre Geschäftslage beim Innenminister, beim Seine-Präfekten, bei der Handelskammer und beim Handelsgericht einreichen. Dem Finanzminister stand das Recht zu, ihre Geschäftsgebarung jederzeit zu überprüfen. Die Zusammensetzung des Direktionskomitees bedurfte der Zustimmung der Regierung[99]). Auch diese neue Gründung wurde mit einer Begeisterung begrüßt, von der wir zur Probe einen Auszug aus dem „Journal des Débats" bringen, einer Tageszeitung, die man als monarchistisch ansehen darf, die also keineswegs unbedingt auf seiten der Regierung stand.

„Der Crédit Mobilier übernimmt das Amt des Vermittlers zwischen Kapitalisten und Industrie, und er wird die ersteren für die Sicherheit, die er ihnen gewährt, mit einer Verminderung des Zinsfußes bezahlen lassen.

Die neue Bank wird die mißbräuchlichen Bedingungen, die heute für feste Anlagen in der Industrie gestellt werden, ebenso zum Ver-

---

[98]) Napoléon III., Ouvres III, S. 342/43.
[99]) Moniteur, 20. 11. 1852.

schwinden bringen, wie die gewöhnlichen Diskontbanken die Wucherzinsen für Handelswechsel"[100]).

Am 28. 11. erschien ein neues Dekret über den Crédit foncier. das sein Privileg auf alle Departements ausdehnte, eine Kapitalerhöhung auf 60 Millionen genehmigte und dem Institut das Recht gab, andere Unternehmungen der gleichen Art sich einzuverleiben. Das befürchtete Monopol war Tatsache geworden. Dafür verpflichtete sich die Bank, ihre Hypotheken auf 50 Jahre zu geben und bei 5 % für Zins, Amortisierung und Verwaltungskosten zu bleiben.

In dem Bericht, den Persigny, der Innenminister, über diesen Vorgang dem Kaiser vorlegte, kommt wieder zum Ausdruck, und diesmal aus dem Munde eines der engsten Freunde und Mitarbeiter des Kaisers, wie sehr dieser wirtschaftliche Optimismus politisch gefärbt war, und wie sehr man in dem leichten und gefälligen Wahne lebte, daß das bloße Vorhandensein einer Institution bereits genüge, um wie mit Zaubermacht alle Schwierigkeiten in Nichts aufzulösen. „Das von der Gesellschaft vorgeschlagene Verfahren wird das erste Heilmittel sein", so berichtet Persigny, „für das Übel, daß Ihr Herz so dringend zu heilen begehrt; 5 % insgesamt und eine vollständige Ablösung in 50 Jahren sind beachtliche Fortschritte in unserer finanziellen Geschichte; es ist das Signal einer wirtschaftlichen Revolution, deren Vorteile Frankreich bald verspüren wird und deren Ehre Ihnen gehört. Ihre mächtige Tatkraft, Ihre energische Hartnäckigkeit im Willen das Gute zu tun, und die Sicherheit, die Ihre Regierung gewährt, waren nötig, um das Verfahren möglich zu machen, das so große Erfolge zu erringen erlaubt"[101]).

Nachdem die Volksabstimmung vom 21. 11. eine Mehrheit von etwas über 96 % für Napoleon erbracht hatte, wurden durch ein Senatus-consulte vom 25. 12. einige Verfassungsänderungen vorgenommen die, so unscheinbar sie aussahen, in Wirklichkeit die Verfügung über die gesamten Mittel des Staates und über einen wichtigen Teil der Wirtschaft in die Hand des Kaisers legte.

Der Art. 3 bestimmte: „Die Handelsverträge, die der Kaiser abschließt, haben Gesetzeskraft für die in ihnen enthaltenen Tarifänderungen." Bisher hatte der Zolltarif und seine Festlegung zu den Befugnissen des Parlaments gehört, genau wie die Bewilligung der Steuern. Nun erklärte die Regierung in der Erläuterung zur Verfassungsänderung, Zölle seien keine Steuern, denn durch sie, „nimmt man dem Nationalreichtum nichts, man sucht ihn zu vermehren"[102]). Für die Über-

[100]) Journal des débats, 23. 11. 1852.

[101]) Moniteur, 11. 12. 1852.

[102]) Moniteur, 24. 12. 1852.

tragung dieses Rechtes an den Kaiser wurde folgendes angeführt: „Man hatte bestimmt, daß Zolltarife, die durch einen Vertrag festgesetzt oder verändert worden sind, erst nach dessen Annahme durch das Parlament als endgültig zu betrachten wären. So war das verfassungsmäßige Recht des Landesherrn (Verträge zu schließen) unmittelbar angegriffen, der internationale Vertrag . . . konnte schließlich abgeändert oder aufgehoben werden. Eine so ungeheuerliche Möglichkeit ist unvereinbar mit der Würde des Kaiserreichs. . . . Die Zollbestimmungen in einem Bündnisvertrag werden fast immer von hohen politischen Gesichtspunkten beherrscht, über die zu entscheiden allein dem Chef des Staates zusteht. In der Tat kann der Kaiser, aufgeklärt durch die diplomatischen Verhandlungen, immer die politischen, allgemeinen und wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder besser beurteilen als das Parlament, das notwendigerweise auf einem einseitigen Standpunkt steht, da in ihm die Interessen der anderen Nation nicht vertreten sind."

Der Art. 4 gab dem Kaiser das Recht, öffentliche Arbeiten durch ein einfaches kaiserliches Dekret anzuordnen.

Dazu sagte die Regierung: „Die Vorteile dieser fruchtbaren Initiative haben sich schon gezeigt; zur größten Genugtuung des Landes sind unmittelbar nach dem 2. 12. die bedeutendsten und so lange geforderten öffentlichen Arbeiten dekretiert worden. Unter diesem lebhaften Antrieb haben sich die lange von der Furcht vor der Zukunft bedrückten Kapitalien wieder in Geschäfte eingelassen. Der industrielle und finanzielle Wohlstand des Landes ist von neuem im Entstehen begriffen. Die Dekrete werden in der Form und mit der Feierlichkeit von Verwaltungsreglementen erlassen, und die außerordentlichen Kredite für die Ausführung werden dem Parlament bei seiner allernächsten Sitzungsperiode vorgelegt"[103]).

Die Parlamentskommission hatte dagegen vorgeschlagen, die Bewilligung der Kredite vor den Anfang der Arbeiten zu setzen. Nur in Ausnahmefällen, wie höhere Gewalt und ähnliche, sollte die Regierung von sich aus vorgehen.

Vor allen Dingen hatte die Parlamentskommission dagegen Einspruch erhoben, daß die Eisenbahnbauten durch Dekrete genehmigt werden könnten. Ihre Argumente zeigen, daß sie, bei aller Zurückhaltung, den wahren Grund der Regierung durchschaute: nämlich das Bestreben, sich so auffällig wie möglich von ihrer Vorgängerin abzuheben; daß sie aber auch die Gefahren nicht unterschätzte, die die angewandten Mittel heraufbeschwören konnten.

„Wenn der Bau der Eisenbahnen nicht mit vorsichtiger Berechnung gestaffelt wird, überschwemmen unsichere Werte den Markt; sie

---

[103]) Moniteur, 24. 12. 1852.

reizen die Spielwut des Publikums, und aus den Kombinationen des Kredits werden Spekulationen. Wenn die Regierung darauf besteht, sich dem Lande mit dem Tatendrang vorzustellen, welchen ihr ihr Ursprung und ihre Jugend mitgegeben haben, so geschieht das, um den Nationalreichtum ehrenhaft und anständig zu vermehren“[104]).

Dem trat die Regierung entgegen mit der Behauptung, daß das Parlament nicht über die vorzunehmenden Arbeiten abstimme, sondern nur über die zu bewilligenden Mittel.

Die dritte der Verfassungsänderungen nahm dem Parlament auch das Recht, sich in wirksamer Weise um den Haushalt zu kümmern. Denn im Gegensatz zu der früher üblichen Spezialisierung wurde zwar der Haushalt auch jetzt im einzelnen beraten, die Abstimmung erfolgte jedoch nach Ministerien. Außerdem hatte der Kaiser das Recht, durch einfache Überweisungen (virement) die Kredite beliebig anderen Verwendungen zuzuführen.

Auch diese Änderung war unbedingt notwendig. „Sonst wird das Vorrecht der Krone herabgemindert. Die Gewalt steigt aus ihrer hohen Sphäre herab: sie wird auf die Rolle eines bezahlten Angestellten beschränkt“[105]).

So war nun die letzte Schranke beseitigt, die Napoleon noch an der Entfaltung einer ungehemmten wirtschaftlichen Tätigkeit hätte hindern können: die Beschaffung der Mittel zur Bestreitung des Aufwandes. Das Parlament war praktisch vollkommen ausgeschaltet; denn wie hätte es, ein oder zwei Jahre danach, die Mittel für eine Arbeit verweigern sollen, die inzwischen längst ausgeführt oder schon sehr weit gediehen war.

Die Geld- und Kreditmittel des Staates standen nunmehr dem Kaiser unbeschränkt zur Verfügung.

Die Epoche der öffentlichen Arbeiten.
(1853—1860.)

Das Jahr 1852 hatte im ganzen 2948 km Eisenbahnkonzessionen gebracht. Das Kreditsystem war durch die Gründung des Crédit Mobilier und des Crédit foncier in erheblichem Maße erweitert worden und zur Finanzierung eines größeren industriellen Aufschwunges durchaus imstande. Die Staatseinnahmen hatten im Laufe des Jahres eine ständige Zunahme erfahren, und die Kurse sowohl der Staatspapiere wie auch der Industriepapiere hatten sprunghafte Steigerungen erlebt.

Die Epoche, die wir nun betrachten wollen, stellt eigentlich nichts anderes dar als eine Ausnutzung der Ansätze, die im Jahre 1852 gemacht

---

[104]) Moniteur, 24. 12. 1852.
[105]) Moniteur, 24. 12. 1852.

worden waren. Was die Tätigkeit Napoleons im Jahre 1852 schon hatte erraten lassen, das wurde nun mit größeren Mitteln fortgeführt. Neben dem Bau der Eisenbahnen öffentliche Bauten, die oft nützliche Dinge betrafen, viel öfter dagegen nur dem Bedürfnis dienten, um jeden Preis etwas zu unternehmen. Mit Hilfe der Präfekten, die natürlich in diesem Punkte die Anschauung der Regierung teilten, eiferten Gemeinden und Departements dem Vorbild des Staates nach und beschafften sich durch Anleihen, was ihnen an Mitteln fehlte. Wie hätte die Regierung der einen Gemeinde abschlagen sollen, was sie der andern bewilligte? Die Auswahl, die wir im folgenden anführen, wird, ohne etwas Wesentliches auszulassen, zeigen, wie wahllos in dieser Beziehung vorgegangen wurde. Sehr bald allerdings tauchen auch Anleihen auf, die ganz offen nur dem Zweck dienen, die Not zu lindern, zum Teil eine Folge von Ereignissen, auf die die Regierung keinen Einfluß hatte.

Wenn wir uns auch hier vorwiegend an die chronologische Darstellung halten, so aus dem Grunde, weil so das allmähliche Anwachsen derjenigen Schwierigkeit deutlicher wird, die nach und nach zum beherrschenden Problem wurde, nämlich der Schwierigkeit, für die Unzahl von staatlichen Unternehmungen, Subventionen und Beteiligungen die notwendigen Mittel zu beschaffen. Wie schon einmal erwähnt, behalten wir uns eine zusammenfassende Kritik vor (S. 81—92).

Schon das Jahr 1856 erbrachte die Rechtfertigung der ersten Kritiken, die vor dem überstürzten Eifer gewarnt hatten. Die Regierung sah sich gezwungen, der von ihr selbst hervorgerufenen Spekulation entgegenzutreten.

Über den Bau der Eisenbahnen unterrichtet im einzelnen die beigefügte Tabelle (S. 99). Entscheidend ist, daß im Laufe dieser Jahre die 24 verschiedenen Gesellschaften durch Verschmelzung nach und nach bis auf 6 sich vermindern. Dieser Vorgang ist von der Regierung unterstützt worden, weil er eine große Vereinfachung bedeutete und jedenfalls auch die notwendigen Kreditoperationen erleichterte. Auch bei diesem Unternehmen waren zwei St.-Simonisten, Michel Chevalier und Enfantin, der „oberste Vater" selbst, führend beteiligt. Auf den Einfluß der St.-Simonisten war es auch zurückzuführen, daß die Regierung bei den Eisenbahnbauten dazu überging, diese unmittelbar an ihr nahestehende Finanzleute zu vergeben, und nicht mehr durch Ausschreibung. Die Folgen eines solchen Verfahrens braucht man nicht erst zu schildern. Dies war der Grund, der die Zeitgenossen dazu brachte, von einem „St.-Simonistischen Finanzfeudalismus" zu sprechen.

Diese Jahre bringen allerdings auch weniger erfreuliche Ereignisse: 1852 bis 1855 schlechte Ernten, eine Rebenkrankheit, die dem Weinbau überaus schweren Schaden zufügt, eine Krankheit der Seidenwürmer, die die französischen Kulturen vollständig vernichtet und die

Einfuhr neuer Kulturen aus Japan notwendig macht. Dazu kam, fast unmittelbar nach dem Friedensschluß, der den russischen Krieg beendigte, eine Wirtschaftskrise, die von Amerika aus über England und Hamburg fast ganz Europa in Mitleidenschaft zog. Kaum hatten sich die Gemüter von diesem Schlage etwas erholt, als bereits der herannahende österreichische Krieg neue Unruhe und neue Unsicherheit brachte.

Das wichtigste Ereignis dieser Zeit war die sehr erfolgreiche Weltausstellung von 1855, aber weniger wegen ihrer Bedeutung an sich als wegen der handelspolitischen Folgen, die sich hier andeuteten. Der französische Zolltarif enthielt damals etwa 52 Einfuhrverbote. Die Mehrzahl aller übrigen Produkte war mit hohen Schutzzöllen belegt, die zum Teil so gut wie Prohibitivzölle waren. Zur Ausstellung waren alle fremden Waren, auch die verbotenen, zu einem einheitlichen Tarif von 22 % hereingelassen worden. Die Genehmigung, diese Waren in Frankreich zu verkaufen, erbrachte nur einen Absatz von etwa 2 Millionen Franken. Daraus schloß die Regierung, ebenso wie aus den Preisen, die die französische Industrie erhalten hatte, daß die Einfuhrverbote nicht mehr notwendig wären, und brachte ein entsprechendes Projekt im Staatsrat ein, das diese Verbote durch immerhin noch sehr hohe Zölle ersetzte. Zum ersten Mal stieß die Regierung auf einen solchen Widerstand, daß sie ihr Projekt zurückzog. Aber am 17. 10. 1856 brachte der „Moniteur" eine Mitteilung, daß die Regierung auf ihren Plan nicht verzichtet habe. „Er war ein großer Schritt zu einem Ziele, nach dem alle Völker streben sollen. Die Entwicklung des Handels und die internationalen Beziehungen bereiten die Fortschritte der Zivilisation vor." Nachdem sich die Regierung informiert hatte, „über den wahren Stand der französischen Industrie, hat der Kaiser beschlossen, das Projekt in diesem Sinne zu ändern, und daß die Aufhebung der Einfuhrverbote erst am 1. Juli 1861 erfolgen werde. . . . Die französische Industrie, über die Absichten der Regierung unterrichtet, hat vollauf Zeit, sich auf das neue Handelsregime vorzubereiten"[106]). Dieser Vorgang beleuchtete gleichzeitig den Wert einer Einrichtung, die durch ein Dekret vom 2. 2. 1853 ins Leben gerufen worden war, nämlich des Conseil supérieur du commerce, de l'agriculture et de l'industrie. Die Begründung erinnert an das Recht des Kaisers, Zolltarife in internationalen Verträgen mit Gesetzeskraft festzusetzen und „daß es daher für ihn ein Grund mehr ist, mit äußerster Vorsicht zu handeln. . . . Es ist nötig, die wirtschaftlichen Fragen mit Weisheit und Reife zu behandeln"[107]). Allerdings werden dem obersten Wirtschaftsrat nur solche Fragen unterbreitet, die die Regierung für geeignet hält.

---

[106]) Moniteur, 17. 10. 1856.

[107]) Lois ann., S. 11.

Ein Dekret vom 7. Mai 1853 senkte die Sparkassenzinsen auf 4 %, denn, sagt das Dekret, „für diejenigen, die die eigentlichen Nutznießer der Sparkassen sind, die Arbeiter, ist der Zinssatz nebensächlich und die Hauptsache ist Sicherheit der Anlage und Leichtigkeit der Abhebung“[108]). Der Mangel und die Teuerung, die durch die schlechten Ernten hervorgerufen worden waren, führte zur Aufhebung der Getreidezölle und zur Senkung der Viehzölle[109]). In seiner Rede zur Eröffnung der Sitzungsperiode des Parlaments (2. 3. 1854) sagte der Kaiser: „Die Regierung hat den einzig gangbaren Ausweg gewählt, sie hat die Freiheit des Getreidehandels gefördert, indem sie ihn von allen Schranken befreite. (Der Ernteausfall wurde auf etwa 10 Millionen Hektoliter geschätzt) . . . Die Regierung ist bestrebt, seit dem Anfang des Jahres, durch Eröffnung von Krediten, die nur um einige Millionen die Reserven des Haushalts überschreiten, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und mit den Gesellschaften, Arbeiten, die auf 450 Millionen geschätzt sind, ausführen zu lassen“[110]).

Diese Ausgaben und die Kosten des herannahenden Krimkrieges führten am 11. 3. 1854 zur Auflegung einer Anleihe, deren Zeichnung zum ersten Mal öffentlich war. „Dieser Appell an alle entspricht dem Wesen und dem Sinne der Regierung Eurer Majestät“, schrieb der Finanzminister in seinem Bericht[111]). Der eigentlich Grund war wohl der, daß die starke Teuerung, die Beunruhigung durch den Krieg, die Spekulation, die Banken zu allzu ungünstigen Bedingungen veranlaßt hatten. „Wenn Opfer gebracht werden, dann für alle“, sagte der Finanzminister[111]). Am 20. 3. wurde der türkischen Regierung ein Darlehen von 10 Millionen Franken gewährt zur Bestreitung ihrer Kriegskosten, dessen Rückzahlung in Waren oder aus dem Betrage einer künftigen Anleihe erfolgen sollte.

Im folgenden geben wir die Bestimmung einer Reihe von Gemeindeanleihen zur Erläuterung der Ankündigung in der Rede des Kaisers.

20. 4. 1854. Stadt Angers 150 000 Franken zu 5 % auf 10 Jahre zur Unterstützung der Notleidenden.

20. 4. Stadt Dieppe 20 000 Franken zu 5 % auf 4 Jahre „zur Senkung des Brotpreises für die Notleidenden“[112]).

3. 5. Ein Dekret spricht die Befreiung von der Grundsteuer und von der Steuer auf Türen und Fenster für alle Häuser aus, die auf dem

---

[108]) Lois ann., S. 30/31.
[109]) Dekrete vom 14. 9. 53 und 18. 8. 53.
[110]) Moniteur, 3. 3. 1854.
[111]) Moniteur, 11. 3. 1854.
[112]) Bull. des Lois, S. 673.

freigelegten Gelände zwischen Louvre und Tuilerien erbaut werden (auf 30 Jahre).

Am 10. 6. Stadt Marseille 1 Million Franken zu 5 % auf 20 Jahre für den Erwerb von Baugelände zur Errichtung eines kaiserlichen Palastes. — 1½ Millionen als Anteil der Gemeinde am Neubau der Kathedrale, des neuen Lazaretts, eines Hafens und an verschiedenen Aufräumungs- und Abbrucharbeiten. Für dieselbe Stadt 13½ Millionen zu 5 % auf 20 Jahre zur Ordnung alter Schulden.

22. 6. Stadt Le Havre 1,2 Millionen Franken zu 5 % zur Deckung des Defizits, für öffentliche Bauten, Wasserleitung und Kanalisation. Ein Vertrag zwischen Staat und Gemeinde vom selben Tage sieht weitere 8 Millionen für Kanal- und Hafenarbeiten vor.

22. 6. Stadt Lyon. Ermächtigung zur Ausgabe von 8 354 000 Franken in Obligationen zu 5 % auf 50 Jahre für Straßenarbeiten. Eine weitere Anleihe von 3,9 Millionen für die Verschönerung öffentlicher Gebäude. Alle Häuser, die binnen 4 Jahren auf dem Gelände der (niedergelegten) Rue Impériale und der Place Impériale erbaut werden, sind von der Grundsteuer und der Steuer auf Türen und Fenster befreit.

29. 6. Straßburg 60 000 Franken zu 5 % auf 14 Jahre zur Erneuerung der Bühnendekorationen des Stadttheaters; ein besonders deutliches Beispiel für die Kritiklosigkeit, mit der die Anleihen bewilligt wurden.

Ein Dekret vom 7. 11. 1854, das den Finanzminister ermächtigt, für die Jahre 1854 und 1855 bis zu 350 Millionen Schatzwechsel auszugeben, ließ erkennen, daß die vorige Anleihe nicht genügt hatte. Am 30. 12. wurde eine neue Anleihe von 500 Millionen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Sie erbrachte 2,175 Milliarden Franken. Zugeteilt wurden nur die Beträge unter 500 Franken.

Am 2. 5. 1855 nahm die Stadt Paris eine Anleihe auf, 60 Millionen Obligationen in 40 Jahren von 1858 an rückzahlbar. Prämie und Zins durften 6 % nicht übersteigen. Das Geld war zur Anlegung von Straßen und Kasernen bestimmt.

Am 20. 6. erhöhte ein Dekret die Summe der Schatzwechsel für 1855 allein auf 350 Millionen, und am 11. 7. 1855 kam eine neue Anleihe, diesmal in Höhe von 780 Millionen.

Diese vielen Anleihen und die zahlreichen Eisenbahn- und Industriepapiere hatten an der Börse eine wilde Spekulation entfacht, die durch die Kriegsgerüchte und die mit dem Kriegszustand verbundene Unsicherheit manchmal gefährliche Ausmaße angenommen und auch verschiedene Opfer gefordert hatten. Die Regierung glaubte dagegen etwas tun zu müssen und ließ am 9. 3. 1856 im Moniteur eine Notiz

erscheinen, „daß im Laufe des Jahres keinerlei große öffentliche Arbeiten genehmigt würden, die neue Ausgaben von Wertpapieren mit sich brächten." Man dachte also vorläufig einmal die Zahl der Papiere zu begrenzen, um die Spekulation einzuschränken. Am 17. 7. 1856 erschien ein Gesetz über die Kommanditgesellschaft auf Aktien, die, da sie von der Genehmigung durch die Regierung befreit war, im Gegensatz zur eigentlichen Aktiengesellschaft (Société anonyme), über viel größere Freiheiten und Möglichkeiten verfügte. Vor allen Dingen war sie die gegebene Form, kleinere Kapitalien zusammenzufassen, und hatte in sämtlichen Industriezweigen große Erfolge aufzuweisen. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß es bei dem allgemeinen Gründungs- und Spekulationsfieber der vergangenen Jahre auch Schwindelunternehmungen gegeben hatte, die einige größere Finanzskandale hervorriefen. Aber im allgemeinen hatte diese Gesellschaftsform durchaus ihren Zweck erfüllt. Die Leitung bestand aus einem verantwortlichen Geschäftsführer und 5 Aufsichtsräten, die im wahrsten Sinne des Wortes mehr zur Zierde als zur Aufsicht da waren. Hier griff nun das Gesetz ein und machte die Aufsichtsräte für die Richtigkeit der Inventur und die Sauberkeit der Dividendenzahlungen verantwortlich. Gesellschaften bis zu 200 000 Franken Kapital durften keine Aktien unter 100 Franken, die mit höherem Kapital keine Aktien unter 500 Franken ausgeben. Der Erfolg dieses Gesetzes war wohl weder erwartet, noch gewünscht worden, denn die Zahl der Kommanditgesellschaften auf Aktien verminderte sich in wenigen Jahren und mehr als drei Fünftel des Bestandes, ohne daß sich bei den andern Gesellschaftsformen ein entsprechender Ausgleich hätte nachweisen lassen. — Durch ein Dekret vom 28. 6. wurde der Crédit foncier de France zur alleinigen Grundkreditanstalt, da ihm die Einverleibung der beiden kleineren Unternehmen in Marseille und Nevers gestattet wurde. So hatte die Monopolstellung dazu geführt, daß der Crédit Foncier sich ganz nach dem Muster der Bank von Frankreich organisierte, allerdings ohne Nebenstellen zu besitzen oder zu deren Errichtung verpflichtet zu sein.

Dieses Jahr (1856) und das darauf folgende, in dem die Wirtschaftskrise zum Ausbruch kam, brachten den allgemeinen Aufschwung zum Stehen. Im Jahre 1856 waren nur 15 km Eisenbahn neukonzessioniert worden, und wenn auch diese Zahl im Jahre 1857 wieder auf 2626 km stieg, so begann doch hier und da ein leises Mißtrauen sich zu regen. „Hier sind einige der Aphorismen", schreibt A. Clement, „wie sie besonders bei der Klasse geschätzt sind, die in der Lage ist, auf den allgemeinen Gang der Geschäfte einen Einfluß auszuüben.

Ein Land läuft keine Gefahr zu verarmen, solange das Geld nicht über die Grenze geht, und der Staat erstattet durch seine Ausgaben die Steuern und Anleihen zurück, die er erhoben hat. — Prunk und

Luxus der Reichen sind der Wohlstand der Armen und das Gedeihen der Industrie. — Die Hauptsache ist es, die Ausgaben zu vervielfachen und die Zirkulation des Geldes zu beschleunigen. — Die öffentlichen Anleihen sind ein Mittel, die Lasten der Gegenwart auf die Zukunft zu übertragen. — Die Vermehrung der Geld- und Kreditwerte trägt dazu bei, den Zins zu senken.

. . . Wir sehen die Regierungsausgaben unaufhörlich zunehmen, und unsere Anleihen immer häufiger und größer werden. Die Gesamtheit unserer Staatsbetriebe hat gewaltige Ausmaße angenommen. . . . Man will die Stellung der hohen Beamten bessern, „damit ihre Ausgaben dazu beitragen, die Industrie zu fördern." Derselbe Wunsch, Industrie und Handel zu begünstigen, läßt die prunkvollen Feste, die gewaltigen Bauten, die Luxusausgaben und alle möglichen Verschwendungen mehr und mehr anwachsen. In diesem Augenblicke wetteifern alle Städte, sich auf dem Anleihewege so viel Mittel wie irgend möglich zu beschaffen, um sie für Verschönerungsarbeiten und neue Gebäude zu verwenden, sowie für neue Straßen durch alte Viertel, die mit großen Kosten abgerissen werden"[113]).

L. Reybaud schreibt über die Spekulation und die Aufgabe der Börse, deren Wert als Kapitalmarkt er nicht bezweifelt: „Die Hauptsache ist, daß das ganze verfügbare Geld nicht nach dieser einen Richtung abfließt (zur Börse), und daß ein guter Teil davon in den Adern des Landes bleibt; daß die Landwirtschaft Kapital zu mäßigem Preise findet und die Verbesserungen durchführen kann, die sie fordert; daß es Industrie und Handel nicht mehr an Geld fehlt, um Produktion und Austausch zu entwickeln; daß, mit einem Wort, der Mensch mehr auf seine Arbeit zählt als auf das Spiel, mehr auf die Beständigkeit als auf den Zufall"[114]).

Sogar bis in die höchsten Sphären dringen leise Befürchtungen, und sogar der optimistische Finanzminister Magne kann es nicht vermeiden, in seinem Bericht über die Finanzen (1856) zu äußern: „Es könnte nur dann eine ernste Gefahr bestehen, wenn man glaubte, annehmen zu können, daß die Mittel Frankreichs unbegrenzt sind, und daß sie ausreichen, um an einem Tage in Frankreich und im Ausland zu tun, was das geduldige Werk der Zeit sein muß"[115]).

Eine der Folgen der Notiz vom 9. 3. 1856 war nämlich die gewesen, daß das französische Kapital in überaus starkem Maße in Spanien, Portugal, Rußland, Italien und Österreich Beteiligungen an Bahnunternehmungen u. ä. suchte.

---

[113]) J. d. Ec. 2, XI., S. 364 (1856).

[114]) J. d. Ec. 2, XI., S. 384 (1856).

[115]) Magne, Bericht über die Finanzen, 1856.

Inzwischen hatte die Teuerung weitere Fortschritte gemacht, und trotz der guten Ernte des Jahres 1856 waren die Lebensmittel im allgemeinen in vier Jahren um 30 bis 40 % gestiegen und die Mieten, besonders in Paris und in den übrigen Städten, die große Umbauten vorgenommen hatten, bis zu 60 %. Der Verwaltung war diese Tatsache so unangenehm, daß die Theaterzensur sogar die Aufführung eines Lustspiels verbot, in dem von hohen Mieten die Rede war[116]).

Auch Napoleon selbst konnte nicht umhin, diese Lage anzuerkennen, und zwar in seiner Rede zur Eröffnung des Parlaments (1857). „Trotzdem besteht eine große Not in diesem Teile der Bevölkerung (Arbeiter). Es ist die Pflicht aller guten Bürger, überall die weisen Lehren der Nationalökonomie zu verbreiten und besonders jene schwankenden Gemüter zu stärken, die . . . bei der geringsten Stockung in der Entwicklung des Wohlstandes Entmutigung verbreiten und die Mißstimmung durch ihre eingebildeten Befürchtungen vermehren." Das war gewiß eine beherzigenswerte Aufforderung, besonders wenn man berücksichtigt, daß der nationalökonomische Unterricht in Frankreich sich noch 1860 auf zwei Lehrstühle beschränkte, die nur wenigen Hörern zugänglich waren. Leider ist man sich meistens nicht einig über die Frage, welche Lehren denn nun „weise Lehren" sind. Und nicht nur in der Nationalökonomie gibt es weise Lehren, die so weise nicht sind, wie ihre Vertreter es sich vorstellen, und Napoleon selbst ist dafür nicht das schlechteste Beispiel.

Im Jahre 1857 brachten die Finanznöte des Staates einen Vertrag mit der Bank von Frankreich zustande. Die Bank verpflichtete sich, ihr Kapital, das bisher 92 Millionen betrug, um 100 Millionen zu erhöhen, und diese 100 Millionen dem Staate gegen 3%ige Rententitel zu überlassen. Dafür wurde ihr Privileg, das vor fünf Jahren erst bis 1867 verlängert worden war, gleich bis 1897 ausgedehnt. Trotz des Widerstandes, den diese Bestimmung im Parlament fand, blieb sie bestehen. Einige Verbesserungen gelang es doch durchzusetzen, und zwar wurde die Begrenzung des Diskontsatzes auf 6 % abgeschafft, der Bank wurde die Verpflichtung auferlegt, binnen 10 Jahren in jedem Departement eine Filiale zu errichten, und sie erhielt das Recht, 50-Franken-Noten auszugeben. Des weiteren erklärte sie sich bereit, die Obligationen der Grundkreditanstalt zu beleihen.

Am 23. 6. 1857 verfiel der Finanzminister auf ein neues Mittel der Geldbeschaffung, indem er den Eisenbahnen für die ihnen zustehenden Subventionen Obligationen des Staates aushändigte, die nach 30 Jahren (von 1860 ab) rückzahlbar sein sollten, und 4 % Zinsen brachten.

---

[116]) La censure sous Napoleon III., S. 110.

Es dauerte denn auch kein Jahr mehr, so erschien (2. 5. 1859) eine neue Anleihe von 500 Millionen Franken auf dem Markt, auf die 2½ Milliarden gezeichnet wurden, davon 1½ Milliarden allein in Paris. Magne, der Finanzminister, zog aus dem Ergebnis den folgenden Schluß: „Der Eifer des Publikums hat eine doppelte Bedeutung, einmal als politische Demonstration und dann als großes finanzielles Ereignis“[117]).

Seit dem Jahre 1856 hatte das Publikum seine Vorliebe für Eisenbahnwerte etwas verloren. Es hatte, wenn auch zu Unrecht, die Notiz vom 9. 3. 1856 als eine Art Mißtrauensvotum aufgefaßt. Jedenfalls gelang es den Eisenbahnen nicht immer ohne Schwierigkeiten, ihre Obligationen unterzubringen (350 Millionen z. B. wurden allein im Jahre 1857 ausgegeben). Am 31. 12. 1858 waren insgesamt 15 956 km Eisenbahnen konzessioniert, wovon etwa 8000 km in Betrieb waren. Diese stellten im wesentlichen das Netz der Hauptverbindungen dar, während die weiteren Konzessionen hauptsächlich Quer- und Nebenverbindungen betrafen. Für dieses sogen. „neue Netz“ machten die Eisenbahnen Finanzierungsschwierigkeiten geltend, und nach vielem Hin und Her entschloß sich der Staat wieder zu dem Mittel der Zinsgarantie, indem er mit Wirkung vom Jahre 1864 ab für etwa 8500 km einem Kapital von 3 Milliarden auf 50 Jahre einen Ertrag von 4,65 % garantierte. Dafür war eine Gewinnbeteiligung an den Einnahmen des alten Netzes vorgesehen. Aus unserer Tabelle (S. 100) geht hervor, daß diesmal die Zinsgarantie kein leeres Versprechen geblieben ist. Inzwischen aber hatten die dauernden Finanznöte des Staates die Geschäftswelt doch etwas hellhöriger gemacht, und in einem an sich so farblosen Werk wie dem „Annuaire de la Statistique“ war 1859 folgende Beurteilung der Zinsgarantie zu lesen: „Selbst wenn über die Tatsache des besonderen Schutzes einer Industrie nichts zu sagen wäre, so bestünde doch die einfache Feststellung, daß die Zinsgarantie nur dann in Anspruch genommen werden kann . . . wenn Krise herrscht, d. h. wenn der Staat selbst nötig hätte, die gewöhnlichen Lasten zu vermindern, statt neue zu erheben“[118]).

So war der österreichische Krieg, der Napoleon seinen größten materiellen Erfolg bringen sollte, nämlich die Annexion von Nizza und Savoyen, in einem Augenblick eingetreten, wo die Wirtschaft die Nachwirkungen der Krise von 1857 noch keineswegs ganz überwunden hatte. Vielleicht hätte der errungene Erfolg ausgereicht, eine neue Belebung der Wirtschaft hervorzurufen, wenn nicht das nächste Jahrzehnt der kaiserlichen Regierung eine nicht abreißende Kette von politischen Verwicklungen gebracht hätte, die fast alle mit Kriegen oder Kriegs-

---

[117]) Bericht über die Finanzen, 1860.
[118]) Annuaire de la statistique, 1859.

gefahren verbunden waren und die immer klarer die gefährliche Lage erhellten, in die sich die Kaiserliche Regierung verwickelt hatte, durch die Unbedenklichkeit, mit der sie die Mittel und den Kredit des Staates in Anspruch genommen hatte.

Der Cobden-Vertrag und das Ende des persönlichen Regiments in der Wirtschaft.

(1860—1862.)

Innerhalb der nächsten zwei Jahre nach der Beendigung des österreichischen Krieges kam es zweimal auf völlig überraschende Weise zu Ereignissen von überaus großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Das erste dieser Ereignisse war der Handelsvertrag mit England.

Wir haben schon erwähnt, daß der französische Zolltarif 52 Einfuhrverbote aufwies und eine ganze Reihe von Tarifen, die nahezu prohibitiv waren. Wir haben noch den ersten Versuch des Kaisers erwähnt (1856), die Einfuhrverbote durch Zölle zu ersetzen. Seit 1852 war es verschiedentlich für Rohstoffe und Nahrungsmittel zu Tarifsenkungen gekommen, aber meistens „mehr der Not gehorchend, als dem eigenen Triebe". Wenn auch die Zahl dieser Dekrete in die Hunderte geht, so hatten sie doch an dem eigentlichen Tarif und an den Grundsätzen des französischen Zollstatuts nichts geändert. Die großen französischen Industrien, besonders die Eisen- und Textilindustrie, waren ausgesprochen schutzzöllnerisch, und wie groß ihre Macht und die allgemeine volkswirtschaftliche Unkenntnis waren, hatte eben die Zurückweisung des Projektes von 1856 bewiesen. Ihre Auffassung läßt sich am besten durch die Formel von Thiers kennzeichnen, der in der gesetzgebenden Versammlung erklärt hatte, die Schutzzölle angreifen heiße eine Einrichtung Gottes angreifen. Man wird sich vorstellen können, welche maßlose Überraschung die Öffentlichkeit ergreifen mußte, als am 15. Januar im „Moniteur" folgender Brief erschien, den der Kaiser am 5. 1. an seinen Staatsminister geschickt hatte: „Seit langem verkündet man die Wahrheit, daß man die Austauschmittel vermehren muß, wenn der Handel blühen soll; daß ohne Konkurrenz die Industrie stehen bleibt und sich auf hohe Preise festlegt, die dem Fortschritt des Verbrauchs im Wege stehen; daß ohne eine blühende Industrie, die das Kapital entwickelt, sogar der Ackerbau in den Kinderschuhen bleibt . . . Um die industrielle Produktion zu fördern, muß man die dazu notwendigen Rohstoffe von allen Abgaben befreien ..." Zusammengefaßt stellte der Brief folgende Punkte als Programm auf: Abschaffung der Zölle auf Wolle und Baumwolle. —

Allmähliche Ermäßigung auf Zucker und Kaffee. — Verbesserung der Verkehrswege. — Herabsetzung der Kanalgebühren. — Darlehen an Industrie und Landwirtschaft. — Große öffentliche Arbeiten. — Aufhebung der Einfuhrverbote. — Handelsverträge mit fremden Mächten.

Der Entwurf eines Handelsvertrages mit England war inzwischen bereits fertiggestellt, und die seit einigen Monaten schwebenden Verhandlungen waren tiefstes Geheimnis geblieben. Zum erstenmal hatte der Kaiser von seiner Befugnis Gebrauch gemacht, Handelsverträge und Zolltarife aus eigener Machtvollkommenheit abzuschließen. Der Staatsminister Rouher, dessen Frau, Michel Chevalier, der englische Botschafter in Paris, Cobden, Bright und mehrere englische Minister waren die einzigen Mitwisser gewesen[119]). Man wird sich erinnern, daß die Regierung im Jahre 1856 die Aufhebung der Einfuhrverbote zum 1. Juli 1861 angekündigt hatte. Diesem Versprechen wurde in den nachfolgenden Verhandlungen zum Teil Rechnung getragen, indem man die Anwendung der neuen Tarife auf mehrere Jahre hinaus staffelte.

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages waren natürlich die über die Aufhebung der Einfuhrverbote. Diese wurden durch einen allgemeinen Wertzoll ersetzt, der 30 % nicht überschreiten durfte. Vom 1. Oktober 1864 an sollte dieses Maximum nur noch 25 % betragen. Die beiden Staaten garantierten sich gegenseitig die freie Ausfuhr der Kohle und den Verzicht auf die Erhebung eines Exportzolles. Eine der für Frankreich wichtigsten Bestimmungen war die über den Eisenzoll, der von 100 Franken je t auf 70 Franken je t herabgesetzt wurde und vom 1. 10. 1864 an auf 60 Franken. Wenn man berücksichtigt, daß in England die Tonne Eisen 150 Franken kostete und in Frankreich unter dem Regime des Schutzzolles 250 Franken, wenn man ferner berücksichtigt, daß ein Vertreter der Schutzzollrichtung die Transportkosten für die Tonne Eisen auf wenigstens 30 Franken veranschlagte, so war wirklich nicht einzusehen, wieso hier der Eisenindustrie ein Unrecht geschehen war. Auch alle übrigen Tarife waren so gestaffelt, daß eine ausreichende Zeit für die Anpassung blieb. Der Vertrag, der die Klausel der Meistbegünstigung enthielt, wurde auf 10 Jahre abgeschlossen und war ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündbar.

Da der englische Tarif damals nur noch 7 Artikel enthielt, gewann Frankreich freie Einfuhr seiner Waren und aus besonderem Entgegenkommen noch eine Senkung der Zölle auf Weine und Spirituosen.

Die erste Zustimmung kam aus dem Lager der Nationalökonomen. „Dieser Brief, der dem Kaiser Napoleon III. den Ruhm sichert, den

---

[119]) Auf die Vorgeschichte des Vertrages kommen wir weiter unten zurück (s. S. 88 f.).

Robert Peel sich in England und der ganzen Welt erworben hat (ein beständigerer Ruhm als der von Solferino), zeigt den Herrscher Frankreichs als offenen Anhänger der Freiheit des Handels"[120]). So schrieb das Journal des Economistes.

Aber schließlich stellte dieser Vertrag ja nicht den Übergang zum absoluten Freihandel, sondern zu einem gemäßigten Schutzzoll dar. „Wenn auch die Einfuhrverbote verschwinden", schrieb H. Baudrillart im Journal des Economistes, „wenn die Rohstoffe in jedem Falle befreit werden, wenn Verbrauch und Industrie an diesen glücklichen Änderungen gewinnen werden, so stehen wir doch hohen Tarifen gegenüber, an die sich unsere Fabrikanten mit der gleichen Hartnäckigkeit klammern werden, wie sie es bisher mit den absoluten Einfuhrverboten getan haben"[121]).

Wie es Napoleon auch in seinem Brief andeutete, war einer der Gründe, die ihn zu diesem umwälzenden Schritt bewogen hatten, der Gedanke, daß die Erleichterung des Handels eine fühlbare Preissenkung und höhere Löhne, und daher eine Besserung der Lage der arbeitenden Klasse bewirken würde. Man braucht nicht an die Person Michel Chevaliers zu denken, um in dieser Fassung eine der Lieblingstheorien des St.-Simonismus wiederzuerkennen. Eine Theorie, wie sie in dieser etwas extremen Form auch von Bastiat vertreten wurde.

Es konnte gar kein Zweifel daran bestehen, daß zunächst einmal die Staatskasse Einnahmen einbüßen würde und daß eine Reihe von Fabriken, die nur dank des Privilegs existiert hatten, zum Untergang verurteilt sein würden. Napoleon hatte in seinem Brief bereits angekündigt, daß ein Betrag von etwa 40 Millionen als Darlehen an Industrielle vergeben würde zur Unterstützung während der Zeit der Umstellung (1. 8. 1860). Aber dieses nur einmalige Darlehen konnte im Sinne der Industriellen die Vorteile einer nahezu monopolartigen Stellung nicht aufwiegen, und so hatte Napoleon das Unglück, daß er zum erstenmal, als er den „weisen Lehren der Nationalökonomie" gefolgt war, bei den wichtigsten Industriellen seines Landes auf dieselbe Ablehnung und Feindschaft stieß, die diese vorher den Nationalökonomen von Beruf, den „Ideologen", entgegengebracht hatten. Man muß anerkennen, daß besonders für die Eisenindustrie die Lage nicht leicht war. Denn die Erschwerung des Wettbewerbs traf mit der technischen Umstellung zusammen, die allmählich die Eisenherstellung von Grund auf veränderte, mit dem Übergang von der Holzkohle zur Steinkohle. Hier hatte der Vertrag unbestreitbar eine gute Wirkung, indem er die Modernisierung der französischen Eisenindustrie erzwang.

---

[120]) J. d. Ec. 2, XXV., S. 277 (1860).
[121]) J. d. Ec. 2, XXV., S. 163 (1860).

Auch die Textilindustrie gewann, da sie endlich die Möglichkeit hatte, die vorzüglichen ausländischen Maschinen einzuführen, was der hohe Zolle bisher unmöglich gemacht hatte.

An die Preissenkung glaubten allerdings nur wenige Nationalökonomen, unter ihnen Chevalier. De Lavergne warnte sogar ausdrücklich davor, ein so nützliches Werk wie diesen Vertrag mit Hoffnungen zu belasten, die er nie erfüllen könne.

War so für die Zukunftshoffnungen gesorgt, so verlangte doch die Gegenwart ebenfalls berücksichtigt zu werden. Dem trug ein Dekret vom 6. 7. 1860 Rechnung, indem es den Crédit foncier ermächtigte, Darlehen an Gemeinden, Departements und landwirtschaftliche Vereinigungen zu geben. Gemeinden und Städte bauten weiter und nahmen neue Anleihen auf. So am 14. 7. 1860 Stadt Boulogne 500 000 Franken zu 5 % auf 30 Jahre für den Bau eines Seebades; 14. 7. Stadt Agen für den Bau eines Boulevards 200 000 Franken zu 5 % auf 6 Jahre; am 18. 7. Stadt Marseille 2,6 Millionen zu 5 % auf 20 Jahre für den Bau von Kasernen; am 18. 7. Stadt Lisieux für die Verbreiterung und Pflasterung einer Straße 75 000 Franken zu 5 % auf 6 Jahre. Schließlich meldete sich auch Paris, das der Präfekt Haussmann seit nunmehr 7 Jahren nach den eigensten Plänen des Kaisers umbaute, und legte eine Anleihe von 140 Millionen auf.

Der 24. 11. 1860 brachte ein politisches Ereignis von großer Bedeutung, indem die Veröffentlichung der Sitzungsberichte von Senat und Kammer im Wortlaut gestattet wurde und gleichzeitig die Diskussion der jährlichen Adresse des Kaisers. Diese Änderung hatte den Zweck, „das Land dazu aufzurufen, einen größeren und unmittelbareren Anteil an seinen Geschicken zu nehmen."

Auch im nächsten Jahre riß die Baulust der Städte und Gemeinden nicht ab. Am 12. 6. 1861 bekam das Departement Bouches du Rhône 4,9 Millionen bewilligt für den Bau einer Präfektur und eines Justizpalastes in Marseille. Am 26. 6. erhielt Lyon 5 Millionen zu 5 % auf 35 Jahre für ein Stadthaus, ein Haus des Handels und eine Rue de l'Impérttrice. Am gleichen Tage bewilligte das Parlament der Stadt Marseille 54 Millionen zu 5 % auf 50 Jahre für zwei Straßendurchbrüche und die Anlage eines Platzes. Am 4. 7. meldete sich auch wieder der Staat, indem er 300 000 dreißigjährige Obligationen zu 4 % zur öffentlichen Zeichnung auflegte, auch diesmal, um sie den Eisenbahngesellschaften an Stelle der zugesagten Subventionen zu überlassen.

Auch dieses Jahr sollte noch eine Überraschung bringen, die zwar für einige wenige keine Überraschung war, die aber auf die Mehrzahl einen gewaltigen Eindruck machte. Und zwar erschien im Moniteur vom 14. 11. 1861 ein Brief des Kaisers, in dem er seinen ersten Finanzminister Achille Fould wiederberief. Ein zweiter Brief,

an den Staatsminister Rouher gerichtet, teilte das Folgende mit: „Seit langem ist es meine Sorge gewesen, den Haushalt in unveränderliche Grenzen zu beschränken ... Leider haben unvorhergesehene Umstände und immer wachsende Notwendigkeiten mich gehindert, dieses Resultat zu erreichen. Das einzige Mittel dazu ist, entschlossen auf die Befugnis zu verzichten, die mir zusteht, in Abwesenheit der Kammern neue Kredite zu eröffnen. Ich setze Sie also in Kenntnis von meiner Absicht, am 2. 12. den Senat zusammenzuberufen, um ihm meinen Entschluß mitzuteilen, auf die Vollmacht zur Eröffnung von außerordentlichen und von Ergänzungskrediten zwischen den Sitzungsperioden zu verzichten." Diesen beiden Briefen war ein Bericht voraufgegangen, den Fould am 12. 11. 1861 im Ministerrat vorgelesen hatte. Er enthielt eine Kritik der kaiserlichen Finanzpolitik und daher indirekt auch der Wirtschaftspolitik, wie sie deutlicher bisher niemand gewagt hatte, und die um so schwerer wog, als sie einmal von einem Kenner der Dinge kam — Fould stammte aus einer Bankiersfamilie — und außerdem von einem Manne kam, der Napoleon schon zu seiner Präsidentenzeit mit reichen Mitteln unterstützt hatte und einer seiner ersten Anhänger gewesen war. Es ging hauptsächlich um die Bestimmung des Sénatus-Consulte von 1852, der dem Kaiser die Verfügung über die Staatsmittel gegeben hatte und mit dessen Hilfe die großen Bauten der letzten zehn Jahre begonnen worden waren.

„Die Verfassung hat der Kammer das Recht vorbehalten", sagte Fould, „die Steuer zu bewilligen; aber dieses Recht wäre fast illusorisch, wenn die Dinge so blieben wie sie jetzt sind. In der Tat, was ist eine Kontrolle, die sich auf eine Ausgabe erstreckt, 18 Monate, nachdem sie gemacht ist? Und wen kann diese Kontrolle treffen, wenn nicht den Chef des Staates selbst, da die Minister nur ihm verantwortlich sind? Könnte man nicht sogar die Nützlichkeit der Haushaltsbesprechung im Staatsrat und in der Kammer bezweifeln, wenn, trotz der bewilligten oder erzwungenen Verminderungen, die Regierung nach der Sitzungsperiode die Ausgaben jederzeit vermehren kann? . . .

Wenn man die Finanzfrage studiert, so ist es leicht vorauszusehen, daß wir, wofern wir nicht das System ändern, uns sehr bald vor ernsten Schwierigkeiten finden werden. Die 8 vergangenen Jahre von 1851 bis 1858 haben außerordentliche Kredite im Betrage von 2,4 Milliarden Franken eröffnet. Wenn man zu dieser Summe 400 Millionen für die letzten drei Jahre hinzufügt, so sieht man, um wieviel die Staatsschuld und die Defizite der Staatskasse gewachsen sind.

Um diesen Ausgaben zu genügen, hat man den Kredit in allen seinen Formen benutzt, und man hat, mit Zustimmung der öffentlichen Gewalten, die Mittel der besonderen Anstalten herangezogen, die der Leitung des Staates unterstehen. Die Rentenanleihen, die 1854, 1855

und 1859 aufgelegt wurden, betragen nicht weniger als 2 Milliarden. Als das Privileg der Bank von Frankreich erneuert wurde, ist die dieser Anstalt auferlegte Kapitalerhöhung von 100 Millionen in die Staatskasse gewandert. Die Dotationskasse der Armee, welche 135 Millionen erhalten hatte, hat ihren ganzen Bestand in der Staatskasse verschwinden sehen, die ihr dafür Schuldbuchverschreibungen übergeben hat. Schließlich hat man eine neue Anleihemethode benutzt: Die Obligationen auf 30 Jahre, von denen man dieses Jahr für 132 Millionen ausgegeben hat.

Das Publikum hat diese Anleihen mit großem Eifer gezeichnet, aber es hieße sich gefährlichen Täuschungen hingeben, wenn man unbegrenzt auf die Entwicklung des nationalen Kredits bauen wollte."

Die Geschäftswelt beginne bereits, sich wegen des Defizits zu beunruhigen, das ungefähr 1 Milliarde Franken betrage. Man befürchte eine Krise. Es gebe nur ein Mittel dagegen: die Quelle all dieser Übel zu verstopfen und die Krediteröffnung durch Dekrete einzustellen.

Auffallend ist auch hier die trotz aller Sachlichkeit vorsichtige Form, in der Fould Kritik übt. Auch die Gemeindeanleihen sind eine Belastung des Kreditmarktes (Anleihen zu 4 % waren nicht mehr unterzubringen, der Mindestzinsfuß war 5 %). Aber kann der Kaiser widerstehen, wenn Forderungen an ihn gestellt werden, die er als berechtigt anerkennen muß?

Ebenso vorsichtig wird dann die Politik gestreift. Die Möglichkeit, ohne Kontrolle die Rüstungen zu erhöhen, schaffe Beunruhigung, und diese wirke wiederum auf die Wirtschaft zurück. Der Chef des Staates werde mit der Verantwortung für Dinge belastet, die gar nicht in seinem Machtbereich lägen, ungerechtfertigtes Mißtrauen entstehe und schaffe neue Verwirrung. Eine zurückhaltende, aber treffende Schilderung der damaligen politischen Atmosphäre.

Der Verzicht auf die unbeschränkte Möglichkeit der Kreditbewilligung könne hier Wandel schaffen.

Es ist schwer zu sagen, ob Fould wirklich daran geglaubt hat, daß dieses Mittel allein genügen würde. Man sollte es fast annehmen, da er nachher für seine Finanzreform nichts anderes fand. Aber das würde dann beweisen, daß er wohl die Zerrüttung der Finanzen erkannt hatte, auch den Einfluß der auswärtigen Politik sah, aber den eigentlichen Grund der Krise nicht wahrgenommen hatte: die Wirtschaftspolitik der Erhöhung der Kaufkraft durch steigende Verausgabung von Steuermitteln oder öffentlichen Geldern im allgemeinen.

Da war das Journal des Economistes vom 15. 12. 1861 schon auf dem richtigeren Wege: „Eine Änderung hat stattgefunden, die von Bedeutung werden kann, wenn sie alle Früchte trägt, die sie verspricht,

und sie hat die öffentliche Meinung sehr günstig berührt ... Wir bedauern, daß nur ein Punkt in dieser wichtigen Arbeit nicht erwähnt worden ist: die Gefahr des unmäßigen Luxus, welcher in Nachahmung der offiziellen Stellen sich über ganz Frankreich verbreitet hat. Die Masse des Kapitals, welches, statt gespart zu werden und das Land zu beleben, auf diese Weise unproduktiv ausgegeben wird, ist riesengroß, und da in Frankreich das Land entschlossen zu sein scheint, im Guten sowohl wie im Bösen dem Antrieb der Staatsgewalt zu folgen, so wäre es klug gewesen, in dieser Beziehung eine Reform einzuleiten, welche, statt den Grund des Übels bestehen zu lassen, indem sie nur seine unmittelbaren Wirkungen mildert, das Übel mit der Wurzel ausgerissen hätte"[122]).

Entsprechend der Denkschrift des neuen Finanzministers hob also der Senatus-consulte vom 2. 12. 1861 die betreffenden Bestimmungen vom 25. 12. 1852 auf, d. h.: über den Haushalt wurde wieder nach Abteilungen und nicht mehr nach Ministerien abgestimmt; für außerordentliche oder für Ergänzungskredite war ein Gesetz notwendig. Das Recht zu Überweisungen blieb der Regierung erhalten.

Man kann dies Ereignis nur als ein Eingeständnis bewerten, 10 Jahre lang eine falsche Politik auf dem Gebiet der Finanzen und der Wirtschaft betrieben zu haben. Napoleons Allmacht der Staatskasse gegenüber war nicht zum Guten ausgegangen und die „weisen Prinzipien" der Nationalökonomie waren, wie so oft, erst dann angerufen worden, als man anfing, der Schwierigkeiten nicht mehr Herr zu werden. Dieses Eingeständnis hat aber nicht nur dem wirtschaftlichen Regiment, sondern auch der politischen Autorität Napoleons III. einen heftigen Stoß versetzt, und daß bei den Wahlen zum Parlament im darauf folgenden Jahre die Opposition trotz der offiziellen Wahlmaschinerie von 5 auf 30 Abgeordnete stieg, ist zu einem Teil auch auf diesen Umschwung zurückzuführen.

Unverständlich bleibt nur, warum Napoleon den Bericht Foulds im „Moniteur" veröffentlichen ließ. „Wenn jemand geschrieben hätte, was M. Fould an jenem Tage vorlas und was der „Moniteur" in aller Ausführlichkeit abdruckte", schrieb Paul Boiteau 1866 in seinem Werk über die französischen Finanzen, „so wäre er ohne Zweifel angeklagt worden, „die Bürger zum Haß und zur Verachtung der Regierung aufzuhetzen", mindestens hätte man ihn der Verleumdung bezichtigt und ihn vor Gericht gebracht"[123]).

---

[122]) J. d. Ec. 2, XXXII., S. 451 (1861).

[123]) Boiteau, II, S. 251.

Der Übergang zum liberalen Kaiserreich und der Abbau der Reglementierung in der Wirtschaft.

(1863—1869.)

Diese letzten 7 Jahre sind eigentlich nur noch insofern der napoleonischen Wirtschaftspolitik zuzurechnen, als 4 davon mit einem Defizit endeten, das durch außerordentliche Ausgaben verursacht war. Die Politik, und in erster Linie die Außenpolitik, rückte in den Vordergrund. So lief die Wirtschaft auf den alten Gleisen, so gut es ging, weiter. Das einzige größere Ereignis war der Abschluß der Münzkonvention (23. 12. 1865), der Belgien, Italien und die Schweiz, sowie später auch Griechenland beitraten. 1866 kam eine neue Krise (1861/62 hatten die amerikanischen Baumwollzufuhren infolge des Bürgerkrieges ausgesetzt und einen Teil der französischen Textilindustrie lahmgelegt), der der Crédit Mobilier zum Opfer fiel. 1867 wurde die zweite Weltausstellung eröffnet, der letzte Höhepunkt des Zweiten Kaiserreichs. Ein paar Tage vorher war der mexikanische Kaiser erschossen worden, den Napoleon mit Truppen, Geld und Versprechungen im Stich gelassen hatte. Seit dem Gesetz vom 25. 5. 1864, das den Arbeitern das Koalitionsrecht wiedergab, hatten die Arbeitskonflikte von neuem begonnen. „Die Streiks wurden häufiger und nahmen einen politischen Charakter an“[124]).

Unter diesen Umständen konnte von einer günstigen Weiterentwicklung der Wirtschaft nicht die Rede sein, um so mehr, als auch die notwendigsten Reformen ausblieben. Der neue Finanzminister A. Fould hatte auch nichts weiter gefunden als Aushilfsmittel, und eine eigentliche, durchgreifende Reform des Finanzwesens kam nicht zustande. Am 12. 6. 1862 wurde eine neue Konvertierung angekündigt, die von dem gesunden Gedanken ausging, die drei verschiedenen Rententypen (4½ %, 4 %, 3 %) auf einen einzigen Typ, nämlich die 3 %ige Rente, zu vermindern. Das gab gleichzeitig Gelegenheit, die Staatseinnahmen zu vermehren, da die Kapitalrückzahlung der 3 %igen Rente am höchsten war und also beim Umtausch ein Zuschlag bezahlt werden mußte. Trotzdem die Konversion nicht obligatorisch war, glückte sie etwa zu drei Vierteln und brachte dem Staat rd. 160 Millionen ein, die zur Verminderung der schwebenden Schulden benutzt wurden.

Das Finanzgesetz vom 2. 7. 1862 versuchte Ordnung in das Durcheinander der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben zu bringen, indem es die Einheit des Haushalts aufhob und einen außerordentlichen und einen ordentlichen Haushalt gesondert aufstellte. Für

---

[124]) Levasseur, Histoire des classes ouvrières, II, S. 518.

jeden der beiden sollten vorher die Einnahmen genau festgelegt werden, so daß die zur Verfügung stehende Summe von vornherein bekannt wäre. Zur Auffüllung dieses ersten außerordentlichen Haushalts wurde auch eine leichte Erhöhung der Zucker- und der Salzsteuer vorgenommen, die dem Publikum gegenüber zur Beruhigung als „vorübergehend" bezeichnet wurde.

Am 30. 12. 1863 wurde dann auch eine neue Anleihe von 300 Millionen aufgelegt zur Erleichterung der schwebenden Schuld.

Das waren wohl glücklich gewählte Hilfsmittel, aber nicht das, was man einen Finanzplan nennen könnte. Als man am Ende des Jahres wieder zur Anleihe greifen mußte, hatte man nur die Entschuldigung, daß die Anforderungen des mexikanischen Unternehmens sich als stärker erwiesen hatten als alle guten Absichten. Es hatte sich herausgestellt, daß auch die Überweisungen noch zu Mißbräuchen führten, wenn sie nicht wirklich unbenutzte Kredite betrafen. Der mit so großen Hoffnungen begrüßte neue Minister hatte sich gegenüber den Anforderungen seiner Kollegen nicht durchsetzen können, und es war ihm auch nicht geglückt, die Menge der öffentlichen Arbeiten mit den Mitteln des Haushalts in Einklang zu bringen.

Am 4. 7. 1866 wurde die Amortisierung der Rentenschuld wieder aufgenommen, und dies war wirklich ein begrüßenswerter Gedanke. „Die Wiederherstellung der Amortisierung ist um so nützlicher und zeitgemäßer, als sie gleichzeitig ein Protest gegen die leichte und gefährliche Lehre ist, die ohne jede Rücksicht darauf ausgeht, die Zukunft zugunsten der Gegenwart zu belasten", sagte der Finanzminister Fould. Der Amortisierungskasse wurden bestimmte feste Einnahmen zugewiesen. Dagegen übernahm sie den Zinsendienst der Rente und war verpflichtet, jedes Jahr für wenigstens 20 Millionen 3 %ige Rente zu erwerben, aber nur unter pari.

Derselbe Tag brachte in einem Senatus-consulte die Tarifemanzipation der Kolonien, die den Inseln Martinique, Guadeloupe und Réunion das Recht gab, „ihre Zolltarife selbst festzusetzen unter denselben Bedingungen, wie das Mutterland"[125]).

In diesen Jahren wurden, nach dem Muster des Handelsvertrages mit England und als Folge dieser handelspolitischen Umstellung, eine ganze Reihe von Verträgen abgeschlossen, die die Handelsbeziehungen Frankreichs auf eine neue Grundlage stellten. Aber alle diese Verträge bedeuten keinen Übergang zum absoluten Freihandel, sondern enthalten Konventionaltarife; man bewilligt sich gegenseitig Vorteile,

---

[125]) Moniteur, 20. 6. 1866.

gemäßigte Zollsätze treten an die Stelle der Einfuhrverbote, und hauptsächlich werden die Zölle auf Rohstoffe gesenkt[126]).

Aber auch neue große öffentliche Arbeiten wurden geplant. So bestimmte ein Gesetz vom 12. 7. 1865, daß Gemeinden und Departements zur Errichtung von Lokalbahnen berechtigt seien. Die Generalräte sollten die Linienführung festlegen, der Staatsrat dem gesamten Plan die Genehmigung erteilen. Die Ausführung der Bahnen konnten die Gemeinden und Departements selbst übernehmen oder als Konzession vergeben. Eine Unterstützung durch den Staat war vorgesehen, sollte aber 6 Millionen Franken im Jahre nicht überschreiten. Am 8. 5. 1869 tauchte auch die Frage der Entwässerung und der Bodenverbesserung wieder auf. Bei dieser Gelegenheit mußte man feststellen, daß von den 100 Millionen, die ein Dekret vom 17. 7. 1856 für die Entwässerung der Felder zur Verfügung gestellt hatte, deren Verteilung durch ein Dekret vom 28. 5. 1858 dem Crédit foncier übertragen worden war, nicht mehr als 1½ Millionen in Anspruch genommen worden waren. So wurde nun dieser Kredit einem Gesamtplan für solche Arbeiten überwiesen, dessen Ausführung nicht über die Anfänge hinausgekommen ist. Ein Gesetz vom 14. 7. 1868 gewährte eine staatliche Unterstützung von 100 Millionen, auf 10 Jahre verteilt, für den Ausbau der Gemeindewege. Zu diesem Zwecke gründete man eine eigene Kasse (Caisse des chemins vicinaux), welche den Gemeinden Vorschüsse geben konnte, bis zum Betrage von 200 Millionen.

Die staatliche Einmischung bei der Errichtung von Handelsgesellschaften wurde nach und nach abgebaut. Ein Gesetz vom 23. 5. 1863 gestattete die Errichtung von Gesellschaften m. b. H. ohne vorherige Genehmigung des Staates. Ein Gesetz vom 22. 6. 1863 schaffte die Reglementierung des Bäckergewerbes ab.

Am 9. 5. 1866 wurde die vorherige Genehmigung für die Errichtung von Hütten- und Hochofenwerken aufgehoben. Am 24. 7. 1867 hörte auch die Aktiengesellschaft auf (Société anonyme), der Genehmigung und der ständigen Überwachung durch die Regierung unterworfen zu sein. Der Grund bei all diesen Änderungen ist in der Notiz des

---

[126]) Wir geben nachstehend die Daten dieser verschiedenen Verträge an: 9. 3. 1861, Peru; 29. 4. 1861, Türkei; 1. 5. 1861, Belgien; 5. 6. 1862, Annam; 18. 6. 1862, Spanien; 2. 8. 1862, Preußen und die Zollvereinsstaaten, „die beitreten werden" (1865); 5. 4. 1863, Italien; 30. 6. 1864, Schweiz; 14. 2. 1865, Schweden; 7. 7. 1865, Holland; 11. 7. 1866, Portugal; 11. 12. 1866, Österreich.

Vor 1860 hatten Handelsverträge mit folgenden Staaten bestanden: Liberia (17. 4. 52); Paraguay (4. 3. 53); Persien (11. 7. 55); Honduras (22. 2. 56); Siam (15. 4. 56); Rußland (14. 6. 57); Salvador (22. 1. 58); China (27. 6. 58); Japan (9. 10. 58); Nicaragua (11. 4. 59).

Moniteur ausgedrückt, mit der er die Aufhebung der Genehmigung für Eisenwerke begleitet: „Wenn man sich auf den Standpunkt des Eigentumsrechts und der Freiheit von Handel und Industrie stellt, so kann dieses System nicht mehr verteidigt werden“[127]).

Das Kredit- und Bankwesen entwickelte sich auf den einmal eingeschlagenen Bahnen weiter, und nur ein einziges Gesetz von einer gewissen Bedeutung war zu verzeichnen: Das Gesetz, das die beim Gebrauch von Schecks zu entrichtende Stempelsteuer auf 10 Jahre aufhob. „Die Regierung hat den Wunsch, den Gebrauch des Kontokorrents und die Benutzung des Schecks zu verbreiten, . . . und für die Entwicklung der Industrie und des Handels Kapitalien heranzuziehen, die ohne dieses Mittel, selbst wenn sie nicht der Thesaurierung verfallen, nur dem täglichen Verkehr dienen würden“[128]).

Wie im Wirtschaftsleben die straffe Reglementierung allmählich einer freieren Betätigung Platz machte, so wich Napoleon auch auf politischem Gebiet nach und nach vor den Forderungen der Opposition zurück, und der Einfluß der öffentlichen Meinung und des Parlaments nahm stetig zu. Am 19. 1. 1867 gewährte Napoleon der Kammer das Interpellationsrecht an Stelle der Debatte über die kaiserliche Adresse. „Die Adresse hat oft zu nutzlosen Debatten Anlaß gegeben, die das Land beunruhigt haben“[129]). Pressedelikte wurden der Behandlung durch die Verwaltung entzogen und den ordentlichen Gerichten überwiesen. Am 11. 5. 1868 hob ein Gesetz die Verpflichtung auf, bei Gründung einer Zeitung die vorherige Genehmigung des Präfekten einzuholen, und ermäßigte gleichzeitig die für Zeitungen zu entrichtende Stempelgebühr. „Die Autorität aufzurichten inmitten einer zerrissenen Gesellschaft war die erste Aufgabe der kaiserlichen Politik; die Tatkraft des Einzelnen zu befreien, wenn die Gewalt fest gegründet und die Leidenschaften beruhigt sind, war ihr Zweck“[130]).

Der größte Schritt jedoch geschah nach den Wahlen des Jahres 1869. Um einigen Interpellationen zuvorzukommen, erschien am 13. 7. im Moniteur eine Notiz: „Die Kammer scheint sofort die Reformen kennenlernen zu wollen, die meine Regierung beschlossen hat. Ich halte es für angebracht, diesem Bestreben entgegenzukommen.“ Am 8. 9. 1869 übergab ein Senatus-consulte die Verfassungsänderungen der Öffentlichkeit: Die Minister wurden wieder für verantwortlich erklärt und konnten Mitglieder der Kammer sein; Zolländerungen bedurften der Bestätigung durch ein Gesetz, auch wenn sie in internationalen Ver-

---

[127]) Moniteur, 4. 6. 1865.
[128]) Lois ann., S. 45.
[129]) Moniteur, 20. 1. 1867.
[130]) Lois ann., S. 297.

trägen enthalten sind. Vor allen Dingen erhielt das Parlament das Recht, Gesetze einzubringen. Als Sicherung gegen Übereifer war vorgesehen, daß ein vom Senat abgelehntes Gesetz erst in der nächsten Sitzungsperiode von der Kammer erneut beraten werden konnte. In der Begründung des Gesetzes heißt es: „Da der Kaiser wohl wußte, wie sehr im Laufe der Jahre die Gefühle und die Interessen sich ändern so hütete er sich, absolute und unveränderliche Bestimmungen in die Verfassung aufzunehmen; er hütete sich, daß Schicksal eines großen Volkes in einen unübersteigbaren Kreis einzuschließen; er erklärte, wie der Begründer seiner Dynastie, daß eine Verfassung das Werk der Zeit sei und daß man den Weg zu ihrer Verbesserung nicht breit genug machen könne."

Aus dem autoritären Kaiserreich war ein parlamentarisches Kaiserreich, ein „empire libéral" geworden. Napoleon hatte jetzt keine Möglichkeit mehr, ohne Zustimmung der Kammern persönliche wirtschaftliche Pläne durchzuführen. Die napoleonische Wirtschaftspolitik war zu Ende.

Die Politik als Schicksal der Wirtschaft.

Nachdem wir nun einen Überblick bekommen haben über die Wege, welche die Wirtschaftspolitik Napoleons III. eingeschlagen hat und die überraschende Wandlung von einer staatssozialistischen Theorie zu einer mit den Jahren in zunehmendem Maße liberalen Praxis verzeichnet haben, bleibt uns die Aufgabe, diesen Umschwung zu erklären. Als Napoleon III. seine Unterschrift unter die Verfassung von 1852 setzte, hatte er, von seinen Staatsideen her gesehen, alles erreicht, was ihm in den napoleonischen Ideen vorgeschwebt hatte. Er war vom Volke fast einstimmig beauftragt worden. Er hatte es verstanden, den „Glauben an seinen Stern", den er immer wieder Vertrauten und Freunden gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte, im Volke zu einem Glauben an seine Person werden zu lassen. Nur vier Wochen hatte er offen diktatorisch regiert, dann war er mit der Verfassung auf den Weg der Legalität zurückgekehrt, allerdings ohne daß diese Verfassung sein diktatorisches Regiment beeinträchtigt hätte. Er konnte sich auf eine in seiner Hand zusammengefaßte Beamtenschaft stützen. Seine Minister waren Verwandte, wie sein Vetter, der Prinz Napoleon, und sein Halbbruder, Morny; Genossen seiner bewaffneten Umsturzversuche, wie Persigny; Fould, der Finanzminister, war der Bruder eines Bankiers, der Napoleon zur Zeit seiner Präsidentschaft Geld zur Bestreitung seines Aufwandes vorgestreckt hatte. Alle zusammen waren nur die Vollstrecker seines Willens. Eines der aufschlußreichsten Beispiele für die persönliche Politik Napoleons ist seine geheime Unterredung mit Cavour im Plombières, während der eine Nachricht des Außenministers Walewski einlief, des Inhalts, Cavour sei in Frankreich gesehen worden.

Napoleon hatte zur Befestigung seines Regimes auch alle Möglichkeiten ausgenutzt, die das Geld ihm bot. Die so wichtigen Präfekten bekamen ein Gehalt (erste Klasse) von 40 000 Franken jährlich, die Senatoren (150) 30 000 Franken und die Abgeordneten für jeden Monat der Sitzungsperiode 2500 Franken. Das waren für die damalige Zeit ganz beträchtliche Summen. St.-Arnaud und Magnan, die Generäle des Staatsstreichs, wurden zu Marschällen ernannt und erhielten Ehrenstellen am Hofe, für die der erste 300 000 Franken und der zweite 200 000 Franken jährlich bezog. Auf ähnliche Weise sicherte sich der Kaiser auch die Unterstützung des Klerus. Er vermehrte den Kirchenetat, die Stellenzahl der vom Staate bezahlten Geistlichen und die Stipen-

dien für die Priesterseminare. Die Mitgliedschaft der Kardinäle im Senat wurde bereits erwähnt. Die in dieser Beziehung wichtige Unterstützung durch die moralische Autorität des Papstes war ihm ebenfalls zuteil geworden, als Dank für die bewaffnete Hilfe, die er dem Hl. Vater gegen eine revolutionäre Erhebung in seinem Kirchenstaat gewährt hatte.

Die Proskription und die „Commissions mixtes", die nach den Statistiken der Militärgerichte zu über 26 000 Verurteilungen führten, hatten Napoleon von dem aktiven Teil seiner Gegnerschaft befreit, aber auch in den Kreisen der Republikaner und Sozialisten, die davon hauptsächlich betroffen wurden, jede Neigung zum Kompromiß mit der neuen Ordnung erlöschen lassen. Die Pressegesetze hatten erreicht, daß nichts in Frankreich gedruckt werden konnte, was der Regierung nicht genehm war. Dafür standen dieser alle damals vorhandenen Möglichkeiten zur Verfügung, die man zur Lenkung der öffentlichen Meinung kannte. Die Teilnahme des Volkes am politischen Leben hatte aufgehört, denn dieses beschränkte sich im eigentlichen Sinne auf den Kaiser und den Kreis seiner engsten Mitarbeiter. Das war in einem so alten und überlieferungsreichen Staatswesen und nach mehr als dreißigjähriger, mehr oder weniger liberaler Praxis ein gewaltiger Einschnitt, und Napoleon fühlte sehr wohl, daß er irgend etwas anderes an die Stelle setzen müßte. Um so mehr, als er ja eigentlich keine neue Idee vertrat, sondern eher eine Legende, eine glanzvolle Überlieferung.

Der Versuch, die Anhänger des Königtums persönlich zu gewinnen, gelang trotz der von den Zeitgenossen bezeugten großen Liebenswürdigkeit des Kaisers nicht. Denn er hatte, auf Anregung Persignys, das persönliche Eigentum Louis-Philippes beschlagnahmt und „demokratischen" Einrichtungen, Hilfs- und Unterstützungskassen, zugewiesen. „C'était le premier vol de l'aigle", sagten die Monarchisten. Außerdem zwang Napoleon durch Dekret die Familie Orléans, ihre Liegenschaften in Frankreich im Werte von 300 Millionen Franken binnen eines Jahres zu verkaufen, wegen der damit verbundenen Gefahr eines politischen Einflusses. Sogar Guétary, einer seiner überzeugtesten Bewunderer, mußte zugeben, daß diese Konfiskation vielleicht „Anlaß zur Kritik bietet"[131]). Jedenfalls kosteten diese beiden Maßnahmen Napoleon für die ersten Jahre jede Unterstützung durch die einflußreiche royalistische Gesellschaft.

So stand er also allein mit seinen Ministern und Beamten, auf die Armee gestützt. Eine napoleonische Partei im eigentlichen Sinne hatte es nicht gegeben. Wenn er also die widerstrebenden Gegner weiterhin zur Ohnmacht verdammen wollte, mußte er sie durch die Erfolge seines Regimes widerlegen.

---

[131]) Guétary, Napoleon III., S. 113.

„Sein eigenes Interesse war das gleiche wie das der Nation; die Festigung seines Ansehens im Innern und die Wiederaufrichtung des französischen Ansehens nach außen forderten einen schnellen politischen Erfolg. . . . Hätte er Konflikte mit seinen Nachbarn gesucht, . . . so würde er eine Koalition gegen Frankreich und die schlimmsten Tage des Ersten Kaiserreichs heraufbeschworen haben, dessen kriegerische Überlieferungen er offen verleugnete“[132]). Die zögernde Art, mit der die Mächte der heiligen Allianz sein Kaisertum anerkannt hatten, die besorgten Kommentare der fremden Zeitungen zeigten Napoleon deutlich, daß nach dieser Richtung Vorsicht geboten war, und daß es besser war, auf eine günstige Gelegenheit zu warten. Auch auf die Stimmung seines Landes mußte er Rücksicht nehmen, und da war nach den aufgeregten Jahren von 1848—52 nur das Bedürfnis nach Ruhe vorhanden. Das Kaiserreich mußte also vorerst wirklich „den Frieden bedeuten“.

Es blieb nur das wirtschaftliche Gebiet, wo er sich vorerst die notwendigen Erfolge hätte holen können, Erfolge, von denen er wußte, daß sie erwartet würden. „Es braucht nur ein Gesetz, eine Organisation und einen Vorschuß“, hatte er geschrieben. Das Los der arbeitenden Klassen sollte fühlbar erleichtert werden, die Landwirtschaft, diese Quelle allen Reichtums, neben der die Industrie nur die zweite Rolle spielt, sollte erneuert und ihre Erträge gesteigert werden.

Bis zu diesem Punkt stimmt unsere Darlegung überein mit der von Max Weber vertretenen Ansicht über das Wesen des französischen Cäsarismus. „Der plebiszitäre Herrscher wird regelmäßig sich auf einen prompt und reibungslos funktionierenden Beamtenstab zu stützen suchen. Die Beherrschten wird er entweder durch kriegerischen Ruhm und Ehre oder durch Förderung ihres materiellen Wohlseins — unter Umständen durch den Versuch der Kombination beider — an sein Charisma als bewährt zu binden suchen . . . Schaffung von ökonomischen Interessen, die mit ihm durch Legitimitäts-Solidarität verbunden sind, (wird) sein . . . Ziel sein“[133]).

Allein damit ist der Umschwung von der Idee des Staatssozialismus zum Finanzkapitalismus noch nicht erklärt. Wenn wir einmal annehmen, Napoleon hätte damals eine Art staatssozialistischen Systems aufziehen wollen, was hätte ihn daran hindern sollen? Auch ein solches System kann Erfolge aufweisen. Selbst die Erinnerung an das mißglückte Experiment der „Ateliers nationaux“ des ihm gedanklich so nahestehenden Louis Blanc ist kein ausreichender Grund; denn man könnte immerhin einwenden, daß dieser Versuch nur deshalb gescheitert wäre, weil keine geordnete Staatsgewalt ihn stützte, und auch, weil er

---

[132]) Beyens, Le second empire, I., S. 73.

[133]) Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 157.

ja den eigentlichen Gedanken Louis Blancs, die Produktionsgenossenschaften, gar nicht ausgeführt hatte, und dies, wie wir erwähnt haben, aus politischen Gründen.

Man hat auch gesagt, Napoleon habe das Bürgertum von der Politik ablenken wollen, indem er die Parole Louis-Philippes aufnahm: „Enrichissez-vous!" Aber derjenige Teil des französischen Bürgertums, der politisch am aktivsten war, nämlich die freien Berufe, wäre wohl kaum auf diese Weise zu gewinnen gewesen. Gerade die jungen Rechtsanwälte und die Studenten wurden noch unter dem rein autoritären Regime zu Trägern der Opposition[134]).

Man könnte auch anführen, daß unter seinen Mitarbeitern zwar Finanz- und Geschäftsleute waren, aber keine Sozialisten. Doch derartige „persönliche" Gründe sind kein unüberwindliches Hindernis, wobei wir es dahingestellt sein lassen, ob diese Männer nicht ebenso einen staatssozialistischen Kurs mitgemacht hätten, so wie sie später die liberale Politik ebenfalls mitgemacht haben. Es ist möglich, daß alle diese Erwägungen mitgewirkt haben; ausschlaggebend war ein anderer Grund, und zwar ein politischer.

Es gibt keine zwei historischen Situationen, die einander genau ähnlich wären; denn nichts wiederholt sich in der Geschichte. Wenn Max Weber immer wieder gezwungen ist, bei seinen Typisierungsversuchen mit den Worten abzubrechen, daß weitere allgemeine Sätze nicht möglich seien, so ist er jedesmal an dem Punkte angelangt, wo das historisch Individuelle beginnt, das, was in den behandelten Problemen neu ist, was sie von den andern des gleichen Typus unterscheidet. Und dies historisch Individuelle ist das entscheidende Merkmal des betreffenden Sonderfalles.

Wenn wir uns an den Plan erinnern, den Napoleon III. zur Organisierung der Arbeit entworfen hatte, so ergab sich, nach Napoleons eigener Berechnung, die wir hier einmal gelten lassen wollen, daß, nach einem in vier Jahren zu leistenden staatlichen Vorschuß im Betrage von etwa 300 Millionen Franken, die Kolonien nach ungefähr 6—7 Jahren anfangen würden, einen vorerst geringen Gewinn abzuwerfen. Zieht man den etwas phantastischen Charakter der Berechnung in Betracht, so darf man wohl annehmen, daß vielleicht die doppelte Anzahl von Jahren vergangen wäre, ehe die Kolonien imstande gewesen wären, sich selbst zu erhalten. Diese Überlegung verschafft uns den ersten Punkt, auf den es hier ankommt, nämlich den, daß Napoleon sofort Erfolge haben mußte, daß er nicht Jahre mit Organisieren und Planen verbringen konnte, ohne das Vertrauen, das er bei den Massen genoß, zu gefährden. Für schnelle Erfolge war sein System des Staatsozialismus jedoch nicht geeignet.

---

[134]) Vgl. Beyens, Le second empire, I.

Dazu kommt noch eine zweite Überlegung. Napoleon III. hatte geschrieben: „Die napoleonische Idee ist nicht eine Idee des Krieges, aber eine soziale, industrielle, eine Idee des Handels und des Humanitären“[135]). Er hatte, wie sich auch aus den zahlreichen anderen Stellen ergibt, die wir angeführt haben, die Wohlfahrt des Landes, seinen wirtschaftlichen Aufschwung, sein Gedeihen nicht als eine Begleiterscheinung des Kaiserreichs hingestellt, sondern als eine Funktion des napoleonischen Regimes. So hatte er wieder in seiner Proklamation am Tage nach dem Staatsstreich gesagt: „Dieses System, von dem Ersten Konsul geschaffen, hat Frankreich Ruhe u n d wirtschaftliches Gedeihen gegeben, es würde ihm beide auch diesmal garantieren“[136]). Der kaiserliche Staat war sozusagen die Vorbedingung des Wohlstandes, der sich nach der Wiedereinführung der napoleonischen Staatsverfassung eigentlich von selbst einstellen mußte. Dadurch hatte Napoleon das politische Regime mit der Wirtschaft verkoppelt und ein wirtschaftlicher Mißerfolg oder auch nur ein Stehenbleiben der Wirtschaft wäre gleichzeitig eine Niederlage des politischen Systems gewesen. Wirtschaftliche Rückschläge sind gewiß für keinen Staat angenehm, aber unter der konstitutionellen Monarchie z. B. würde kaum ein Politiker, und ein Nichtpolitiker erst recht nicht, daran gedacht haben, das politische System als solches für die niedrigen Löhne verantwortlich zu machen. Schwächen und Schäden wirtschaftlicher Natur wurden ohne oder mit Beihilfe des Staates behoben, ohne daß das Staatssystem deshalb angegriffen worden wäre. Man bezweifelte wohl die wirtschaftliche Klugheit des Monarchen, aber nicht seine Existenzberechtigung. Das war im System Napoleons III. anders geworden. „Die Stellung der charismatischen Herrschaft ist labil“, sagt Max Weber[137]), gerade weil das Vertrauen der Beherrschten zur Berechtigung der Herrschaft vom Erfolg abhängt. Nun hatte Napoleon III. die Labilität noch dadurch gesteigert, daß er zu dem Politischen auch das Wirtschaftliche als gleichberechtigten und gleich wichtigen Bestandteil mit seinem Regime verknüpft hatte.

Er mußte also nicht nur schnelle, sondern auch beachtliche, für jedermann sichtbare Erfolge haben, Erfolge, die sein Regime deutlich gegen das vorhergehende abhoben. Und da ihm das Gebiet der Außenpolitik im Augenblick keine Möglichkeit bot, konnten es eben nur wirtschaftliche Erfolge sein. Aber selbst wenn sich eine Gelegenheit geboten hätte, zu einem schnellen und leichten politischen Erfolg zu kommen, so würde das Napoleon nicht von der Notwendigkeit befreit haben, auch wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, große, beachtliche Erfolge. Nicht

---

[135]) Idées Napoléoniennes, Oeuvres I, S. 172.
[136]) Napoléon III, Oeuvres III, S. 274.
[137]) Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 753.

das eine oder das andere, nicht der politische oder der wirtschaftliche Erfolg konnte den Staatsstreich und die Einführung des Kaiserreichs rechtfertigen, beide zusammen hatte Napoleon als notwendige Folgen seines politischen Systems verkündet, beide zusammen mußte er nun auch herbeizuführen trachten, wenn er nicht das Vertrauen seiner Wähler ebenso schnell verlieren wollte, wie er es gewonnen hatte. Und ein solcher Vertrauensverlust hätte eine Schwächung seiner Stellung, eine drohende Gefährdung seines Regimes bedeutet.

Diese Begründung scheint uns auch für das Verständnis der Wirtschaftspolitik Napoleons III. allein, ohne Zusammenhang mit seinen Gedanken betrachtet, ausreichend zu sein; daß sie auch gleichzeitig den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis auflöst, kann nur bedeuten, daß sie, wie Max Weber sich ausdrückt, „adäquat" ist.

Derartige Erfolge waren nur möglich, wenn es Napoleon III. gelang, eine Produktionskonjunktur zu entfesseln, neue Industrien hervorzurufen, die alten Industrien zu beleben, kurz, das Kapital in Bewegung zu setzen und seinen Umlauf zu beschleunigen. Die gegebenen Mittel dazu waren Kredite und Bauten. Diesen Weg ist er dann auch ganz folgerichtig gegangen.

Wir haben zuletzt den Ausdruck „Produktionskonjunktur" gebraucht, weil er unseren heutigen Vorstellungen entspricht. Es wäre allerdings unangebracht, wollte man annehmen, daß zur Zeit Napoleons über „Ankurbelung der Wirtschaft" und „Konjunkturen" gesprochen worden wäre. Die „Geschäfte" gingen gut oder schlecht, Industrien wurden durch Zölle geschützt und gefördert. Man erwartete eine Hausse oder eine Baisse an der Börse. Entsprechend der geringen Verbreitung der nationalökonomischen Lehren, die seit der Revolution von 1848 sogar stark in Mißkredit geraten waren, und zwar durchaus unverdienterweise, diesem Zustand entsprechend war das wirtschaftliche Denken noch gegenständlicher, als es heute im allgemeinen der Fall ist. Das erklärt auch die Erscheinung, daß man hier und da wohl von „Absichten", von „Fürsorge", von „Plänen" liest, ohne aber auf das klare Bewußtsein davon zu stoßen, daß man sich einem bestimmten wirtschaftlichen System gegenüber befand. Wie die Äußerungen der Nationalökonomen beweisen, die wir angeführt haben, hat wenigstens bei den Wissenschaftlern dieses Bewußtsein sich schon nach kurzer Zeit eingestellt.

Die Übereinstimmung zwischen den Forderungen, die die St.-Simonisten in ihrer praktischen Periode erhoben hatten, und der Wirtschaftspolitik Napoleons III. ist zu auffällig, um auf einem „Zufall" zu beruhen. Kredite, Eisenbahnen, öffentliche Arbeiten, Vereinigungen hatte der „Globe" verlangt, und dasselbe hatte Napoleon getan. Nicht umsonst erscheinen nach 1852 an führenden Stellen des Staates und

der Wirtschaft ehemalige St.-Simonisten. Bineau, der als Nachfolger von Fould im Jahre 1852 die staatliche Anleihepolitik einleitete; Michel Chevalier, seit 1840 Inhaber des einen der beiden Lehrstühle für Volkswirtschaftslehre in Paris, seit 1852 Mitglied des Senats und Generalrat des Departements Héraut. In der Wirtschaft die Brüder Isaac und Emile Pereire, Eisenbahnindustrielle und Gründer des Crédit Mobilier, mit d'Eichthal zusammen Begründer des Crédit foncier, Talabot, Arles-Dufour, beide Finanzleute und Fabrikanten.

Daß sie (wir haben nur die wichtigsten angeführt) zu den bevorzugten Ratgebern Napoleons in Wirtschaftsdingen werden konnten, hatte auch einen politischen Grund. Wie Napoleon für das Wohl der Arbeiterklasse sorgen wollte, so hatten die St.-Simonisten das Wohl „der Klasse, die die zahlreichste und die ärmste ist", als Ziel ihrer Bestrebungen aufgestellt. Wichtig war für Napoleon ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen System, und der autoritäre Grundcharakter der Lehre, deren Anhänger sie gewesen waren. Ihre Erfolge als praktische Geschäftsleute sprachen gleichfalls für die Richtigkeit ihrer Anschauungen. Wir wollen auch noch daran erinnern, daß Freihandel und Anleihepolitik ebenfalls zu den Grundsätzen dieser Schule gehörten. Zuverlässigere Helfer hätte Napoleon also kaum finden können, um so mehr, als er den übrigen Industriellen und Fabrikanten, die, als Angehörige des Großbürgertums, in der Mehrzahl Royalisten waren, wenigstens in der ersten Zeit seiner Regierung mit einigem Mißtrauen gegenüberstand.

Das soll nun nicht etwa bedeuten, daß Napoleon sich zum St.-Simonismus bekehrt hätte. Aber die politischen Notwendigkeiten, denen er sich gegenübersah, ließen ihn in diesen Anschauungen ein Mittel sehen, ohne Anwendung eines „neuen Systems" den gewünschten Aufstieg der Wirtschaft zu erreichen. Es ist nur natürlich, daß Napoleon, der ja kein Nationalökonom war, dabei gleichzeitig einen theoretischen Irrtum der St.-Simonisten mitübernahm. Michel Chevalier hatte in seiner Vorlesung die Anschauung vertreten, „daß man sich nicht um die Verteilung des Reichtums kümmern solle, sondern nur um seine Vermehrung"[138]). Das bedeutete, im Sinne des St.-Simonismus, daß eine Vermehrung der Produktion als solche bereits den Wohlstand der arbeitenden Klasse begründe, eine Auffassung, die man in dieser einseitigen Formulierung sehr wohl als einen theoretischen Irrtum ansehen darf. Aber es ist die Auffassung, die nun für die Wirtschaftspolitik Napoleons maßgebend wurde: Vermehrung der Produktion um jeden Preis, auch auf Kosten der Zukunft. Die 10 Jahre des persönlichen Regiments in der Wirtschaft haben die Ausführung dieser Gedanken zur Genüge bewiesen.

---

[138]) Charlety, S. 270.

Drei Gebiete sind es, auf die Napoleon diese Anschauungen im besonderen angewandt hat: Ausbau des Kreditsystems, Ausbau des Eisenbahnnetzes und öffentliche Arbeiten. Die Aktiengesellschaft, und im besonderen die Kommanditgesellschaft auf Aktien, wurden die Träger des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Napoleon hatte das Glück, daß die Ausführung des Eisenbahnnetzes, dessen vollständiger Plan schon 1842 entworfen worden war bei seinem Regierungsantritt noch in den ersten Anfängen steckte. 3500 km waren 1851 in Betrieb genommen. Im letzten Jahre vor der Februar-Revolution hatten die Eisenbahnen Gewinne von 30 000—40 000 Franken auf den Kilometer abgeworfen, was einer Verzinsung von 7—9 % entsprach. Sie versprachen also ein gutes Geschäft zu werden, und es ist gar kein Wunder, daß es Napoleon schon im ersten Jahre seiner Regierung gelang, 3000 km Konzessionen unterzubringen und im Jahre danach noch einmal 2500 km. Die Zinsgarantie von 4 und 5 % war ein Geschenk, eine Prämie für die Unternehmer, da die englischen Eisenbahnen zur gleichen Zeit nur 3 % abwarfen.

Daß der Kaiser jede Möglichkeit ausnutzte, den Ausbau des Netzes zu beschleunigen, läßt sich mit einigen charakteristischen Beispielen belegen. Die Unruhen in Paris waren noch kaum abgeebbt, als er schon den Bau der Ringbahn dekretierte (10. 12. 1851) und, um jeden Aufenthalt zu vermeiden, den Bau durch den Staat ausführen ließ. Am 5. 1. 1852 berichtet der Finanzminister über den Abschluß der Verhandlungen für die Strecke Paris—Lyon: „Die Frist für die Ausführung der Arbeiten wird um ein Jahr abgekürzt werden“[139]). Am 18. 11. 1854 gewährte ein Dekret zwei Gesellschaften Zollerleichterungen für die Einfuhr von Schienen: „Da öffentliche Interessen ersten Ranges die Vollendung ... verlangen, ... da die Arbeiten aufgehalten werden, durch die Unmöglichkeit, in den vereinbarten Fristen von den französischen Werken die notwendigen Schienen und Bleche zu bekommen, und da die Direktoren beider Linien schriftlich versprochen haben, die Fertigstellung um 5 bis 6 Monate zu beschleunigen, ... wird die Zollerleichterung gewährt“[140]). Am 5. 5. 1855 wird die gleiche Hilfe zugesagt, für die Verpflichtung, bis zu einem bestimmten Termin eine vorher nicht in Aussicht genommene Arbeit zu leisten, „zusätzlich“, wie wir heute sagen würden. „Da die Nordbahn sich verpflichtet, 273 km ihres Netzes bis zum 1. 10. 1856 zu erneuern, und die 45 000 t bestellter Schienen den fran-

---

[139]) Moniteur, 6. 1. 1852.

[140]) Bull. des Lois, S. 1003.

zösischen Werken doch abzunehmen, wird Zollerleichterung für den Import von 12 000 t Schienen gewährt“[141]).

Auch die Konzession auf 99 Jahre nach Fertigstellung der Strecke war ein weiterer Anreiz für die Industriellen, ist aber, neben die Zinsgarantie gehalten, schon etwas bedenklicher. Wenn man die schnelle Entwicklung der Industrie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts miterlebt hatte, dann erschien es doch etwas gewagt, wenn auch die Zinsgarantie nur 45 Jahre (mit den Baufristen etwa 48 bis 51 Jahre) lief, über so große und wichtige Verkehrsmittel gleich für ein Jahrhundert zu verfügen. Doch ist diese Überlegung mehr wirtschaftlich als geschäftlich; die Unternehmer pflegen sich nur selten um die Dividenden ihrer Urenkel zu sorgen. Die Abkehr von dem umständlichen System der Vergebung auf dem Submissionswege gehört ebenfalls hierher.

So wurden in den ersten 6 Jahren nach dem Regierungsantritt Napoleons 13 870 km konzessioniert und für 1,8 Milliarden fast 4000 km gebaut, mehr als in der Zeit von 1823—1852.

Immerhin hatten die Eisenbahnen den großen Vorzug, daß sie, neben ihrer Bedeutung als Verkehrsmittel, auch gute Einnahmen abwarfen. Von 1852—1855 stieg die Einnahme von rd. 21 000 auf 30 000 Fr. pro Kilometer.

Das zweite Mittel, das Napoleon zur Belebung der Wirtschaft anwandte, nämlich die öffentlichen Arbeiten, hatte diesen Vorzug in weit geringerem Maße. Ihren Zweck spricht ein Dekret vom 1. 2. 1854, das den Gemeinden eine Beihilfe von 2 Millionen bewilligt, ganz offen aus (am 26. 2. abermals 2 Millionen): „Diese Beihilfen sind anwendbar, besonders auf Wegebauten, zu dem Zweck, die Arbeiterklasse zu beschäftigen“[142]).

Wir haben eine besonders große Zahl dieser Dekrete angeführt, und für das Jahr 1856, das eines der reichhaltigsten in dieser Beziehung war, eine vollständige Liste gegeben, um zu zeigen, wie Napoleon diese Quelle ausgenutzt hat, wobei zu berücksichtigen ist (vgl. Denkschrift Fould), daß alle diese Ausgaben dekretiert wurden und manchmal erst 1½ bis 2 Jahre später vor das Parlament zur Bewilligung kamen. Auch an glücklichen Einfällen zur Anregung der privaten Baulust fehlt es nicht, wie z. B. Steuerbefreiung auf befristete Zeit oder für immer. Wenn man die Summe der Gemeindeanleihen (ohne Paris) ungefähr auf 350 Millionen veranschlagen kann (1852—1869), so entspricht das zwar nur dem Kapitalbedarf der Eisenbahnen für ein einziges Jahr, aber fast alle diese Anleihen sind mit Steuererhöhungen

---

[141]) Bull. des Lois, S. 993.
[142]) Bull. des Lois, S. 215.

verbunden, die durchweg die ärmere Bevölkerung am stärksten belasten. Ob diese zahlreichen Bauten wirklich notwendig waren, wurde schon zur Zeit Napoleons bezweifelt, und wir haben die Stimmen der Kritik nicht verschwiegen, wobei zu berücksichtigen ist, daß unter dem Presseregime Napoleons III. jeder geduldeten Kritik eine erhöhte Bedeutung zukommt. Es fällt z. B. etwas schwer, sich vorzustellen, daß innerhalb 10 Jahren fast alle Präfektur-, Unterpräfektur- und Justizgebäude unbedingt durch Neubauten ersetzt oder wenigstens umgebaut werden mußten, und daß für das Zweite Kaiserreich nicht mehr gut genug war, was für die Monarchie und die zweite Republik ausgereicht hatte. Der wahre Grund war der gleiche, den das Dekret über den Neubau des Pariser Ausstellungspalastes anführte: „(der alte Bau) war der Größe Frankreichs nicht würdig."

Andler sagt zwar: „Diese Arbeiten waren zum größten Teil notwendig und produktiv. Sie entsprachen den Bedürfnissen der Gesundheitspflege und denen der Großschiffahrt ... Es ist sicher, daß das Zweite Kaiserreich mehrere der Verfahren gefunden hat, die es ermöglichen, vorübergehende Arbeitslosigkeit durch nützliche öffentliche Arbeiten zu beheben"[143]).

Unsere Liste zeigt jedoch, daß auch vieles mitunterlief, was nur einer „Mode" entsprang und „dies ist ein mächtiges Wort in unserem Lande". Die Stadt Paris war mit gutem Beispiel vorangegangen. Schon die ersten Dekrete Napoleons betrafen Umbauten von Straßen und Plätzen. Als im Juni 1853 der Präfekt Haussmann nach Paris kam, um als Vertrauensmann des Kaisers dessen Baupläne zu verwirklichen, begann die Arbeit erst richtig. Finanzielle Bedenken waren dem Präfekten fremd; trotzdem er keine gesetzlich notwendige Anleihegenehmigung hatte, lieh er auf einem sehr sinnreichen Wege eine Summe von etwa 465 Millionen, wobei ihm der Crédit foncier, auch in Verletzung seiner Vorschriften, schließlich noch half. Aber dieser Finanzskandal (1865) hatte weder für den Präfekten noch für den Gouverneur des Crédit irgendwelche Folgen.

Insgesamt wurden in Paris für Straßendurchbrüche, Verschönerungen, Platzanlagen, Häuserbauten und für den Abbruch ganzer Viertel nebst den dadurch notwendig gewordenen Enteignungsentschädigungen etwa 2½ Milliarden ausgegeben. Dafür stiegen die Mieten um etwa 60 %, und da die neuen Häuser, durchweg schöner und bequemer ausgestattet, für die früheren Bewohner unerschwingliche Mieten hatten, setzte auf diese Weise eine Bevölkerungswanderung in Paris ein, deren wirtschaftliche Auswirkungen auf das Geschäftsleben nicht einmal abschätzbar sind. Dafür war eine so wich-

---

[143]) Andler, S. III.

tige Arbeit wie die Verbesserung der Kanalisation noch 1869 kaum in Angriff genommen. Die Mietssteigerung und die wiederholte Erhöhung der Stadtzölle traf aber gerade die ärmere Bevölkerung am schwersten. Denn diese Zölle, um überhaupt nennenswerte Einnahmen zu erbringen, mußten wichtige Gegenstände des Verbrauchs belasten, wie Fleisch und Getränke. Am Ende der kaiserlichen Bauperiode war die Verschuldung der Stadt Paris um eine Milliarde gestiegen.

Damit wären wir bei der Frage der Finanzierung angelangt. Da Napoleon nun einmal entschlossen war, im großen zu wirtschaften, standen ihm zwei Möglichkeiten für die Deckung der Ausgaben offen: Steuern oder Anleihen. Er entschied sich für die Anleihen. „Wir werden für unsere Finanzen ein normales Gleichgewicht erreichen, Gegenstand Ihrer unablässigen Sorge. Dieses so erwünschte Resultat wird die Wiederherstellung der Ordnung, der Arbeit, des Kredits und die allgemeine Senkung des Zinsfußes zur Folge haben; schließlich auch das natürliche Anwachsen der Einnahmen, welches auf der Erhaltung des Friedens und der weisen und kraftvollen Politik Ihrer Regierung beruht“[144]). Als der Finanzminister Fould im Januar 1852 diese Zeilen schrieb, konnte er noch nicht ahnen, zu welchen so ganz anderen Betrachtungen ihn die Entwicklung der Dinge nach 10 Jahren nötigen würde.

Am Ende der kaiserlichen Regierung war die Staatsschuld um 8776 Millionen gewachsen und das Zinserfordernis um 281 Millionen gestiegen. Eine bleibende Errungenschaft dagegen war die Entwicklung des Banksystems. Zweck und Geschäftsgebarung der beiden großen Gründungen des Jahres 1852, des Crédit foncier und des Crédit Mobilier, haben wir schon geschildert. Mit diesen beiden Instituten trat im französischen Banksystem der Grundkredit und der Industriekredit an die ihnen gebührende Stelle. Die Kritiker des Crédit foncier, die schon bei seiner Gründung auftraten, haben recht behalten. In 18 Jahren hat dieses Institut 1800 Millionen verliehen, wovon nur ein knappes Drittel als Hypothekarkredit dem ländlichen Grundbesitz zugute kam. Die straffe Zentralisierung und die besseren Verdienstmöglichkeiten im städtischen Bau- und Grundstücksgeschäft (ab 1857 kurzfristige Hypothekarkredite ohne Rückzahlung in Annuitäten) hatten die Kapitalien vorwiegend nach dieser Richtung getrieben. Der Crédit Mobilier krankte daran, daß er vom regulären Bankgeschäft ausgeschlossen war und dadurch ein reines Spekulationsunternehmen wurde (1855: 40 % Dividende). Trotzdem hat dieses Institut der französischen Industrie große Dienste geleistet, wie es auch Isaac Péreires Idee war, den Kapitalbedarf der Eisenbahnen nur zu einem

---

[144]) Moniteur, 29. 1. 1852.

Teil durch das Aktienkapital und im übrigen durch Ausgabe von Obligationen zu decken.

Daß Napoleon sich nicht zu Steuern entschließen konnte, hatte auch einen politischen Grund. „Jedes Finanzsystem muß in Zukunft auf ein Grundproblem zugeschnitten sein, die armen Schichten zu entlasten“[145]). Zu erwähnen wären (14. 7. 1855) eine Erhöhung der Getränkesteuer und eine Transportsteuer für die Eisenbahnen auf Reisende und Güter. Dazu ein Kriegszuschlag auf die indirekten Steuern, der 60½ Millionen erbrachte. 1856. Eine Steuer auf die Umsätze in Mobiliarwerten. Die Zollermäßigungen des Jahres 1860 (Ausfall 126 Millionen) wurden zum Teil eingebracht durch eine neue Erhöhung der Alkoholsteuer (+ 22 8 Millionen) und eine Erhöhung der Preise des Tabakmonopols (+ 33 Millionen). Die in dem Finanzplan des Jahres 1863 enthaltene Erhöhung der Salz- und der Zuckersteuer (+ 30 Millionen) haben wir schon erwähnt.

Aber was viel wichtiger gewesen wäre, eine Reform des gesamten Steuersystems, ist unterblieben. Napoleon, der so gefühlvolle Worte über die schlechten Wohnungen und den Einfluß der frischen Luft geschrieben hatte, fand keine Gelegenheit, die Steuer auf Tür und Fenster abzuschaffen (1861: 31 Millionen), „eine der verhaßtesten Steuern, die es gibt“[146]). — Die Aktiengesellschaften, besonders die Kommanditgesellschaft auf Aktien, waren die geeigneten Behälter, die gewinnlustigen Kapitalien aufzunehmen. Die Übertreibungen fallen weniger der Gesellschaftsform als der Spekulationswut des Publikums zur Last, und als das Gesetz (1856) auf eine nicht sehr glückliche Weise die Kommanditgesellschaft auf Aktien reglementierte, sank die Kapitalsumme der neu gegründeten Gesellschaften von 968 Millionen im Jahre 1854/55 auf 70 Millionen im ,ahre 1861/62.

Die Landwirtschaft dagegen hat von Napoleons Wirtschaftspolitik nur indirekten Nutzen gehabt. Die Ernteknappheit der ersten Jahre und das Ausbleiben der Zufuhren aus Rußland brachte ihr hohe Preise. Der Ausbau der Eisenbahn erleichterte die Arbeitsteilung und erweiterte durch die besseren Transportmöglichkeiten die Bezirke der Viehhaltung, der Molkereibetriebe und des Gemüsebaues. Dafür entzogen die großen Bauarbeiten dem Lande die Arbeiter und ließen die Arbeitslöhne steigen. Napoleon hatte die Abwanderung in die „ungesunden Städte“ ebensowenig aufhalten können, wie er etwas unternommen hat, um die so beklagte Zersplitterung des ländlichen Grundbesitzes zu beheben.

Die Krise des Jahres 1857 erklärt de Lavergne sogar als eine Agrarkrise. Die Kapitalien, die in überstürzter Weise der Industrie

---

[145]) Considérations sur la Suisse, Oeuvres II, S. 364.

[146]) Paul Boiteau, La fortune publique de la France, II, S. 635.

und der Bauwirtschaft zugeflossen seien, hätten den Kapitalbedarf der Landwirtschaft für Erneuerungen und Verbesserungen unbefriedigt gelassen. Daraus sei ein Nachlassen des Ertrages und ein Absinken der ländlichen Kaufkraft entstanden.

Der Code rural ist trotz einer 5 Jahre dauernden Untersuchung nicht zustande gekommen. Die Entwässerungsarbeiten sind trotz des Kredits von 100 Millionen über kleinere Teilarbeiten nicht hinausgelangt.

Die Frage, ob Napoleons Wirtschaftspolitik denn ihr immer wieder hervorgehobenes Ziel, nämlich die materielle Besserung der Lage der Arbeiter, erreicht hat, ist schwer zu beantworten. Eine einheitliche Lohnstatistik gab es für die damalige Zeit noch nicht, und was an solchen Berichten existiert, beruht auf privaten Untersuchungen und Beobachtungen, denen man eine absolute Gültigkeit bei einer so umfassenden Frage nicht zusprechen kann. Die von Unternehmer- oder Arbeiterseite ausgehenden Zahlen sind auch nicht besser zu gebrauchen, da auf beiden Seiten der Interessenstandpunkt zu sehr im Vordergrund steht. Levasseur, in seiner Geschichte der Arbeiterklasse in Frankreich, hat das gesamte private, halboffizielle und offizielle Material zusammengetragen und geprüft und kommt zu folgenden Schlußfolgerungen: „(Für die Zeit von 1848—1870) Statt weiter der absteigenden Linie zu folgen, wie seit einem halben Jahrhundert, haben die Engrospreise unter dem Einfluß des kalifornischen Goldes und der Spekulation bis 1856 eine rasche Steigerung erfahren, Fertigwaren 15 %, landwirtschaftliche Produkte 67 %.

Die Krise von 1857 hat diese Bewegung aufgehalten ... 1863 zeigen die Preise, verglichen mit denen von 1851, eine Senkung von 12 % für die Fabrikwaren und eine Steigerung von 34 % für die landwirtschaftlichen Produkte und die Rohstoffe. Die Steigerung der städtischen Mieten ... ist noch schneller erfolgt. Sie hat sich zwar verlangsamt, ist aber nicht mehr gefallen. Bei einer solchen Lage ist die beherrschende Tatsache bis 1864 die Verminderung des Geldwertes. Von 1847—1857 scheinen die meisten Löhne in Paris gefallen zu sein. Einige bevorzugte Arbeiter, Goldarbeiter, Maurer, Steinschneider haben Lohnerhöhungen von 20—25 % erhalten. Insgesamt konnte man die Lohnerhöhung im Durchschnitt auf nicht mehr als 15 % für Männer und 8 % für Frauen veranschlagen, ein geringeres Verhältnis als die Steigerung der Preise und besonders der Lebensmittel ... Von 1864 an gewann der Arbeiter langsam den verlorenen Boden zurück“[147]).

Durch diese starken Preisschwankungen kompliziert sich die Bewertung der Löhne noch durch die Kaufkraftfrage. Nun sind historische Untersuchungen über Kaufkraftprobleme ein mißliches Unter-

[147]) Levasseur, Histoire des classes ouvrières, II, S. 722.

fangen, da es nur selten möglich ist, alle Umstände, die in diesen Zusammenhang hineingehören, so restlos zu erfassen, wie es für Folgerungen mit einem gewissen Anspruch auf Genauigkeit erforderlich wäre. Wir begnügen uns also damit, die Feststellungen Levasseurs anzuführen, der als Zeitgenosse Napoleons einen besseren Überblick haben mußte, als ihn uns selbst die besten Statistiken zu geben vermöchten. So sagt er über die Löhne: „Im allgemeinen kann man annehmen, daß der Reallohn, wenn er auch gestiegen ist, nicht ganz genau den Fortschritten des Nominallohnes gefolgt ist“[148]). Das Existenzniveau der Arbeiterklasse hat sich während der kaiserlichen Periode in den Städten und sogar in der Mehrzahl der Landgegenden gewandelt ... Wenn die Zunahme der Löhne am Ende des Zweiten Kaiserreiches ungefähr proportional den Preisen der lebensnotwendigen Dinge war, so hatte die Menge dieser Dinge sich vermehrt und daher hat sich, in vielen Fällen, die Lebenshaltung verbessert“[149]). „Die Gegenseitigkeitsvereine hatten nahezu 1 Million Mitglieder[150]). Die Mobiliarwerte drangen allmählich auch in die Arbeiterschichten und förderten das Sparen durch den Reiz des Einkommens; einzelne Unternehmer verstanden ihre sozialen Pflichten und mehrere erfüllten sie mit Freigebigkeit; die Arbeiter ihrerseits begannen die Vorzüge der Vereinigung zu schätzen und suchten sie anzuwenden; ein Teil der schlechten Wohnungen, in denen der Arme hauste, war abgerissen worden ... Mülhausen gab mit seinen Arbeiterwohnstätten ein Muster für die Hebung des Arbeiterstandes durch Sparen und durch das Eigentum; die Wohltätigkeit, welche nicht den Anspruch erhebt, das Elend zu beheben, aber welche sich die Pflicht auferlegt, die unverdiente Not zu erleichtern, folgte dem Fortschritt des Reichtums“[151]).

Aus diesen sehr vorsichtigen Bewertungen ergibt sich, daß wohl in manchen Gegenden und in manchen Berufen eine gewisse Besserung und Vermehrung des Wohlstandes festzustellen war, daß aber die allgemeine und entscheidende Hebung der Lage der arbeitenden Klassen in dem Maße nicht eingetreten war, wie Napoleon sie sich bei der Einleitung seiner Politik zum Ziel gesetzt hatte. Über die Haltung der Arbeiter selbst schreibt Andler: „Daß die Regierung die Zahl der Spitäler, der Krippen, der Altersheime vermehrte, daß sie die Gemeinden zum Bau von billigen Badeanstalten anregte, daß sie mit Staats-

---

[148]) Levasseur, S. 722.

[149]) Ebenda, S. 726.

[150]) Eine Statistik des J. d. Ec. aus dem Jahre 1867 zeigt, daß von 1852 an der Zustrom zu den Gegenseitigkeitsvereinen jedes Jahr stetig geringer geworden ist, sowohl in der Zahl der Versicherten wie auch in der Zahl der Ehrenmitglieder.

[151]) Levasseur, S. 728.

geldern die Arbeiterwohnkolonien in Paris und in Lille baute, daß die staatlich unterstützten Theater an den Festtagen der Dynastie Gratisvorstellungen gaben, daß das Grand Café Parisien, mit Zuschüssen des Innenministers errichtet, dem Arbeiter die Möglichkeit gab, seinen Schnaps unter prächtigen Kronleuchtern zu ermäßigten Preisen zu trinken: alles dies wurde als Vergünstigung von der Arbeiterklasse wohl angenommen, aber sie wußte dem Regime keinen Dank dafür"[152]). Diese Erscheinung, die sich in dem Anwachsen der sozialistischen Bewegung (Arbeiterinternationale) in den letzten Jahren des Zweiten Kaiserreichs verfolgen läßt, ist nicht mehr wirtschaftlicher, sondern ausgesprochen politischer Natur und geht über die Grenzen unserer Betrachtung hinaus. Sie beweist aber auch, daß der politische Zweck, den Napoleons Arbeiter- und Wirtschaftspolitik verfolgt hatte, die Arbeiterklasse vom Sozialismus, und zwar vom politischen Sozialismus, abzuziehen, jedenfalls noch weniger erreicht worden war.

Wirtschaftspolitik als Funktion der Außenpolitik.

In der Außenpolitik mußte naturgemäß in erster Linie der Handel eine Rolle spielen. Und hier finden wir ein Ereignis, das nicht nur in diesem Sinne, sondern auch für die gesamte Politik des Zweiten Kaiserreichs von überragender wirtschaftlicher Bedeutung war: den Vertrag von 1860.

Dieser Vertrag, der fast in ganz Europa zur Folge hatte, daß die Staaten, wenn nicht gerade zum Freihandel, so doch zu einer gemäßigten Schutzzollpolitik übergingen, verdankt seine Entstehung in der Hauptsache politischen Erwägungen. Zum besseren Verständnis müssen wir kurz auf die damalige außenpolitische Lage eingehen. Napoleon hatte im Mai des Jahres 1859 den Krieg mit Österreich begonnen, mit dem Ziel, Italien von der österreichischen Herrschaft zu befreien. Er hatte in geheimen Verhandlungen mit Cavour einen Vertrag geschlossen, der Italien die Unterstützung Frankreichs zusicherte und als Gegenleistung die Abtretung Nizzas und Savoyens zusicherte. Nach außen schloß man einen Defensivvertrag. Österreich fiel auf Cavours Spiel herein und griff an, der Bündnisfall für Napoleon war gegeben. Auf die Vorhaltungen der Königin Viktoria, über „das Glück Europas, das davon abhänge, daß er die Verträge (von 1815) getreu einhalte", hatte er geantwortet: „Die Achtung vor den Verträgen darf nicht meiner Pflicht zuwiderlaufen, welche mich diejenige Politik befolgen heißt, die am besten mit der Ehre und den Interessen meines Landes in Einklang steht." „Frankreich will keine Eroberungen", sagte er am 3. 5. 1859 in seiner Proklamation zur Kriegserklärung. Nach-

[152]) Andler, Histoire socialiste, S. IV.

dem ihn die Drohung Preußens gezwungen hatte, Venetien den Österreichern zu lassen und sich mit ihnen in Villafranca zu einigen (11. 7. 1859), fand er sich in einer merkwürdigen Lage. Die Italiener fühlten sich enttäuscht, da er sein Versprechen, ganz Italien zu befreien, nicht gehalten hatte. Rußland stand ihm, trotz des kürzlich geschlossenen Handelsvertrages, mit Zurückhaltung gegenüber, Preußen hatte ihm durch Truppenzusammenziehungen gedroht. Der einzige Freund in diesem Augenblick war England. Wie aber würde England reagieren, wenn es zur Ausführung des Geheimvertrages von Plombières kam, wenn mit dieser Annexion, selbst in der durch eine Volksabstimmung gemilderten Form, die alte Politik der natürlichen Grenzen wieder auftauchte?

Wie sich diese Frage der europäischen Politik mit dem Cobden-Vertrag zusammenfand, darüber lassen wir den Mann selbst berichten, dem das Zustandekommen des Vertrages in erster Linie zu verdanken ist: Michel Chevalier. Man weiß bereits, daß der alte St.-Simonist ein erklärter Anhänger des absoluten Freihandels war, und er hatte als Generalrat seines Departements nicht ein einziges Jahr versäumt, der Regierung in Form einer Wunschadresse die Aufhebung der Einfuhrverbote und den Übergang zum Freihandel nahezulegen, da diese Maßnahme ein Aufblühen der Produktion, ein Steigen der Löhne und eine allgemeine Verbilligung zur Folge haben würde. Über die Vorgeschichte des Vertrages schreibt er: „Ich war überzeugt (seit der Ablehnung des Projekts von 1856)[153]), daß man zu einer Zollreform und zur Handelsfreiheit nur auf dem einen Wege kommen könne, indem man sich nämlich der Befugnis des Kaisers bediente, die ihm von der Verfassung zuerkannt war, Handelsverträge zu schließen, ohne nötig zu haben, deren Klauseln durch die Kammer bestätigen zu lassen ..."

„Zu Beginn des Jahres 1859 bot Lord Palmerston, der Ministerpräsident geworden war, dem damals in Amerika weilenden Richard Cobden einen Sitz im Kabinett an, den der berühmte Redner der Liga sofort nach seiner Ankunft in England glatt ablehnte. Obwohl er nicht hatte Minister sein wollen, unterstützte Cobden mit seinen Freunden doch das Kabinett des Lord Palmerston gegen die Tory-Partei. Die Mehrheit des Kabinetts im Parlament war sehr schwach, das Ministerium nahm die größte Rücksicht auf die Gruppe der unabhängigen Mitglieder, Manchester-Schule genannt, deren Chef Richard Cobden zusammen mit Bright war.

In diesem Augenblick stellten sich die Aussichten einer Verhandlung zwischen Frankreich und England über die Änderung des französischen Zolltarifs und eine Abänderung des englischen Zolltarifs

---

[153]) s. S. 55.

in bezug auf verschiedene wichtige französische Produkte als sehr günstig dar, infolge der Unterstützung, welche diesem Unternehmen das politische Interesse der beiden Regierungen lieh. Wenn das von Lord Palmerston geleitete Kabinett einen solchen Vertrag abschloß, so gewann es die Vertreter der Industriestädte für sich, und einen Zuwachs für seine Majorität, den es sehr nötig hatte. Der Kaiser Napoleon III. seinerseits fürchtete den Sturz Lord Palmerstons, der ihm damals eine freundschaftliche Haltung entgegenbrachte, während die Tory-Partei ihm feindliche Gefühle zeigte. Er mußte sich also freuen, Lord Palmerston stärken zu können, unabhängig davon, daß es ihm nur zusagen konnte, das Absatzgebiet der französischen Industrie in England zu erweitern und Frankreich von der Hemmung der Einfuhrverbote und der Prohibitivzölle zu befreien, denn er stand der Handelsfreiheit zustimmend gegenüber." Im Sommer fuhr Chevalier nach England zu einem Freunde, traf in London Richard Cobden, den er seit 1846 kannte und machte ihn auf die Möglichkeit aufmerksam, die die französische Verfassung dem Kaiser für den Abschluß der Handelsverträge bot. „Ich machte ihm verständlich, daß eine solche Reform, so vorteilhaft sie auch sein mochte, vollständig unerreichbar war, wenn man sich an das Verfahren eines in der Kammer zu beratenden Gesetzes hielte, wegen der Vorurteile, die in dieser Versammlung bestanden."

Richard Cobden wollte zuerst von dem Handelsvertrag nichts wissen, da er mit dem Prinzip der Handelsfreiheit unvereinbar sei, aber Chevalier überzeugte ihn von der Möglichkeit des nachher angewandten Verfahrens, und Richard Cobden unternahm es, die Regierungsmitglieder vorzubereiten. Im Oktober reiste Chevalier wieder nach London angeblich zu einem Kongreß, „in Wirklichkeit war der Hauptzweck meiner Reise der Handelsvertrag". Inzwischen hatte er Persigny, den französischen Gesandten in London, ins Vertrauen gezogen, und dieser hatte die Bemühungen Cobdens bei den englischen Ministern unterstützt. Am 15. 10. hatte Chevalier eine Unterredung mit Gladstone, dem Finanzminister, „dem ich nicht verbarg, daß ich keinerlei Vollmacht zum Verhandeln hatte, aber ich fügte hinzu, daß, nach gewissen Umständen zu urteilen, ich duchaus annehmen dürfte, daß der Kaiser den Gedanken eines großzügigen Vertrages günstig aufnehmen würde ... In einer Dreiviertelstunde war alles zwischen uns abgemacht. Die Bestimmungen, auf die wir uns geeinigt hatten, waren etwa die gleichen, welche der endgültig am 23. 1. 1860 unterzeichnete Handelsvertrag enthielt."

Das weitere spielte sich im tiefsten Geheimnis ab. Richard Cobden und Chevalier kamen getrennt nach Paris, wo Chevalier den Staatsminister Rouher einweihte. Der Kaiser empfing beide, jeden allein,

am 27. 10. „Er sagte uns, daß er dem Projekt zustimme und empfahl uns, das Geheimnis einige Wochen zu bewahren." Die Verhandlungen begannen Mitte November. „Ich wohnte den Verhandlungen bei und nahm daran teil. A. Fould, Staatsminister, welcher durchaus für den Vertrag war, unterhielt mit allen Kräften die günstige Stimmung des Kaisers, welcher übrigens seinen Entschluß gefaßt hatte ... Vor Ende Dezember war der Vertrag beendet"[154]).

Sofort nach dem Bekanntwerden des Vertrages war im Journal des Economistes zu lesen, zu dessen Mitarbeitern Chevalier gehörte: „Man behauptet, daß das Programm der kaiserlichen Regierung zur Bestätigung und als Unterpfand des englischen Bündnisses entstanden ist, und zugleich in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Volkes"[155]). Gladstone sagte in seiner Haushaltsrede im Parlament über den Vertrag: „Ich weiß, daß man sagen kann, dieser Vertrag hätte einen politischen Charakter. Die Handelsbeziehungen zwischen England und Frankreich haben immer eine politische Seite gehabt ... Als Sie mit Frankreich im Kampfe lagen, während der Revolution, haben Sie die Kluft aufgerissen, die uns von Frankreich trennte, durch ein System von Prohibitivzöllen. Ich leugne nicht, daß dieses seinen Zweck erreicht hat; ich denke nicht an den wirtschaftlichen Zweck, denn in dieser Beziehung ist es wohl ruinös gewesen. Aber seinen politischen Zweck hat es erreicht. Deshalb fordere ich Sie jetzt auf, das entgegengesetzte System anzunehmen. Wenn Sie wünschen, zwei große Nationen zu einigen, deren Kämpfe die Welt erschüttert haben, dann ändern Sie, was Ihre Väter getan haben"[156]).

Danach läßt sich wohl nicht mehr daran zweifeln, daß der Kaiser die gute Gelegenheit, die sich ihm hier bot, mit beiden Händen ergriff, und wie recht er getan hatte, zeigte die ungeheure Erregung, als in der letzten Woche des Monats Januar nach der Unterzeichnung des Vertrages seine Unterredung mit dem englischen Botschafter bekannt wurde, den er von den geplanten Annexionen in Kenntnis gesetzt hatte.

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß unter dem Einfluß der St.-Simonisten, die übrigens auf diesem Gebiet die Mehrzahl der Volkswirtschaftler auf ihrer Seite hatten, eine Abwendung vom Schutzzoll früher oder später sowieso gekommen wäre. Daß sie gerade in diesem Augenblick kam, war das Ergebnis einer politischen Berechnung, die die Aussicht auf wirtschaftliche Vorteile nur um so lieber mit in den Kauf nahm, als das römische Problem allmählich begann, Napoleon die

---

154) J. d. Ec. 3, XIII., S. 321/25 (1869).

155) J. d. Ec. 2, XXV., S. 163 (1860).

156) J. d. Ec. 2, XXV., S. 468 (1860).

katholische Partei zu entfremden, und er damals noch glaubte, durch eine Preissenkung und eine Lohnerhöhung die Arbeiter endgültig zu sich herüberziehen zu können. — Neben diesem Ereignis verblaßt die Münzkonvention von 1865, die sog. lateinische Münzunion, der Frankreich, Italien, Belgien, die Schweiz und später auch Griechenland angehörten. Man hat ihr große politische Absichten nachgesagt, daß unter Führung Frankreichs ein Weltgeld hätte entstehen sollen, ein Gedanke, der Napoleon III. sicher um so lieber gewesen wäre, als ihn sein großer Vorfahre auch bereits gehabt hatte.

„Die Politik ist das Schicksal."

Dieser Ausspruch Napoleons I. hat auch für seinen Nachfolger seine volle Gültigkeit behalten.

Wir haben nicht den Ehrgeiz, für die Wirtschaftspolitik Napoleons ein Prinzip entdeckt zu haben, das restlos bis in alle Einzelheiten jede wirtschaftliche Handlung der kaiserlichen Regierung erklären würde. Solche Prinzipien gibt es nicht einmal in den Naturwissenschaften, geschweige denn in den Wissenschaften, die zur Aufgabe die Durchdringung des praktischen Lebens haben: Geschichte und Nationalökonomie. Wir haben nur versucht, aus der Wirtschaftspolitik Napoleons III. die Tendenzen herauszulesen, die ihre wichtigsten Erscheinungen beherrscht haben.

Napoleon hatte das Glück, in einem Augenblick ans Ruder zu kommen, wo die Industrie von selbst in einem gewaltigen Aufschwunge begriffen war, der den Handel und den Verkehr langsam, aber sicher nachziehen mußte. Auch die vierjährige Stockung infolge des politischen Kampfes, der nach 1848 entbrannt war, kam ihm zugute, da nunmehr alles wirtschaftlich Notwendige nachgeholt wurde, das so lange unterblieben war. Neue Wirtschaftsmethoden hat Napoleon nicht angewandt. Aber er hat mit höchstem Geschick die Mittel, die die damalige Zeit ihm bot, für seine Zwecke ausgenutzt. Es ist im einzelnen schon immer vorgekommen, daß Politiker wirtschaftliche Vorteile oder Nachteile für ihre Zwecke ausgenutzt haben, aber Napoleon III. war unseres Wissens der erste, der konsequent seine gesamte Wirtschaftspolitik der allgemeinen Politik unterordnete. Weil er dabei wirtschaftliche Fragen nach politischen Gesichtspunkten behandelte, war es vorauszusehen, daß sich eines Tages der übersteigerte Antrieb der Wirtschaft in sein Gegenteil verkehren würde. Napoleon selbst hat dafür gesorgt, daß dieser Umschwung nicht lange auf sich warten ließ, indem er, seinen politischen Neigungen entsprechend, Konflikte über Konflikte heraufbeschwor und dadurch, wie es Fould so nachdrücklich in seiner Denkschrift sagt, einen allgemeinen Zustand der Unsicherheit erzeugte. Diese Unsicherheit mußte eine Wirtschaftspolitik, die auf eine nahezu ununterbrochene und ungemessene Vermehrung aller Kräfte der Wirtschaft des Landes abgestellt war, bis auf den Grund zerrütten. So hat auch der Vertrag von 1860 nicht den vollen Erfolg gebracht, den man von ihm erwartet hatte — immerhin

brachte er eine Verdoppelung des französischen Außenhandels —, und zwar aus dem Grunde, weil die Interventionspolitik Napoleons III. eine ruhige und gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft nicht zuließ.

Schon seine Zeitgenossen hatten zu dem bekannten Wort „L'empire c'est la paix" die Umkehrung gemacht „La paix c'est l'empire", und darin haben sie recht behalten. Napoleon selbst hat dazu beigetragen, das Vertrauen in seine Wirtschaftspolitik zu erschüttern, indem er jede seiner größeren und manchmal auch der kleineren Maßnahmen mit Versprechungen, Hoffnungen und Aussichten belud, die niemals in Erfüllung gehen konnten, und dadurch Enttäuschungen und Mißvergnügen erzeugen mußten.

Auch das hat mit dazu beigetragen daß Napoleon III. im Grunde genommen unter der politisch führenden Schicht des Landes im Laufe von 18 Jahren kaum einen wirklichen Anhänger gewann, und daß er ebenso in der Verbannung starb, wie der Mann, dessen Vorbild er hatte nachahmen wollen.

Anleihen der Departements, der Städte und der Gemeinden während des Jahres 1856.

(Bulletin des Lois, 1856.)

Datum		Betrag (Franken)
23. 4.	Departement „Indre-et-Loire, für die Gemeinden zur Unterstützung der Bedürftigen, Zinsfuß 5 %[1]; Genehmigung zur Steuererhöhung für die Rückzahlung der Anleihe[2]	120 000.—
	Dept. Rhône, für ein Bettlerasyl, 5 %; Rückzahlung mit Prämien[3]	253 000.—
	Stadt Arras, für Unterstützung der Bedürftigen; 5 % auf 8 Jahre, Ste.	100 000.—
	Stadt Mühlhausen, für den Bau einer katholischen Kirche, einer protestantischen Kirche und die Anlegung eines Platzes, 5 %, 12 Jahre	620 000.—
	Stadt Rive de Gier, zur Deckung des Defizits, 5 %, 3 Jahre, Ste.	23 500.—
28. 4.	Dept. Finistère, für Gemeindewege, 5 %, Ste. . .	125 000.—
	Dept. Gironde, für Präfekturgebäude in Bordeaux, 5 %, Ste.	220 000.—
	Dept. Haute-Loire, für Staatsstraßen und Gemeindewege, 5 %	700 000.—
	Dept. Lot, Staatsstraßen, 5 %	121 000.—
	Dept. Basses-Pyrénées, Staatsstraßen, 5 %, Ste. .	40 000.—
	Dept. Haute-Saône, für Unkosten der Choleraepidemie, 5 %, Ste.	10 000.—

[1]) Dieser Zinsfuß gilt jedesmal als Maximum.

[2]) Diese Genehmigung wird weiterhin durch die Abkürzung „Ste." angezeigt.

[3]) Im allgemeinen überläßt das Gesetz es den Gemeinden, über die Bedingungen der Anleihe mit den Geldgebern zu verhandeln. Immer enthält die Genehmigung das Recht, Obligationen auszugeben. Auch die Festsetzung des Rückzahlungstermins bleibt sehr oft den Gemeinden überlassen.

Datum		Betrag (Franken)
28. 4.	Dept. Deux-Sèvres, für Gemeindewege, 5 %, Ste. . .	220 000.—
	Dept. Tarn et Garonne, für Staatsstraßen, 5 %, Ste.	300 000.—
	Stadt Abbeville, für Bedürftige, 5 %, 8 Jahre, Ste.	80 000.—
	Stadt Alençon, für Gemeindearbeiten und für Bedürftige, 5 %, 5 Jahre, Ste.	54 300.—
	Stadt Le Havre, Gemeindearbeiten, 5 %, 8 Jahre, (von 1863 an)	1 500 000.—
10. 5.	Dept. Lot-et-Garonne, für Gefängnisbau und Bauplätze, 5 %, Ste.	303 000.—
	Dept. Yonne, für Ankauf der Unterpräfektur, 5 %, Ste.	185 000.—
14. 5.	Dept. Allier, Gemeindearbeiten, 5 %, Ste.	40 000.—
	Dept. Ille-et-Vilaine, Staatsstraßen, 5 %, Ste. . .	269 000.—
	Dept. Maine-et-Loire, für Staatsstraßen und Gemeindewege, 5 %, Ste.	900 000.—
	Dept. Haute-Marne, Staatsstraßen, 5 %, Ste. . . .	100 000.—
	Dept. Rhône, Irrenanstalt, 5 %, Ste.	54 000.—
	Dept. Ille et Vilaine, Beschäftigung für Arbeitslose (Ateliers de charité), 5 %, Ste.	150 000.—
	Stadt Moulins, Defizit 1856, 5 %	64 000.—
	Stadt Saumur, für Bedürftige und für Gemeindearbeiten, 5 %, 12 Jahre	110 000.—
17. 5.	Dept. Oise, für Bedürftige, 5 %, Ste.	90 000.—
	Stadt Rennes, Defizit 1855 und für Gemeindearbeiten, 5 % (ab 1861), 5 Jahre	350 000.—
	Stadt St.-Malo, für Bedürftige (ohne Zinsen, von Privatleuten geliehen), Ste.	10 000.—
	Stadt Verdun, Straßendurchbrüche und Platzanlage, 5 %, 12 Jahre	88 000.—
26. 5.	Dept. Dordogne, Staatsstraßen, 5 %, Ste.	730 000.—
	Dept. Ille-et-Vilaine, für Unterpräfektur und Polizeikaserne, 5 %, Ste.	150 000.—
	Dept. Seine et Oise, Staatsstraßen, 5 %, Ste. . . .	75 000.—
	Stadt Albi, Gymnasium, 5 %, 15 Jahre, Ste. . . .	100 000.—
	Stadt Carcassonne, Gymnasium, 5 %, 23 Jahr . .	100 000.—
	Stadt Chartres, für Bedürftige, für Gemeindearbeiten und Defizit, 5 %, 4 Jahre (ab 1859)	100 000.—
	Stadt Dieppe, für Bedürftige und Defizit 1855, 5 %, 12 Jahre, Ste.	200 000.—
31. 5.	Stadt Caen, für Bedürftige und Wohlfahrtsanstalten, 5 %, 4 Jahre (ab 1858)	100 000.—
24. 6.	Dept. Cher, Gemeindearbeiten, 5 %, Ste.	105 000.—
	Dept. Loire-Inférieure, Staatsstraßen, 5 %, Ste. .	60 000.—
	Stadt Périgueux, Getreidehalle, Schule, 5 %, 6 Jahre	300 000.—

Datum		Betrag (Franken)
25. 6.	Stadt Lisieux, Gemeindearbeiten, Hospiz, Wohlfahrtseinrichtungen und Unterstützungen, 5 %, Ste.	150 000.—
28. 6.	Dept. Côte-d'Or, verschiedene Arbeiten in den Städten Beaune und Dijon, 5 %, Ste.	345 000.—
	Dept. Pas-de-Calais, Gefängnis in Arras, 5 %, Ste.	720 000.—
	Stadt Amiens, für Bedürftige und für notleidende Arbeiter, 5 %, 10 Jahre (ab 1858)	200 000.—
	Stadt Bourges, für Bedürftige und für notleidende Arbeiter, 5 %, 10 Jahre, Ste.	64 000.—
	Stadt Chalons (Saône-et-Loire), Gemeindearbeiten, 5 %, 6 Jahre, Ste.	150 000.—
	Gemeinde La Chapelle, öffentliches Schlachthaus, 5 %, 11 Jahre	270 000.—
28. 6.	Stadt Epernay, öffentliches Schlachthaus, 5 %, höchstens 32 Jahre	90 000.—
	Stadt Gray, Gemeindearbeiten, 5 %, 12 Jahre	250 000.—
	Stadt Lyon, Obligationen zu 1000 Franken, rückzahlbar in 48 Jahren, ab 1860, für Bauten und öffentliche Arbeiten, 5 %	3 250 000.—
	Stadt Meaux, öffentliches Schlachthaus, 5 %, 40 Jahre	110 000.—
	Stadt Orléans, für Bedürftige, 5 %, 6 Jahre, Ste.	200 000.—
	Stadt Troyes, für Bedürftige, notleidende Arbeiter und Defizit 1855, 1856, 5 %, 10 Jahr, Ste.	252 400.—
7. 7.	Stadt Boulogne, für Schulden und öffentliche Arbeiten, 5 %, 20 Jahre (ab 1867)	1 200 000.—
	Stadt Carcassonne, Defizit der Gemeindekasse, 5 %, 7 Jahre, Ste.	160 000.—
	Stadt Evreux, Kaiserl. Gymnasium und Brücke, 5 %, 17 Jahre (ab 1858), Ste.	330 000.—
	Stadt Lille, Defizit, 5 %, 12 Jahre, ab 1858	300 000.—
	Stadt Limoges, für Bäckereikasse, 5 %, 3 Jahre	360 000.—
	Stadt St. Etienne, öffentliche Arbeiten, 5 %, 8 Jahre, Ste.	600 000.—
10. 7.	Dept. Indre, für Gerichtsgebäude, 5 %	100 000.—
	Dept. Loire-Inférieure, Präfekturgebäude und Taubstummenasyl, 5 %	60 000.—
	Dept. Bas-Rhin, Irrenanstalt, 5 %, Ste.	100 000.—
	Dept. Seine Inférieure, Gefängnis in Hâvre und Polizeikaserne, Unterpräfektur und Gefängnis in Yvetot, Ste.	1 600 000.—
	Gemeinde Belleville, Schulden, Straßendurchbrüche, 5 %, 8 Jahre, Ste.	923 000.—

Datum		Betrag (Franken)
	Stadt Blois, für Bedürftige, 5 %, rückzahlbar ab 1865, Ste.	40 000.—
10. 7.	Stadt Clermont, für Schulden und verschiedene Arbeiten, 20 Jahre, Ste.	1 180 000.—
	Stadt Rouen, für Defizit, für Bedürftige, 5 %, 4 Jahre, Ste.	360 000.—
	Stadt Rouen, Arbeiten am Napoleon-Ufer, 5 %, 3 Jahre, Ste.	180 000.—
	Stadt Toulouse, für Schulden, für Verbesserung der städtischen Steuererhebung und für Unterstützungen infolge der Lebensmittelteuerung, 5 %, 10 Jahre (ab 1866), Ste.	1 000 000.—
	Stadt Vannes, Wasserleitung, 5 %, 12 Jahre . . .	174 000.—
14. 7.	Stadt Vienne, für Schulden, Wasserleitung und verschiedene öffentliche Arbeiten, 5 %, 12 Jahre . . .	400 000.—
17. 7.	Dept. Seine, für Bäckereikasse (20 Millionen), für Findelkinder (10 Millionen), für Irrenanstalt und Vorschüsse an Gemeinden (20 Millionen) (Dept. Seine ist die Stadt Paris), Rückzahlung mit Prämien, die einen Gesamtzinsfuß von 6 % nicht überschreiten dürfen	50 000 000.—
	Stadt Pau, Kirchenbau, 5 %, 10 Jahre, Ste. . . .	350 000.—
21. 7.	Dept. Pyrénées-Orientales, für Justizgebäude in Perpignan, 5 %, Ste.	250 000.—
	Stadt Avranches, für Bedürftige und Arbeitslose, 5 %, 12 Jahre	140 000.—
	Stadt Cognac, für Bürgermeisterei, neue Straßen und öffentliches Schlachthaus, 5 %, 12 Jahre, Ste. .	160.000.—
	Stadt Rochefort, für Schulden, 5 %, 10 Jahre . .	150 000.—
	Stadt Paris, Bäckereikasse (Betriebskapital) . . .	10 000 000.—
	Insgesamt rund	85 000 000.—

Außerdem bekamen 63 Departements, Städte und Gemeinden die Genehmigung, ihre Steuern zu erhöhen, zur Ausführung von Arbeiten ähnlicher Art, wie sie oben angeführt sind.

Kilometer Eisenbahnen in Betrieb.

(Picard Bd. IV, S. 890 f.)

1851	3 544	1861	10 108
1852	3 854	1862	11 092
1853	4 051	1863	12 032
1854	4 639	1864	13 038
1855	5 526	1865	13 544
1856	6 189	1866	14 447
1857	7 442	1867	15 657
1858	8 669	1868	16 210
1859	9 061	1869	16 973
1860	9 311		

Ausgaben für Eisenbahnen.

(Picard Bd. IV, S. 830.)

Staat, Gesellschaften und Gemeinden.

(In Millionen Franken).

1847	282,647	1861	418,433
1851	87,300	1862	469,073
1852	131,237	1863	441,514
1853	269,592	1864	403,288
1854	339,045	1865	322,166
1855	496,090	1866	355,388
1856	576,381	1867	318,088
1857	491,349	1868	234,498
1858	370,554	1869	234,918
1859	274,082	1870	215,399
1860	326,840		

Subventionen an Eisenbahngesellschaften.

(Picard, Bd. IV, S. 836 f.)

Jahr	Staat	Gemeinden[1])	Rückzahlungen der Eisenbahngesellschaften
	in Millionen Franken.		
1852	44,281		50,509
1853	58,878		36,508
1854	79,155		34,218
1855	63,179	2,793	30,148
1856	25,119	1,376	8,081
1857	42,044	1,828	2,541
1858	46,508	1,997	5,231
1859	20,587	1,890	8,028
1860	26,187		7,417
1861	55,442	2,586	6,259
1862	60,079		5,604
1863	42,012	4,276	7,768
1864	28,771	2,393	11,364
1865	10,249	2,290	9,925
1866	22,496	1,794	2,283
1867	10,765	3,099	1,790
1868	13,768	1,064	1,458
1869	19,450	933	1,576

[1]) Beträge unter 900 000 Franken sind nicht angeführt.

Zinsgarantie.

Zahlungen an sechs Gesellschaften.

(Picard, Bd. IV, S. 974.)

In Millionen Franken.

1863	1,493
1864	15,368
1865	28,667
1866	24,324
1867	22,173
1868	31,317
1869	25,096

Verzeichnis der angeführten und der benutzten Werke.

Andler, Charles, Histoire du second empire (Albert Thomas) (in Histoire Socialiste), Vorwort, Paris 1907.

Boiteau, Paul, Fortune publique et finances de la France. Paris 1866, 2 Bde.

*** La censure sous Napoleon III. Pref. par Edm. de Goncourt, Paris.

Charléty, Sébastien, Histoire du St.-Simonisme, Paris 1931.

Croce, Benedetto, Theorie und Geschichte der Historiographie, Tübingen 1930.

— Geschichte Europas im 19. Jahrhundert, Zürich 1935.

— Antihistorismus, München und Berlin 1931.

— Philosophie des Geistes. Bd. III. Pilosophie der Praxis: Ökonomik und Ethik. Tübingen 1929.

Delord, Taxile, Histoire du Second Empire, Paris 1869—75.

Dietze, C. von, Volkswirtschaftspolitik, Berlin 1936.

Fueter, E., Geschichte der neueren Historiographie, Berlin 1925.

Gide, Charles, Principes d'économie politique, Paris 1920. 20e édit.

Gide, Charles et Rist, Charles, Histoire des doctrines économiques. Paris 1920. 3e édit.

Gorce, Pierre de la, Histoire du Second Empire, Paris 1894—1905.

— Napoléon III et sa politique, Paris 1933.

— Histoire de la Seconde République française, Paris 1887.

Guadet, J., De la représentation nationale en France, Paris 1863.

Guétary, Jean, Un grand méconnu, Napoléon III, Paris 1905.

Haussmann, Baron, Mémoires, Paris 1890—93.

d'Ivernois, François, Napoléon (I) administrateur et financier, Paris et Genève 1814.

Laboulaye, Edouard, Le parti libéral, son programme, son avenir, Paris 1864.

Lavergne, Léonce de, Economie rurale de la France depuis 1789, Paris 1877, 4. Aufl.

Levasseur, E., Histoire des classes ouvrières. 2. Aufl. Paris 1904, 2 Bde.

— Histoire du commerce de la France, Paris 1912, 2 Bde.

Loutchitch, L. J., Des variations de l'interêt en France de 1800 à nos jours, Paris 1930.

Marion, Marcel, Histoire financière de la France depuis 1715, Paris 1931. 6e édit.
de Molinari, M. G., Napoléon III. publiciste, Brüssel 1861.
*** Colonie Louis-Napoléon III. Straßburg 1852.
Napoléon III, Oeuvres, 5. Bd. Paris 1859—69.
— L'extinction du paupérisme, 4. Aufl., Paris 1844.
— Correspondance inédite, Paris 1925.
— Oeuvres posthumes et autographes, Paris 1873.
Ollivier, Emile, L'Empire libéral, Paris 1895.
d'Ormesson, Wladimir, La grande crise de 1857, Paris 1933.
Picard, Alfred, Le bilan d'un siècle, Paris 1906/7.
— Les chemins de fer français, Paris 1884.
Proudhon, P.-J., La révolution sociale démontrée par le coup d'Etat du 2 décembre, Paris 1852.
— Napoléon III. Paris 1900. Manuscrits inédits publiés par Clément Rochel.
Rapports sur les budgets à partir de 1849, Paris.
Sée, Henri, Französische Wirtschaftsgeschichte II, Jena 1936.
Seignobos, Charles, Histoire du Second Empire (In Lavisse: Histoire de la France contemporaine 6 u. 7) Paris 1921.
— La révolution de 1848. (In Lavisse: Histoire de la France contemporaine, Bd. 6) Paris 1921.
Sencourt, Napoleon III., the Modern Emperor, London 1933.
Sombart, Werner, Die drei Nationalökonomien, München 1930.
Spann, Othmar, Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1922, 10. Aufl.
Thomas, Albert, Histoire du Second Empire, Paris 1905 (in Histoire Socialiste).
de Vallée, Oscar, Les manieurs d'argent, Paris 1857.
Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1925.
— Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922.
Weill, G., Les Saint-Simoniens sous Napoléon III, in Revue des études napoléoniennes, Paris 1913.

Bulletin des Lois, Paris 1851—1870.
Lois annotées, ou lois, décrets, ordonnances, avis du Conseil d'Etat. (A. A. Carette), Paris 1851—1870.
Annuaire de l'économie politique et de la statistique (Maurice Block et Guillaumin), Paris 1851—1870.
Moniteur universel, Paris 1811.
Moniteur universel, Paris 1848—1870.
Journal des économistes, Paris 1851—1870.
Journal des débats, Paris 1852.

Lebenslauf.

Am 9. Oktober 1902 wurde ich, Jean Hartmann, luxemburgischer Staatsangehöriger, in Eich in Luxemburg als Sohn des Kassierers Jean Hartmann geboren. Am Gymnasium in Luxemburg, das ich von 1914 bis 1921 besuchte, legte ich die Reifeprüfung ab.

Von 1921 bis 1926 studierte ich an der Technischen Hochschule in Charlottenburg Elektrotechnik und Maschinenbau.

Im Sommer 1930, nach einer mehrjährigen Tätigkeit als Sprachlehrer, ließ ich mich an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin immatrikulieren, um Volkswirtschaft, Geschichte und Philosophie zu studieren (1930 bis 1933, 1934 bis 1935). Ich hörte hauptsächlich bei den Herren Professoren Sombart, Herkner, von Gottl-Ottilienfeld, Oncken, Windelband, Hartung, Spranger und Rieffert.

Zu besonderem Danke bin ich Herrn Professor von Dietze verpflichtet, an dessen Seminar ich teilnehmen durfte, sowie auch Herrn Professor Hartung und Herrn Dr. Rohden; ihre Anregung und Förderung sind der vorliegenden Arbeit zugute gekommen.